Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (9.9.2012)

Sand im Getriebe 97

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Ein anderes Europa ist möglich!

Positionen und Aktionen zur Neubegründung Europas



Die Krise rund um den Euro spitzt sich gefährlich zu. Über die Ursachen dieser Krise herrscht weitgehender Konsens, über die Lösungsvorschläge noch nicht. Wir haben deshalb wichtige Beiträge zusammen gestellt, die zur Orientierung in einer verworrenen Lage dienen könnte. An erster Stelle steht ein kurzer, prägnanter Aufruf europäischer Intellektueller und Aktivisten, darunter einige bewährte Autoren von "Sand im Getriebe" wie Samir Amin, Elmar Altvater und Peter Wahl. *„Dies ist nicht das Europa, das vor Jahrzehnten als ein* ***kriegsfreier Raum*** *wirtschaftlicher und politischer Integration entworfen wurde. Dies ist nicht das Europa, das durch* ***wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt****, wie auch durch die Erweiterung der Demokratie und sozialer Rechte aufgebaut werden sollte“.*

Der Aufruf entwickelt die Vision eines anderen Europa und schlägt für den Weg dorthin 6 Ziele vor: **Nach innen** soll der Finanzsektor begrenzt werden und die **„*Ungleichgewichte*** *in der* ***Realwirtschaft*“** sind anzugehen. *„Nachhaltigkeit, die Grüne Wirtschaft, Energie- und Rohstoffeffizienz“ sollen „nun im Zentrum des europäischen Wirtschaftswachstums“* stehen*“.* **Nach außen** ist ein neuer Pfad notwendig: „*Europa bleibt immer noch ein Standort für Atomwaffen und aggressive militärischer Strategien…Ziel ist es, ein Europa frei von Militärblöcken zu schaffen*“

In verschiedenen Beiträgen zur Euro-Krise werden teils unterschiedliche Positionierungen deutlich.

Jürgen Habermas, Peter Bofinger, und Julian Nida-Rümelin fordern – als Antwort auf die Krise des Euro - Mut zur zu einem *„großen Integrationsschritt“* und sprechen von der Notwendigkeit*, „das Unwesen des gespenstischen Paralleluniversums*“ der Finanzmärkte „*durch eine* ***Selbstermächtigung der Politik*** *wieder einzufangen…*“

In einem langen, detaillierten Artikel erklären **Rudolf Hickel** und **Axel Troost** die konkreten kurz- und mittel- und langfristigen Schritte in diese Richtung. Sie warnen vor den Gefahren rechstpopulistischer und nationalistischer Scheinlösungen; **Leo Mayer** (*Euro-Krise und Rechtspopulismus)* skizziert in diesem Zuammenhang Grundzüge einer linken Politik. Etwas andere Schwerpunkte setzen **Andreas Fisahn, Alexis Passadakis** und **Peter Wahl,** wenn sie sich positionieren für die Überwindung der binären Logik der zwei Lager (pro/contra Euro), die zu einer politischen Selbstfesselung führe.

Auch **ATTAC Frankreich** hofft auf eine Neugründung Europas, beginnend mit dem Kampf gegen den Fiskalpakt: „*Die Ablehnung des Fiskalpakts durch Frankreich wäre ein entscheidendes Signal, um einer demokratischen Neugründung Europas die notwendige Dynamik zu verleihen*“.

Vor 10 Jahren wurde auf dem europäischen Sozialforum in Florenz der Protestaufruf gegen den US Überfall auf den Irak verfasst und von Millionen Menschen aufgegriffen. Es gibt mit „**Florenz10 + 10**“ und **Altersummit** neue Initiativen für eine europaweite Mobilisierung, diesmal gegen die Austeritätspolitik und für ein anderes Europa.

Im Zusammenhang mit der Kampagne „Umfairteilen“ lenkt **Nicola Liebert** den Blick auf die strukturelle Ursache all dieser Krisen, die asymetrische Verteilung von Eigentum und Einkommen: *„Fataler Reichtum - Zu viel Geld in falschen Händen“.*

Samir Amin weist in seinem Blick aus dem globalen Süden darauf hin, dass einerseits China inzwischen dabei ist, das technologische Monopol des Westens zu brechen, dass andererseits allerdings auch die Gefahr eines neuen kalten oder heißen Krieges besteht, um den Aufstieg Chinas und der BRICS-Länder zu behindern.

Ein Indiz dafür mag auch die geplante **atomare Aufrüstung der NATO** sein. Am 5.9. berichtete die Berliner Zeitung, dass die vielen Atomwaffen, die noch immer in Deutschland und anderen Länder Europas liegen, nicht nur nicht abgezogen werden, sondern modernisiert werden sollen. Und das ist nicht die einzige **Provokation**, wie die *„Zeitung gegen den Krieg“* berichtet. Bereitet sich die herrschende Klasse in ihrer Ratlosigkeit auf eine militär-keynesianische Lösung der Krise (wie 1933) vor?

Es gibt allerdings auch gute Nachrichten: in **Tunesien** wird endlich ein Schuldenaudit durchgeführt – vielleicht ein Vorbild für andere Länder in Arabien und Europa? Und **Norwegen** hat als erster Gläubiger einen Schuldenaudit angestoßen, nachdem es sich schon vorher entschlossen hatte, „*Schulden von sieben Ländern zu streichen, weil die ursprünglichen Kredite mit einer besonderen Art von Krediten an Entwicklungsländer zum Erwerb von norwegischen Schiffen zusammenhingen und „entwicklungspolitische Versager“ waren*. **Es geht also**, wenn sich durch permanente Aufklärung über den Verschuldungsskandal das Bewusstsein der Bevölkerung ändert und der Druck steigt.(10.9.2012)

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) ;
Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Rossana Rossanda, Elmar Altvater, Samir Amin, Philippe Askenazy, Luigi Ferrajoli, Susan George u.a.m.

Another Road for Europe

Der Neoliberalismus und die Finanzwelt haben Europa als Geisel genommen und in eine tiefe Krise gestürzt. In den letzten zwanzig Jahren wurde die Bedeutung der Europäischen Union, die an einem konstanten, demokratischen Defizit leidet, auf den engen Blickwinkel des Gemeinsamen Marktes und der Gemeinschaftswährung reduziert. Liberalisierungen, Spekulationsblasen und der Abbau individueller und sozialer Rechte führten zu explosiven, wachsenden Ungleichheiten.

Dies ist nicht das Europa, das vor Jahrzehnten als ein kriegsfreier Raum wirtschaftlicher und politischer Integration entworfen wurde. Dies ist nicht das Europa, das durch wirtschaft-lichen und sozialen Fortschritt, wie auch durch die Erweiterung der Demokratie und sozialer Rechte aufgebaut werden sollte.
Jenes europäische Projekt ist nun in Gefahr.
Im Angesicht der Finanzkrise haben europäische Autoritäten und Regierungen unverantwortlich gehandelt: Sie retteten Privatbanken, aber lehnten es ab, Instrumente der Währungsunion zu nutzen, um die Schwierigkeiten der verschuldeten Länder einzugrenzen. Sie erlegten allen Ländern Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen auf, die nun in die Europäischen Verträge eingemeißelt werden. Dies führt zu dem Ergebnis, dass die Finanzkrise sich auf weitere Länder ausweitet, der Euro in Gefahr ist, und eine neue Große Depression mit dem Risiko der europäischen Desintegration lauert.

Europa kann nur überleben, wenn ein anderer Weg eingeschlagen wird. Ein anderes Europa ist möglich. Europa muss Soziale Gerechtigkeit, Verantwortung für die Umwelt, Demokratie und Frieden bedeuten. Danach sehnt sich der Großteil der europäischen Kultur und Gesellschaft. Das ist der Weg, den uns die großen Bewegungen für Gerechtigkeit, für Würde und gegen die Sparpolitik weisen.

Auf der Reise zu einem anderen Europa müssen Visionen der Veränderung, Proteste und Alternativen in einen gemeinsamen Rahmen gestellt werden.

Dafür schlagen wir **sechs Ziele** vor:

Eine begrenzte Finanzwelt.
Die Finanzwelt – die Wurzel der Krise – sollte daran gehindert werden, die Wirtschaft zu zerstören.
Die Währungsunion sollte neu organisiert werden und eine kollektive Garantie für öffentliche Schulden der Eurozone enthalten; die Europäische Zentralbank sollte die Rolle eines Kreditgebers letzter Instanz für die Union übernehmen. Es darf nicht dazu kommen, dass das Bürden von Schulden Länder in finanzieller Not zerstören.
Alle Finanztransaktionen müssen besteuert werden, Ungleichgewichte, die durch Kapitalmobilität entstehen, müssen verringert werden.
Auch sollten striktere Regeln die spekulativsten und risikoreichsten finanziellen Aktivitäten eindämmen, die Trennung zwischen kommerziellen Banken und Investitionsbanken muss wiederhergestellt werden und eine öffentliche europäische Ratingagentur ins Leben gerufen werden.

Für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.
Europa darf sich nicht auf alte und neue Stabilitätspakte oder auf Gesetze, die sich ausschließlich auf den Binnenmarkt und die Gemeinschaftswährung beziehen, beschränken. Die Handlungen Europas müssen Ungleichgewichte in der Realwirtschaft betreffen und einen Umschwung in der wirtschaftlichen Entwicklung bewirken.
Wir brauchen profunde Änderungen im Steuersystem und eine europäische Steuerharmonisierung. Außerdem sollte die Besteuerung Arbeitnehmer entlasten und Reichtum wie auch nichterneuerbare Ressourcen belasten. Dies soll neue Einkünfte bringen, um Europäische Ausgaben zu finanzieren.
Öffentliche Ausgaben – auf nationalem und europäischem Niveau – sollten genutzt werden, um Nachfrage zu stimulieren, Sozialpolitik abzusichern, und öffentliche Dienstleistungen zu erweitern.
Die Industrie- und Innovationspolitik muss die Produktion und den Konsum von hochwertigen High-tech Produkten mit Nachhaltigkeit fördern.
Das Einführen von Eurobons betrifft nicht nur die Refinanzierung öffentlicher Schulden, sondern soll auch dazu beitragen, die ökologische Wende der europäischen Wirtschaft zu finanzieren.

Mehr Arbeitsplätze und soziale Rechte, weniger Ungleichheiten.
Der Wohlfahrtsstaat und seine sozialen Rechte stehen im Mittelpunkt Europas. Jahrzehntelang hat die Politik unsichere Arbeitsplätze, Armut und Arbeitslosigkeit hingenommen. Nachdem die Ungleichheit auf den Stand der 1930er Jahre zurückgeschraubt wurde, muss es zur Priorität Europas werden, stabile und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, Niedrigverdienende zu unterstützen, und die Rechte der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und Demokratie am Arbeitsplatz zu sichern. Dies gilt vor allem für Arbeitsbedingungen der Frauen und Jugend.

Die Umwelt schützen.
Nachhaltigkeit, die Grüne Wirtschaft, Energie- und Rohstoffeffizienz, dies steht nun im Zentrum des europäischen Wirtschaftswachstums. Alle Entscheidungen müssen die Konsequenzen für die Umwelt einbeziehen, sowie dazu beitragen, dass Klimawandel bekämpft wird und erneuerbare Energien genutzt werden. Es geht darum, saubere, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, lokale Produktion und Nüchternheit des Konsums zu fördern.

Demokratie leben.
Die Formen der repräsentativen Demokratie durch Parteien und Regierungen und der Sozialdialog sind immer weniger fähig, aktuelle Probleme zu lösen. Auf dem europäischen Niveau ersetzen Beschlüsse der Mächtigen immer mehr den Prozess der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung.
Die Krise verringert die Legitimität der EU-Institutionen: die Kommission agiert immer mehr wie ein simpler bürokratischer Arm der stärksten Mitgliedsstaaten, die Zentralbank ist nicht rechenschaftspflichtig und das Europäische Parlament nützt nicht die Macht, die ihm zur Verfügung steht, wobei es sowieso immer noch von wichtigen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik ausgeschlossen ist.

In den letzten Jahrzehnten haben die europäischen Bürger eine zentrale Rolle bei sozialen Mobilisierungen und gelebter direkter Demokratie gespielt. Sie haben sich für Bewegungen wie das Europäische Sozialforum und die Proteste der „Indignados“ engagiert. Diese Erfahrungen brauchen eine Antwort institutioneller Art. Es ist nötig, eine Brücke zwischen sozialem Wandel und den politischen und institutionellen Begebenheiten, die Überbleibsel der Vergangenheit, zu schlagen.
Die europäischen Gesellschaften dürfen sich nicht nur nach Innen orientieren. Die soziale und politische Integration von Migranten ist eine zentrale Aufgabe für die europäische Demokratie. Engere Verbindungen können, nach dem Fall ihrer autoritären Regime, mit den Demokratisierungsbewegungen der südlichen Mittelmeerstaaten aufgenommen werden..

Frieden bringen und Menschenrechte sichern.
Die europäische Integration hat es ermöglicht, Konflikte aus Jahrhunderten zu überwinden, aber Europa bleibt immer noch ein Standort für Atomwaffen und aggressive militärischer Strategien. Nicht umsonst sind die europäischen Militärausgaben ein Fünftel dessen, was weltweit für Sicherheit und Krieg ausgegeben wird: 316 Milliarden Dollar im Jahr 2010! Drastische Kürzungen und Veränderungen innerhalb der Verteidigungshaushalte müssen eiligst erfolgen, und dies nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Haushaltsprobleme.
Der Frieden Europas ist nicht auf Militärmacht begründet, aber auf eine Politik gemeinsamer, menschlicher Sicherheit, die zum Frieden und Schutz der Menschenrechte führt. Europa muss sich den neuen Demokratien des Mittelmeerraums in gleichem Maße öffnen, wie es sich Zentral- und Osteuropa seit 1989 zugewandt hat.

Wir schlagen vor, diese Agenda für ein Anderes Europa dem Europäischen Parlament und den europäischen Institutionen vorzustellen. Diese neue Bedeutung Europas wird schon von transnationalen Bürgerbewegungen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Gewerkschaftskämpfen sichtbar gemacht. Es muss nun das europäische Machtgefüge und die europäische Politik bestimmen.

Vor dreißig Jahren, am Anfang des „neuen Kalten Kriegs“ zwischen Ost und West, kam die Idee auf, ein Europa frei von Militärblöcken zu schaffen. Der Ursprung dieser Idee des Appells für europäische nukleare Abrüstung (European Nuclear Disarmament) lautete : „*Wir müssen damit anfangen, so zu handeln als ob ein vereintes, neutrales, und friedliches Europa bereits existiere.*“
Jetzt, in Mitten der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Bürokratiekrise müssen wir damit beginnen, ein egalitäres, friedliches, grünes und demokratisches Europa zu schaffen.

Entwurf eines Appells von Organisatoren und Sprechern des Florenz Forum „Der Weg aus der Krise. Europa und Italien, Wirtschaftskrise und Demokratie“, am 9. Dezember 2011.

Dieser Entwurf wird mit europäischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Gruppen diskutiert und soll gemeinsame Handlung auf europäischem Niveau ermöglichen.
http://www.anotherroadforeurope.org

Zwei wichtige Treffen für den Aufbau einer europaweiten Sozialen Bewegung:

Florenz 10+10 (8.-11.Nov.) und Altersummit in Griechenland, Frühjahr 2013

http://www.firenze1010.eu* , *http://www.altersummit.eu

„Alternativen existieren. Was heute fehlt ist ein Kräfteverhältnis, um diese Alternativen auch zu realisieren und politische Prozesse in Gang zu setzen, die das europäische Projekt auf den Weg von Demokratie und sozialen Fortschritt zurückbringen.“ (aus dem Aufruf zu einem Alternativgipfel)

Zu den Initiatoren dieser Treffen gehören verschiedene europäische Netzwerke – auch attac Belgien, Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Spanien - mit ähnlichem Anliegen, die teilweise aus dem Europäischen Sozialforum hervorgegangen sind: die Joint Social Conference, Florenz 10+10, Europa neu begründen, CADTM usw.
Diese Netzwerke haben am 29.März 2012 einen Aufruf gestartet, der die Grundlage bildet für die kommenden Treffen und Aktionen. (Aufruf der joint social Conference: http://www.jointsocialconference.eu/)
Anfang Juli bildete sich ein europäischer Ausschuss, der einen Fahrplan für die kommenden Monate erstellt hat:

Fahrplan (s. Details auf der Seite von altersummit)

13.-15. September 2012 in Mailand: Vorbereitung des 11.11.12. in Florenz, Vorbereitung einer zeitgleichen Massenmobilisierung im Januar(?) 2013, Vorbereitung vom Altersummit

Oktober 2012: nationale oder/und regionale Treffen ("Florence >> Street >> Athens"- Prozeß, der von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen getragen wird);
weitere Vorbereitung des Programms des Altersummit und Festlegung des Aktionstages im Januar.

Januar oder Februar 2013: Nationale Versammlungen/Aktionen ***„Ein anderes Europa jetzt!“***
(gemeinsame Forderungen und Datum werden am 11.11. in Florenz festgelegt).

23.-28.März 2013: Weltsozialforum in Tunis

Erste Hälfte 2013: Alter Summit in Athen (Konferenz, „Schuldentribunal“, …)

2013: Weitere europaweite und nationale Mobilisierungen, die auch die Europawahlen 2014 im Blick haben.

Felipe Van Keirsbilck (belgischer Gewerkschaftssekretär)

Altersummit

Es ist dringend nötig, eine Europäische Soziale Bewegung zu schaffen

1. Ein Rätsel
Die Austeritätsmaßnahmen der politischen Eliten sind
- Sozial zerstörerisch. Dies sind die schärfsten Rückschritte seit dem Krieg und selbst die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat diese Austerität als eine Bedrohung der Sozialen Rechten und Demokratie gekennzeichnet.
- Wirtschaftlich absurd. Austeritätspolitik erhöht Defizit und Verschuldung, und sie zerstört den Produktionsapparat, ohne überhaupt einen Ausweg aus der Krise anzubieten.
- Hinsichtlich der Demokratie selbstmörderisch. Einerseits werden durch die autoritären Handlungen der Troika mehrere Länder in eine Situation der Postdemokratie versetzt, andererseits nutzen faschistische und fremdenfeind-liche Parteien die Folgen der Austeritätspolitik aus.

Warum treffen die politischen Eliten solche Maßnahmen? Ist es Inkompetenz? Nein! Man kann viel über die politische Führungsschicht in Europa sagen, aber dumm ist sie nicht. Einige unter ihnen suchen wahrscheinlich nach Lösungen, können sie aber im neoliberalen Rahmen der EU nicht finden, wollen diesen aber auch nicht ändern. Für andere aber, die mehr oder weniger offen den Neoliberalismus vertreten, bietet die Krise eine Gelegenheit, die neoliberale Revolution zu vollenden («Lass' nie eine gute Krise verstreichen»).
Wir sind deshalb in einer historisch einzigartigen Situation, die neue Antworten auf europäischer Ebene erfordert, hinter die wir zweitrangige Differenzen zurückstellen müssen. Die Radikalisierung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den Interessen einer kleinen höchstprivilegierten Minderheit und denen des Großteils der Bevölkerung stellt uns vor eine historische Aufgabe.

2. Ein weiteres Rätsel
Warum hat das praktische und theoretische Scheitern des Neoliberalismus, das durch die jüngste Weltwirtschaftskrise offenbar geworden ist, nicht dazu geführt, dass Regierungen ins Amt kommen, die mit der Troika und dem Neoliberalismus brechen wollen?
Ist es, weil die Menschen resignieren? Nein! Noch nie hat es so viele umfangreiche Mobilisierungen gegeben wie in den letzten drei Jahren. Aber die Konstruktion der EU selbst macht die traditionelle Form von Massenmobilisierungen unwirksam: Die Macht liegt in Brüssel oder in Frankfurt, aber die Fähigkeit zur Mobilisierung und zum Kampf haben die Menschen in ihrem Betrieb, ihrer Stadt, ihrer Region, ihrem Land.

Deshalb meinen wir: Es ist dringend nötig, eine Europäische Soziale Bewegung zu schaffen. Sozialen Bewegungen kann man nicht ausrufen, es erfordert harte Arbeit, damit sie entstehen.
Vor allem setzen sie drei Dinge voraus: unsere Fähigkeit «WIR» zu sagen (wer wir sind); unsere Fähigkeit «DIE» zu sagen (wer unsere Gegner sind); unsere Fähigkeit deutlich zu sagen, WAS WIR WOLLEN.

WIR zu sagen, heißt, wieder nach Hegemonie zu streben. Gramsci unterscheidet zwischen führender Klasse und herrschender Klasse: wenn die Klasse, die an der Macht ist, es schafft, ihre Interessen als die der Mehrheit darzustellen, dann „führt" sie, womit gesagt wird, dass sie Macht durch Hegemonie ausübt, dadurch, dass die Massen einer glaubhaften Idee anhängen – Gewaltanwendung ist dabei lediglich ein zweitrangiger Hilfsmittel. Wenn diese Klasse aber nicht länger die Massen entscheidend überzeugen kann, dann bleibt ihr nichts anderes übrig als Unterdrückung und Gewalt, sie „führt" nicht länger, sie ist nichts außer einer herrschenden Klasse. Die brutale Unterdrückung in Griechenland und Spanien, von Blockupy in Frankfurt und die Zunahme von Gesetzen, die die individuellen bzw. gewerkschaftlichen Rechte einschränken, sind eindeutliche Hinweise darauf, dass Europas Oligarchie den Kampf um Hegemonie verloren und aufgegeben hat. Aber das heißt nicht, dass wir ihn gewinnen werden! Wir Linke haben eine lange Tradition spalterischer Kämpfe um die Frage: Wer hat die Hegemonie unter uns. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir den Ehrgeiz entwickeln, gemeinsam gegen diese Oligarchie die Hegemonie zu erringen.

Um **DIE** zu sagen, reicht es nicht aus, die „namen- und gesichtslosen Märkte" zu beschuldigen. Unsere Gegner sind Banken, multinationale Unternehmen, politische Parteien, die einen Namen und eine Anschrift und führende Personen haben. Sollten wir nicht sogar die persönliche Verantwortung dieser führenden Politiker anprangern? Wenn Herr Barroso und Herr Trichet, Frau Merkel und Herr Sarkozy, Herr Draghi und Herr Papademos in diesem Raum sitzen würden, sollten wir sie nicht zur Rechenschaft ziehen – wegen unserer verwüsteten Gesellschaftsverhältnisse, wegen der Familien, die Prekarität, Armut und sogar Hunger erleiden, wegen der vielen Selbstmorde, die durch ihre Entscheidungen verursacht wurden?
Sie werden bestimmt antworten, dass sie in keinerlei Art und Weise persönlich verantwortlich sind, dass ihre Entscheidungen vom Parlament in einer perfekten legalen Art ratifiziert wurden, dass sie daher für nichts beschuldigt werden können und dass sie unangreifbar sind … Vielleicht würden wir ihnen dann sagen: in Ordnung, sehr schön! Dies ist genau das, was Herr Ben Ali und Herr Mubarak vor anderthalb Jahren sagten!

Und schließlich müssen wir sagen **WAS WIR WOLLEN** – in einer Sprache, die an die Bedürfnisse und die Erfahrungen der 99% anknüpft - die Bedürfnisse sind die Lösung, nicht das Problem! Einer der Siege des Neoliberalismus besteht gerade darin, glauben zu lassen, dass die Wirtschaft und Politik gelehrte Konzepte und Sprache benötigten, dass die Sprache der einfachen Menschen nicht gut genug sei. Beispielsweise mag das Ersuchen um „Eurobonds" zur gegebenen Zeit eine technische Lösung sein, aber es kann keine politische Parole sein, einfach deshalb weil sie dem Gemüsehändler an meiner Straßenecke nur sehr schwer zu erklären ist und weil sie die arbeitslosen Jugendlichen meiner Region nicht auf die Straße bringt.

3. Eine klassische Frage: Was tun?

Bereits seit Jahren ist die Frage nicht mehr die, ob es Alternativen gibt. „TINA" [1] starb vor Maggie: kein Bedauern! Es gibt es eine Flut an Schriften, die beschreiben, was glaubhafte Alterna-

tiven für ein demokratisches, ökologisches und soziales Europa sein sollten und unter denen eine Konvergenz zu verzeichnen ist. Manifeste und Analysen folgen einander und kaum eine Woche geht vorbei ohne einen neuen Ruf nach Einigkeit der sozialen Bewegungen in Europa.
In diesem Zusammenhang könnte eine mögliche Antwort auf die Frage „Was tun?“ sein: „Geh zu Ikea und kauf ein Regal, in das alle Aufrufe zur Einheit für ein anderes Europa gestellt werden, die es schon gegeben hat. “…
Wir können aber auch praktische Schritte zum Zusammenschluss unserer Kräfte und für gemeinsame Aktionen unternehmen. Unser Ziel ist, Europa - nicht eine Erklärung - zu verändern. Dieser Zusammenschluss schließt ein Aktionsprogramm mit ein, das mindestens die Ambition habe sollte, auf die Situation einzuwirken (und das erfordert ausreichend Vorbereitungszeit, wobei wir aber schnell genug sein müssen, um in die sich ständig verschärfende Krise einzugreifen).

Wie könnte ein solches Aktionsprogramm aussehen?

1. Wir brauchen gemeinsame Aktionen,
- die dem Gegner Angst machen (also nicht nur Internetaufrufe oder Demonstrationen, zu denen die Teilnehmer per Flugzeug anreisen müssen);
- die die Teilnehmenden stolz und glücklich über ihre Aktion macht – sie sind Akteure, nicht ein Teil einer Manövriermasse;
- die die Bewegung stärken und breiter machen, damit sie weitere Schritte einleiten kann.

2. Die Aktionen müssen von Anfang an auf zwei Ebenen angesiedelt sein: Rein nationale Aktionen erreichen nichts, und rein europäische Aktionen ohne starke Wurzeln in der örtlichen und landesweiten Wirklichkeit sind machtlos.

3. Die Aktionen müssen die Einheit unter uns stärken. Wir sollten nicht naiv sein in Bezug auf das, was mit Einheit gemeint ist. Zu glauben, dass es das Wesen der Linken und der Arbeiterbewegung sei, zu einen und dass es das Wesen der Rechten und des Kapitals sei, zu spalten, bedeutet an Ammenmärchen zu glauben. Die Kapitalisten meines Landes bevorzugen Einheit: sie möchten, dass wir mit ihnen solidarisch sind, gegen die Deutschen, die Franzosen, die Rumänen usw. Wir, die Linke und die Arbeiterbewegung, die Internationalisten, wir müssen spalten, weil wir wissen, dass wir durch die strategische und klare Definition der Trennlinie („DIE“) die Einheit unter uns (im «Wir») schaffen können.

4. Gute Nachrichten

Ein Anfang ist bereits gemacht. Es gibt einen Fahrplan für europäische Treffen, auf denen ein europäisches Aktionsprogramm beraten und beschlossen werden soll. Über 50 nationale und europäische Organisationen aus über 15 Ländern haben sich dem Aufruf, der diesen Prozess vorstellt, bereits angeschlossen.

a. Es gibt einen **Aufruf** – dem sich viele andere anschließen –. Wir stellen eine breite Übereinstimmung mit zahlreichen anderen weiteren Aufrufen fest.

b. Es gibt viele **Unterschriften**. Mit Namen wie Ken Loach, Susan George oder Stéphane Hessel. Auch Mitglieder der Grünen, der Sozialdemokraten und der GUE/NGL unterstützen das Vorhaben.

c. Der jetzt angestoßene Prozess will das Europäische Sozialforum weder ersetzen noch wiederholen aber wir müssen darüber hinaus gehen. **Wir sind ein Kind des ESF**, – aber falls das Kind nicht anerkannt wird, ist das nicht schlimm.

d. Wir haben auch unsere **Beziehung zu Parteien** geklärt: Der neue Prozess muss von den sozialen Bewegungen geführt werden, nicht von politischen Parteien, Parteien werden aber nicht abgelehnt. Wir lehnen sowohl individualistische Antipolitik ab als auch die alte Hierarchie, in der soziale Bewegungen der Politik untergeordnet werden. Persönlichkeiten, die uns unterstützen, sind willkommen, aber wir wollen raus aus dem Schema, in dem die sozialen Bewegungen einen Forderungskatalog verfassen, den sie den Politikern vorhalten. Wir bitten Politiker nicht, uns zu vertreten, sondern mit uns gemeinsam zu kämpfen, wenn sie unsere Analysen und Forderungen teilen.

e. **Fahrplan**
Zwei große Ereignisse stehen uns bevor: «**Florenz 10+10**» (vom 8. bis 11.November 2012) und der EU-Gegengipfel «**Alter Summit**», der voraussichtlich im Frühjahr in Athen stattfinden wird. Wir müssen uns aber bewusst sein, die beiden Ereignisse werden gar nichts bewirken, wenn sie isoliert betrachtet werden. Sie müssen als zwei Schritte eines Prozesses begriffen werden, der vorher einsetzen und danach fortfahren muss.
- Vor November gibt es eine Menge Arbeit für die europäische Koordination, und die Koordination für den Altersummit muss in vielen Ländern oder Regionen etabliert sein, damit die Delegationen, die nach Florenz kommen, die Ergebnisse der Strategiedebatten in ihrem Land mit im Gepäck haben.

- Zwischen Florenz und dem «Alter Summit» sind etwa 100 Tage Zeit für Massenmobilisierungen auf nationaler und regionaler Ebene. Das Ziel ist ein europäischer Aktionstag in so vielen Städten wie möglich, auf dem wir unsere gemeinsamen Forderungen vorbringen.
- Nach dem Altersummit geht der Kampf weiter!

5. Schlechte Nachrichten

Das wird viel Arbeit erfordern. Breite Koordinationen auf nationaler und regionaler Ebene sollten deshalb aufgebaut werden.Jeder weiß, dass die Umwandlung der Gesellschaft weder von Träumern geschafft werden kann, die endlos Theorien erzeugen, noch von Opportunisten, die darauf warten, dass Menschen, der Unterdrückung müde, sich spontan erheben. Diese Umwandlung verlangt eine geduldige Organisationsarbeit.

Der von uns vorgelegte Vorschlag ist nicht dogmatisch. Er hat große Unterstützung erhalten, kann aber in den kommenden Wochen immer noch verbessert werden. Wenn bessere Vorschläge den Prozeß, seine Kraft und seine Erfolgsaussichten verstärken können, dann sind sie alle willkommen. Jedoch müssen sie schnell kommen, da dieser Prozeß nicht mehr gestoppt wird.
Die dringenste Aufgabe ist der Aufbau von vereinender Koordination auf nationaler oder regionaler Ebene, um diesen Prozeß voran zu treiben.

Abschließend - wir sollten uns keine Illusionen machen: dieser Prozeß ist nur der Beginn eines Kampfes mit langem Atem. Selbst wenn es Erfolg haben sollte, was schwierig sein wird, dieser Mobilisierungsprozeß wird nicht ausreichen. Trotzdem wollen wir mit allen daran arbeiten, die ihn unterstützen wollen, denn, wie wir oft in den Gewerkschaften sagen: „Wer kämpft kann verlieren, wer aber nicht kämpft hat bereits verloren.“

[1] Tine: „There Is No Alternative“ (Es gibt keine Alternative)
[2] Diesen Aufruf gibt es in neun Sprachen auf www.altersummit.eu .
* Generalsekretär der CNE, Centrale Nationale des Employés, Belgien (Nationale Zentrale der Angestellten)

Erklärungen / Aufrufe / Konferenzen zu Europa

1. **Athener Konferenz zur Schulden- und Sparpolitik**, Mai 2011 (SiG 90), http://sandimgetriebe.attac.at/9523.html

2. Europäisches Attac Netzwerk: **Alternativen zur Euro-Krise,** Juni 2011 (SiG 91), http://sandimgetriebe.attac.at/9619.html

3. Europäische Konferenz am 31. Mai 2011 in Brüssel: **Stoppt die Politik der Austerität, der Verschuldung und der sozialen Verwüstung in Europa!** - Ergebnisse (SiG 91), http://sandimgetriebe.attac.at/9624.html

4. **Aufruf der Plätze Puerta del Sol (Madrid) und Syntagma (Athen**), August 2011 (SiG 92), http://sandimgetriebe.attac.at/9698.html

5. **Joint Social Conference,** März 2012: Widerstand gegen die Diktatur der Finanzwelt – Rückeroberung von Demokratie und Sozialen Rechten - Politische Erklärung und koordinierte Aktionen, http://www.jointsocialconference.eu/?lang=en (Thematische Beiträge, Abschlusserklärung)

6. **Finanzmärkte regulieren und Einkommen gerecht verteilen**, Stellungnahme von 50 WissenschaftlerInnen, Nov. 2011 (SiG 93), http://sandimgetriebe.attac.at/9848.html

7. Aufruf aus Deutschland: **Europa neu begründen! ,** Frühjahr 2012 (SiG 95), http://www.europa-neu-begruenden.de/

8. **Stoppt die neoliberale Krisenpolitik - enteignet die Krisengewinner! -** Aufruf des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland, Frühjahr 2012 (SiG 95) http://sandimgetriebe.attac.at/10058.html

9. Aufruf: **Demokratie statt Fiskalpakt,** Frühjahr 2012 , (SiG 95), http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org/

10. Aufruf: **Florenz 10+10**: **Kräfte sammeln für ein anderes Europa:** (SiG 96), http://sandimgetriebe.attac.at/10110.html , http://www.firenze1010.eu

11. Aufruf aus Österreich: **Unser Europa neu begründen** (SiG 96), http://sandimgetriebe.attac.at/10108.html

SiG-Artikel zur EU und zum Euro:

Michel Husson: Eine kooperative Lösung für Europa (SiG 93), http://sandimgetriebe.attac.at/9843.html

Anne Karrass: Der Fiskalvertrag : Gefahr für Demokratie und Sozialstaatlichkeit (SiG 95)

Fred Schmid, isw: Die dreifache Umverteilung von unten nach oben (SiG 95), http://sandimgetriebe.attac.at/10061.html

Christian Felber: Rettungsprogramm für den Euro (SiG 95), http://sandimgetriebe.attac.at/10063.html

Greek Debt Audit Campaign: Einstellung der Zahlungen an die Gläubiger und Überprüfung der Schulden! (SiG 95)

Conrad Schuhler, ISW: Das Euro-Debakel – Was wird aus Europa? (SiG 96) http://sandimgetriebe.attac.at/10109.html

Eric Toussaint: Auch die illegitimen Schulden im Norden müssen annulliert werden!(SiG 92), http://sandimgetriebe.attac.at/9727.html

Kritik des Wettbewerbs: **Die Ideologie des Wirtschaftskrieges und des sozialen Überlebens der Besten im Lichte des 11. Septembers von Riccardo Petrella** (SiG 20) http://www.staytuned.at/sig/0020/32912.html

Holen wir die Wettbewerbsfähigkeit von ihrem Sockel, von Michel Husson http://www.staytuned.at/sig/0024/32889.html

Videos:

- **Konferenz "Another Road for Europa", 28.6**. (http://www.anotherroadforeurope.org/index.php/de/)

Beiträge von TeilnehmerInnen: http://www.greenmediabox.eu/archive/2012/06/28/road/

„**Eure Schulden – Unsere Demokratie**" - Konferenz in Österreich, Mai 2012: http://sandimgetriebe.attac.at/10111.html

- **Weltforum über die Armut**: Mit Thomas Coutrot, Samir Amin, Francine Mestrum,... :

http://www.france.attac.org/videos/24-25-26-juillet-2012-premier-forum-mondial-de-la-pauvrete

- **11. SommerAkademie von attac Österreich , "Europa am Wendepunkt?! - solidarisch und demokratisch aus der Krise."** 18. – 22. Juli 2012: http://www.attac.at/events/sommerakademie/videos.html

- Kann man Europa neu aufbauen? - Steffen Stierle: http://www.attac.tv/de/category/interviews-4

- **Kontext-TV Wie die Regierung Merkel die Eurokrise verschärft:** mit Heiner Flassbeck, http://www.kontext-tv.de/node/252

Einige Internetseiten:

http://www.attac.at/kampagnen/solidarisch-aus-der-eurokrise.html, http://www.wege-aus-der-krise.at/

http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/, http://www.attac-netzwerk.de/eu-ag/startseite/

http://www.jointsocialconference.eu/

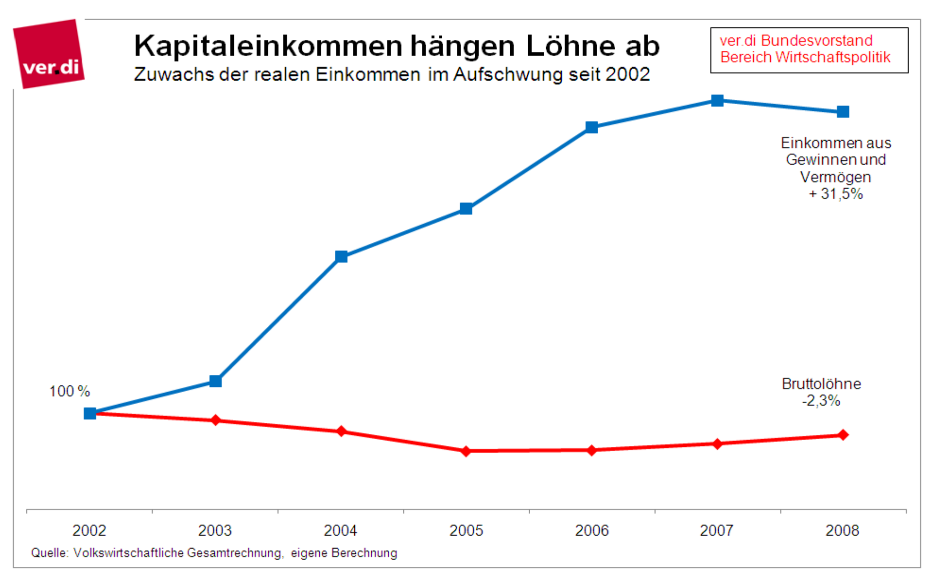
http://www.isw-muenchen.de/, http://www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise.html

http://www.tni.org/ , http://cadtm.org/

http://www.rosalux.de/news/37924/ist-die-ganze-welt-bald-pleite.html http://www.nachdenkseiten.de

Nicola Liebert

Fataler Reichtum
Zu viel Geld in falschen Händen



Erst die Indignados, die Empörten, in Spanien, dann die Occupy-Wall-Street-Bewegung in den USA und schließlich auch in Deutschland: Allerorten gehen Menschen auf die Straße, um sich gegen die Zumutungen des Finanzkapitalismus zu wehren, zum einen gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit der vielen, zum anderen gegen den Reichtum und die Macht der wenigen. Vor allem ein Thema treibt die Menschen um - und das ist nicht die Staatsverschuldung, die so viele Politiker als Wurzel allen Übels darstellen, sondern etwas viel Fundamentaleres: **die Verteilungsfrage.**(1) (...)

Seit den 1980er Jahren, seit Beginn des neoliberalen Aufbruchs der Regierungen von Thatcher und Reagan, hat die Politik dafür gesorgt, dass sich Arbeit und Einkommen zunehmend entkoppeln. Voraussetzung dafür war, die Macht der Gewerkschaften auf breiter Front zu brechen (nach dem Vorbild Margaret Thatchers) und ganz bewusst einen **Niedriglohnsektor** zu schaffen, und zwar mittels Deregulierung der Arbeitsmärkte und dem Rückbau des Sozialstaats (die Methode Gerhard Schröder). Die Folge war, dass die Reallöhne stagnierten oder sogar sanken und der Anteil der Löhne am gesamten Volkseinkommen schrumpfte. Im Vergleich dazu sind die Managerbezüge und die Gewinne im Finanzsektor regelrecht explodiert. Eben diese Gewinne lassen die Vermögen der ohnehin schon Vermögenden weiter anwachsen und stocken damit die Geldmenge auf, die auf den globalen Finanzmärkten angelegt werden.

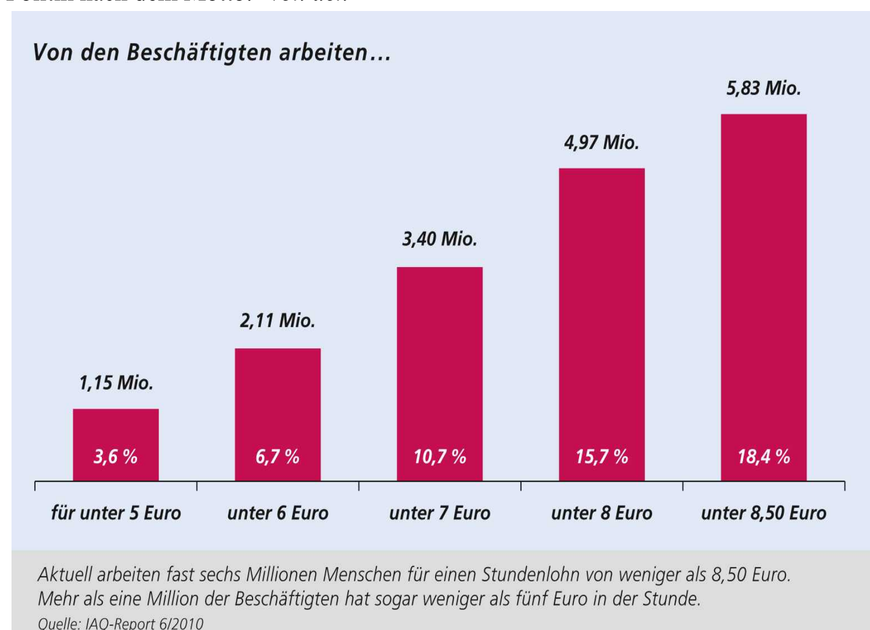
Dabei versteht sich fast von selbst, dass dieser wachsende Reichtum sich nicht in den Steuereinnahmen des Staates widerspiegelt, so dass dieser viel zu wenig zu einer Rückverteilung an die Bedürftigeren beitragen kann. Im Gegenteil: In Deutschland und den meisten anderen entwickelten Ländern haben die Steuerreformen der vergangenen Jahre, sprich die **Senkung der Steuern auf Spitzeneinkommen,** Kapitalerträge und Konzerngewinne, die Umverteilung von unten nach oben noch verstärkt.

"*Es geht nicht um Verteilungsgerechtigkeit, es geht um Chancengerechtigkeit*", lautete das Argument, mit dem Bundes-kanzler Gerhard Schröder diese Weichenstellung verkauft hat. "*Eine Gesellschaft lebt dynamischer, wenn es Ungleichheiten gibt*", verkündete sein Wirtschaftsminister Werner Müller. Und der damalige SPD-Fraktionschef Peter Struck befand, die traditionelle SPD-Politik nach dem Motto: "*von den Reichen nehmen, um den Armen zu geben*", könne nicht länger "*die Politik unserer modernen Gesellschaft sein*".(4)

Das war nicht nur leeres Gerede. Die Einkommen der Gut- und der Geringverdiener haben sich seit dem Antritt der rot-grünen Regierung tatsächlich dramatisch auseinanderentwickelt. Bei den Managerbezügen ließen sich exponentielle Steigerungen durchsetzen, während am anderen Ende des Spektrums ein prekärer Niedriglohnsektor geschaffen wurde. Von 1999 bis 2009 schrumpfte das Einkommen des Bevölkerungszehntels mit dem geringsten Einkommen um 9,6 Prozent, im gleichen Zeitraum wuchs es beim obersten Zehntel um 16,6 Prozent.(5)

Dazu passt eine Meldung der Hans-Böckler-Stiftung, wonach allein in den Krisenjahren zwischen 2008 und 2010 die durchschnittliche Vergütung von Unternehmensvorständen um 21 Prozent zulegte (zusätzliche Leistungen zur Altersvorsorge noch nicht eingerechnet).(6) In den letzten zehn Jahren sind die Vorstandsbezüge real (das heißt inflationsbereinigt) sogar um 94 Prozent gestiegen, haben sich also fast verdoppelt. Die Reallöhne der Arbeitnehmer sanken derweil um 3 Prozent. 2010 lag für 11,5 Millionen Menschen, das sind **14 Prozent der deutschen Bevölkerung**, das verfügbare Einkommen **unter** der von der EU definierten **Armutsrisikoschwelle**.

Im internationalen Vergleich nimmt die Einkommensungleichheit in Deutschland überdurchschnittlich stark zu. Nach einer OECD-Studie ist zwischen 1980 und 2010



Aktuell arbeiten fast sechs Millionen Menschen für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Mehr als eine Million der Beschäftigten hat sogar weniger als fünf Euro in der Stunde.
Quelle: IAQ-Report 6/2010

die Ungleichheit bei den Einkommen hierzulande mehr als doppelt so stark angewachsen wie im OECD-Durchschnitt. (7)

(…) Das **reine Geldvermögen** der Deutschen belief sich demnach Ende 2010 auf 4,88 Billionen Euro. Im Durchschnitt besaß jeder Bundesbürger damit 59 900 Euro, fast 3 000 Euro mehr als ein Jahr zuvor. (Quelle: Allianz)Aber das sind Durchschnittswerte, natürlich haben die meisten von uns nicht annähernd 60 000 Euro auf dem Konto.

Aufschlussreicher ist deshalb der sogenannte D.A.CH-Vermögensreport einer anderen Investmentgesellschaft, der Liechtensteiner Valluga. Demnach gab es 2010 in Deutschland **829 900 Vermögensmillionäre;** das waren trotz Krise 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Millionäre machen gut 1% der Bevölkerung aus. Sie besitzen dem Report zufolge fast ein Drittel des gesamten privaten Finanzvermögens (wobei der Wert selbst genutzter Immobilie nicht eingerechnet ist). Den Prognosen nach wird diese Vermögenssumme bis 2014 auf 2,9 Billionen Euro anwachsen. Das entspräche, und hier wird es spannend, einem Zuwachs von 7,3 Prozent pro Jahr. Aber selbst unter den Superreichen wächst die Ungleichheit: Die Milliardäre unter ihnen bringen es auf Wachstumsraten zwischen 8 und 10%.

Ähnliches weiß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zu berichten. In ihrem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), das auf regelmäßigen Befragungen basiert, kamen die Forscher für das Jahr 2008 auf ein Vermögen (diesmal inklusive Immobilien) von 88 034 Euro pro Erwachsenem. Das ist ein Plus von 10 Prozent innerhalb von fünf Jahren.(9)

Auch hier verschleiern allerdings die Durchschnittswerte den tatsächlichen Zustand im Land. Der vom DIW ermittelte Vermögenszuwachs kam nämlich fast ausschließlich den Millionären zugute. Schon in der Mitte der Reichtumspyramide reichte es nur noch für einen durchschnittlichen Zuwachs von 1,9 Prozent in fünf Jahren. Die reichsten 10 Prozent verfügten demnach 2008 über 61,1 Prozent des Gesamtvermögens - 2002 waren es noch 57,9 Prozent gewesen. Dagegen haben 27 Prozent der Bevölkerung gar kein oder negatives Vermögen, sprich: Schulden.

DIW-Forscher Stefan Bach präsentiert noch eindrucksvollere Zahlen.(10) Er ergänzt die SOEP-Daten durch Angaben des Manager Magazins, das regelmäßig eine Liste der Superreichen veröffentlicht, also der Aldi-Albrechts, der Versandhaus-Ottos und der BMW-Quandts. Diese wenigen extrem Reichen sind so verschwiegen, dass sie im Rahmen normaler Befragungen meist gar nicht erfasst werden können, wodurch sich das Bild natürlich verzerrt. Wenn man diese Riesenvermögen mit einrechnet, ergibt sich folgende Verteilung: 0,1 Prozent der bundesdeutschen Haushalte besitzen 22,5 Prozent des gesamten Vermögens im Land. Das reichste eine Prozent kommt auf 35,8 Prozent, also mehr als ein Drittel.
Die Top 10 Prozent besitzen schon zwei Drittel, während für die gesamte untere Hälfte gerade mal 1,4 Prozent bleiben.

Beim Blick über den Atlantik entdeckt man noch extremere Verhältnisse. Wie Untersuchungen der Ökonomen Emmanuel Saez und Thomas Piketty zeigen,(8) stiegen im Zeitraum von 2000 bis 2007 für 90 Prozent der Bevölkerung die Einkommen nach Abzug der Inflation nur um insgesamt 4 Prozent. Dagegen durften sich die 0,1 Prozent Topverdiener über ein Plus von mehr als 90 Prozent freuen. .43 Prozent des gesamten Nettovermögens von US-amerikanischen Privathaushalten konzentrieren sich beim reichsten Prozent der Bevölkerung und 83 Prozent bei den reichsten 10 Prozent.(11)

Weltweit zählen übrigens knapp 11 Millionen Menschen, also 0,16 Prozent der Weltbevölkerung, zu den Dollar-millionären (selbst genutzte Immobilien nicht gerechnet). Die meisten von ihnen leben nach wie vor in den USA, gefolgt von Japan und Deutschland; aber Hongkong, Indien, Vietnam oder Indonesien holen in dieser Hinsicht sehr schnell auf.

Diese globale Klasse der Reichen, die von den internationalen Vermögensverwaltungsgesellschaften als High Net Worth Individuals (HNWIs) umworben werden, hält mehr als ein Drittel des weltweiten Geldvermögens.(12) Die NGO Tax Justice Network geht in einer neuen Studie davon aus, dass diese Zahlen noch weit untertrieben sind, weil die gigantischen in Steueroasen versteckten Vermögen - die Schätzungen reichen bis zu 32 Billionen US-Dollar - meist gar nicht erfasst sind.(13) Werden sie eingerechnet, könnte sich ein Drittel des tatsächlichen globalen Geldvermögens in den Händen von nicht einmal 100 000 Menschen befinden. Das wären 0,001 Prozent der Weltbevölkerung.

Was hat dieser sagenhafte Reichtum in den Händen sehr weniger Individuen nun mit der aktuellen Krise zu tun?
Wie oben gezeigt, vagabundieren die überschüssigen, weil nicht mehr konsumierten Geldmengen auf der Suche nach möglichst profitablen und damit riskanten Anlagemöglichkeiten um die Welt.

Doch die enge Korrelation zwischen Ungleichheit und Krisenanfälligkeit hat noch eine weitere Ursache: die relative Verarmung der unteren Einkommensschichten, die die unvermeidliche Kehrseite der geschilderten Einkommens- und Vermögenskonzentration ist. Um ihren Lebensstandard zu halten, haben vor allem in den USA viele ihr eigenes Häuschen verpfändet. Und auch in den südeuropäischen Ländern (vorweg Spanien) stieg die private Verschuldung. Zugleich stagnierte wegen der äußerst bescheidenen Lohnentwicklung die Nachfrage, was die Realwirtschaft geschwächt und zu mehr riskanten Investitionen auf den Finanzmärkten geführt hat.

Während Normalsparer ihr Geld zu 39 Prozent ganz klassisch als Sparguthaben und zu 28 Prozent in relativ konservativen Kapitalmarktprodukten anlegen (vor allem in Investmentfonds), drehen die HNWIs (oder Millionäre) ein deutlich größeres Rad. (14) Ein knappes Drittel ihres Vermögens investieren sie in Staats- und Unternehmensanleihen, ein Drittel in Aktien (die US-Millionäre kauften sogar für 42 Prozent ihre Geldes Aktien). Außerdem schätzen sie aus Angst vor Inflation insbesondere Immobilien und zunehmend auch Rohstoffe und Derivate, die riskantesten der spekulativen Finanzpapiere. Es sind also eindeutig die Vermögen der Superreichen und nicht die bescheidenen Ersparnisse der Normalbevölkerung, die für die Potenzierung der Risiken in den Finanzmärkten verantwortlich sind.

Um den Zusammenhang von Reichtum und Krise zu erläutern, lohnt sich auch ein Ausflug in die Geschichte. So warnte der US-Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman im New York Times Magazine vor Zuständen wie in den 1920er Jahren, die in den USA als "Gilded Age" bezeichnet wurden.(15)

Der trügerische Glanz an der Oberfläche

Das vergoldete Zeitalter - es heißt so, weil der Glanz nur an der Oberfläche war - endete bekanntlich mit dem Crash von 1929 und der Weltwirtschaftskrise. Mit dem New-Economy-Boom der 1990er Jahre und dem sich anschließenden Immobilienboom der 2000er Jahre erreichte die Einkommens- und Vermögensverteilung in den USA erneut so extreme Werte wie in den 1920er Jahren. Krugmans Aufsatz erschien vor zehn Jahren. Mit seiner Mahnung hat er leider recht behalten. Auch diesmal endete die Chose in einer Finanzmarktkrise, die sich längst zur globalen Wirtschaftskrise ausgeweitet hat.

Aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wurden damals in den USA zumindest einige wichtige Lehren gezogen: Zum einen setzte man eine strenge Regulierung der Banken und Finanzmärkte durch, die bis in die 1990er Jahre für relative Stabilität sorgte. Zum anderen wurden unter Präsident Roosevelt - wie aus dem keynesianischen Lehrbuch - Arbeitsbeschaffungsprogramme und Infrastrukturinvestitionen

durchgeführt, von denen die USA heute noch zehren. Damals begann zugleich eine Epoche vergleichsweise geringer Ungleichheit, die mit hoher finanzpolitischer Stabilität einherging und bis weit in die Nachkriegszeit hinein andauerte.

Das interessanteste Element der damaligen Krisenbekämpfung ist ihre Finanzierung: Sie erfolgte hauptsächlich durch Steuern. Diese verschaffen dem Staat nicht nur finanzielle Spielräume, ohne dass er dafür Schulden aufnehmen muss, sie entfalten darüber hinaus auch eine segensreiche Umverteilungswirkung. Denn mit den Steuern, die der Staat überproportional von den Reichen nimmt, kann er zum Beispiel Bildungs- und Sozialausgaben bezahlen, von denen alle etwas haben. Der Spitzensatz der Einkommensteuer in den USA, der bis zum Crash 1929 bei nur 25 Prozent gelegen hatte, wurde in den 1930er Jahren stufenweise auf 79 Prozent angehoben, um dann nach dem Zweiten Weltkrieg auf 91 Prozent zu steigen.(16) Die von konservativer und liberaler Seite mantrahaft wiederholte Behauptung, hohe Einkommensteuersätze seien leistungsfeindlich und stünden somit der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege, kann seither als widerlegt gelten. Trotzdem liegt der Spitzensteuersatz in den USA heute bei gerade einmal 35 Prozent.

In der aktuellen Krise werden die Erinnerungen an frühere Zeiten wieder sehr lebendig. Die schon erwähnten US-Ökonomen Emmanuel Saez und Thomas Piketty, denen die ungleiche Einkommensverteilung Sorgen macht, können sich durchaus eine Rückkehr zu Spitzensteuersätzen von 50 oder sogar 90 Prozent vorstellen. Und Frankreichs Präsident François Hollande hatte in seinem Wahlkampf 75 Prozent angekündigt. Selbst die SPD, die in der Ära Schröder den Spitzensteuersatz von 53 auf die heutigen 42 Prozent gesenkt hatte, fasste auf ihrem Parteitag Ende 2011 den programmatischen Beschluss, im Falle ihres Einzugs in die Regierung eine zaghafte Anhebung auf 49 Prozent anzustreben.

Zunehmend werden auch Forderungen laut, die Reichen direkt an den Kosten der Krise zu beteiligen, die sie zumindest mit verursacht haben. Wie ein "Senior Economist" der Allianz-Vermögensver-waltung bei der Vorstellung eines Vermögensreports zur Eurokrise bemerkte: Die staatliche Verschuldung sei nur "die halbe Geschichte", weil es ja auf der anderen Seite auch viel privates Vermögen gebe. Für den Mann stand fest: "*Alle apokalyptischen Untergangsszenarien sind verfrüht. Denn die Substanz ist ja da*."(17) Von dieser Feststellung ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Forderung, dass die überschuldeten Staaten die vorhandenen Vermögen zur Finanzierung der Schulden beziehungsweise der Krisenkosten heranziehen sollten.



Ich will kein Geld – Ich will, dass du Steuern zahlst!

"Besteuert uns", forderten vergangenes Jahr französische Milliardäre per Zeitungsanzeige. Auch sie haben schließlich Interesse an stabilen Verhältnissen. In Italien erklärte Ferrari-Aufsichtsrat Luca di Montezemolo: "*Ich bin reich. Es wäre nur gerecht, wenn ich mehr zahlte*." Und in Deutschland haben jüngst mehrere Organisationen und Initiativen, darunter neben Attac auch die Initiative Vermögensteuer jetzt! und die Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe, ein **Bündnis** unter dem Motto **"Umfairteilen - Reichtum besteuern"** gegründet.

Die **SPD**-regierten Bundesländer wollen neuerdings die seit 1997 nicht mehr erhobene Vermögensteuer wieder einführen. Trotz eines äußerst großzügigen Freibetrags von 2 Millionen Euro, pro Person wohlgemerkt, und einer Höhe von nur 1 Prozent sollen auf diese Weise 11,5 Milliarden Euro pro Jahr in die Kassen der Bundesländer kommen.

Einen anderen Plan verfolgen die **Grünen**: Sie wollen nach dem Modell des Lastenausgleichs, der nach dem Zweiten Weltkrieg den Flüchtlingen zugutekam, die Reichen durch eine einmalige Vermögensabgabe an der Finanzierung der Krisenlasten beteiligen. Nach diesem Plan sollen im Lauf von zehn Jahren 100 Milliarden Euro zusammenkommen.

Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass höhere Steuern ein Allheilmittel wären. Da die Krise viele Ursachen hat, müssen auch die Lösungsvorschläge vielfältig sein: von einer Re-Regulierung der Finanzmärkte und der Zerschlagung der Großbanken über einen Schuldenerlass für überschuldete Staaten bis hin zu einer expansiven Lohnpolitik und staatlichen Investitionsprogrammen.

Gleichwohl sind Steuern ein entscheidendes, bislang in der politischen Diskussion jedoch unterschätztes Element zur Krisenbekämpfung, für die der Staat ebendiese Steuereinnahmen dringend braucht. Ebenso wichtig sind sie aber auch für die Vermeidung künftiger Krisen, denn ein vernünftiges Steuersystem bewirkt eine Umverteilung von oben nach unten. Steuern helfen also gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums - und damit gegen eine der wesentlichen Krisenursachen.

Fußnoten:

(1) Siehe z. B. "Protest Spurs Online Dialogue on Inequity", "New York Times, 8. Oktober 2011.
(4) Alle Zitate aus: "Der große Graben", "Der Spiegel, 17. Dezember 2007.
(5) Siehe Markus M. Grabka, "Eine Bestandsaufnahme: Kinder-/Armut in Deutschland", Präsentation auf der Tagung "Kinderarmut in Deutschland und Europa" der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen am 30. 11. 2010 in Berlin.
(6) boeckler.de/14_37883.htm.
(7) OECD: StatExtracts 2010, Income Distribution - Inequality.
(8) "For Two Economists, the Buffett Rule Is Just a Start", "New York Times, 16. April 2012.
(9) Joachim R. Frick und Markus M. Grabka, "Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland", in: "DIW Wochenbericht, Nr. 4, 2009, S. 54-67.
(10) www.vermoegensteuerjetzt.de/images/studien/Praesentation_Bach.pdf; Angaben nach einer Studie über eine Vermögensabgabe für die grüne Bundestagsfraktion.
(11) E. N. Wolff, "Recent trends in household wealth in the United States: Rising debt and the middle-class squeeze - an update to 2007", The Levy Economics Institute of Bard College, Working Paper, No. 589, Annandale-on-Hudson 2010.

(12) Capgemini, Merrill Lynch, Global Wealth Report 2011, und Boston Consulting Group: Global Wealth Report 2011.
(13) James S.( )Henry, "The Price of Offshore Revisited - New Estimates for ‚Missing' Global Private Wealth, Income, Inequality, and Lost Taxes", Tax Justice Network, Juli 2012.
(14) Siehe Anmerkung 12.
(15) Paul Krugman, "For Richer", "New York Times Magazine, 20. Oktober 2002.
(16) Vgl. Sam Pizzigati, "Genug ist genug", "Le Monde diplomatique, Februar 2012.
(17) "Die Spur des Geldes", "Der Spiegel, 19. September 2011.

Nicola Liebert ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Der Text lehnt sich an ein Expertisepapier des wissenschaftlichen Beirats von Attac an.

http://bewegung.taz.de/organisationen/lmd/blogeintrag/fataler-reichtum--zu-viel-geld-in-falschen-haenden (gekürzt)

Reich und Arm weltweit – zum Weiterlesen

Samir Amin: Der kapitalistische Genozid (SiG 36, (07.07.2004), http://sandimgetriebe.attac.at/2920.html

Die dreifache Umverteilung von unten nach oben, von Fred Schmid (SiG 95) http://sandimgetriebe.attac.at/10061.html

Rick Wolff: Besteuerung der Reichen oder Anhäufung von Staatsschulden;Nicht böse Spekulanten, sondern Klasseninteressen verursachen die Schuldenkrisen (SiG 83) , http://sandimgetriebe.attac.at/8860.html

Christian Zeller: Die Eigentumsfrage ernst nehmen! Die Aktualität von Enteignung und Aneignung (SiG 31), http://www.staytuned.at/sig/0031/32921.html

Bericht von CETIM (Europe-Third World Centre): The Fight against Poverty and Human Rights, http://www.cetim.ch/en/publications_cahiers.php?currentyear=&pid=#poverty, Zusammenfassung von **Francine Mestrum** (Mitglied im Internationalen Komitee vom Weltsozialforum) „**Global poverty is a consequence of free-trade ideology**", http://www.publicserviceeurope.com/article/2213/global-poverty-is-a-consequence-of-free-trade-ideology

30 Stunden sind genug - Arbeit solidarisch umverteilen (SiG 34, 22.06.2004), http://sandimgetriebe.attac.at/2865.html

Weg mit Hartz IV (SiG 37, 22.09.2004), http://sandimgetriebe.attac.at/2924.html

SiG 56 (09.01.2007): **Internationale Steuern: Umverteilen!**, http://sandimgetriebe.attac.at/sig56.html

SiG 75 (02.07.2009): Umverteilen – Umgestalten, http://sandimgetriebe.attac.at/8180.html

Catastroika – privatization goes public

Filmpremierentour mit dem Regisseur Aris Chatzistefanou, 28.9.-4.10.

Ausverkauf der Demokratie - Eine griechische Tragödie. Dokumentarfilm von Aris Chatzistefanou und Katerina Kitidi über die Folgen der Privatisierung.

Der Dokumentarfilm *Catastroika – privatization goes public* analysiert die Verschiebung von Staatseigentum in private Hände und zeigt ihre sozialen Folgen. Die Filmemacher Aris Chatzistefanou und Katerina Kitidi reisten um die Welt, um Informationen über die Privatisierung in Industrieländern zu sammeln. Sie entwerfen ein erschreckendes Bild, wie die Zukunft Griechenlands nach massiven Privatisierungsprogrammen aussehen könnte. *Zu Wort kommen u. a. Slavoj Zizek, Naomi Klein, Luis Sepulveda, Ken Loach, Greg Palast, Dani Rodrik, Alex Callinicos, Ben Fine, Costas Douzinas, Dean Baker.*

Tour-Termine
Freitag 28.9. Hannover
Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-Weg 1, Beginn 20.30 Uhr
Sonntag 30.9. Oldenburg
Cine-k - Kino in der Kulturetage, Bahnhofstr. 11, Beginn 18.00 Uhr
Montag 1.10. Hamburg
Centro Sociale, Sternstr. 2, Beginn 18.00 Uhr
Dienstag 2.10. Bremen
Cinema Ostertor, Ostertorsteinweg 105, Beginn 18.45 Uhr
Donnerstag 4.10. Berlin
Rosa Luxemburg Salon, Franz-Mehring-Platz 1, Beginn 19.00 Uhr



Spanien:

Zum 15. und 25. September 2012 mobilisieren die spanischen Gewerkschaften und Teile der 15-M-Bewegung zu einem „Marsch auf Madrid".
Sie protestieren damit gegen die massive Sparpolitik der Troika aus EU, EZB und IWF. Diese sieht enorme Einschnitte bei Löhnen der öffentlich Beschäftigten, eine Verschlechterung des Arbeits- und Sozialrechts und eine Privatisierung der Altersvorsorge vor. Damit droht Spanien das „zweite Griechenland" zu werden.

http://griechenlandsolidaritaetberlin.blogsport.eu/2012/09/08/athen-berlin-madrid-gemeinsam-gegen-sparpolitik/

Portugal:

15. September: Demonstrationen gegen die Troika-Auflagen



http://queselixeatroika15setembro.blogspot.pt/

Griechenland

Massenproteste fanden am 8.9. bei der Eröffnung der jährlichen internationalen Messe in Thessaloniki durch Ministerpräsident Antonis Samaras statt.

Gegen die Pläne zur Abschaffung der Fünftagewoche, aber auch gegen die neuen Lohn- und Rentenkürzungen in Höhe von 11,5 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren, die von der Troika im Gegenzug für die Auszahlung der nächsten Kredittranche eingefordert werden, haben die Gewerkschaftsorganisationen der beiden linken Parlamentsparteien den griechischen Gewerkschaftsdachverband in der privaten Wirtschaft (GSEE) **zur Ausrufung eines neuen Generalstreiks noch im September aufgefordert**.

Österreich:

Aktionstag: Wege aus der Krise, 6. Oktober 2012
Wien , http://www.wege-aus-der-krise.at/



Deutschland:



http://umfairteilen.de/

Blockupy Frankfurt:
Ganztägige Veranstaltung am 20. Oktober
Vorbereitung für Aktionstage in 2013

Blockupy Frankfurt geht weiter. In einem Großzelt in der Frankfurter Innenstadt will das Bündnis am Samstag, den 20. Oktober einen Teil der inhaltlichen Diskussionen nachholen, die während der Aktionstage im Mai wegen des städtischen Totalverbots ausfallen mussten.
Am folgenden Sonntag, den 21. Oktober wollen die Aktivistinnen und Aktivisten erste Ideen für erneute Blockupy-Aktionstage im kommenden Jahr austauschen.
http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten

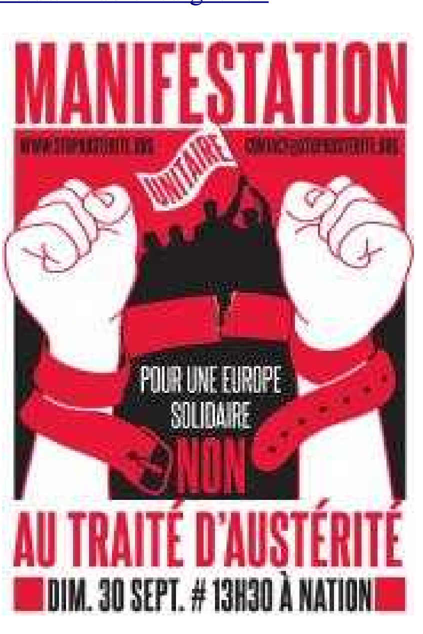
Frankreich: Nein zum Fiskalpakt!

Aktionen und Demonstration am 30.9.

*Der Fiskalpakt soll in Frankreich Anfang Oktober vom Parlament ratifiziert werden. (S. auch SiG 95 und 96). Es hat sich ein **breites Aktionsbündnis** gebildet, im September werden dezentral viele Aktionen durchgeführt.*

Umfangreiche Mobilisierungsmaterialien: http://www.audit-citoyen.org/?p=2392

***Referendum zum Fiskalpakt!** Attac Frankreich*
http://sandimgetriebe.attac.at/10114.html
***Der Fiskalvertrag beschädigt den Sozialstaat**, Brief von Franz Bsirske*
http://sandimgetriebe.attac.at/10116.html
***Der ESM ist kein Mechanismus der europäischen Solidarität**,*
http://sandimgetriebe.attac.at/10117.html und von den AG Europäische Union & AG Finanzmärkte von Attac Deutschland, http://sandimgetriebe.attac.at/10118.html



Attac Frankreich
Gemeinsam gegen den Fiskalpakt und für ein anderes Europa
Auszüge aus einem Flyer vom 13. August 2012

"*Die Schuldenlast ist erdrückend geworden. So zahlt der Staat seinen Gläubigern jedes Jahr fast 50 Milliarden Euro. Diese Summe stellt im Haushalt den größten Posten dar, noch knapp vor dem nationalen Bildungs-etat, und übersteigt zusammengenommen die Ausgaben für Forschung, Justiz und Sicherheit. Das ist nicht hinnehmbar! Schulden bedeuten weniger Schulen, weniger Krippenplätze, weniger Krankenhäuser und weniger öffentliche Verkehrsmittel...*"
Das waren die Worte von Jean-Marc Ayrault über die Staatsverschuldung in seiner Grundsatzrede im vergangenen Juli. Aber als Lösung für dieses Problem greift er das von François Hollande verkündete Ziel auf, die Neuverschuldung schon 2013 auf 3 % des BIP und bis 2017 auf 0 zu drücken.
Dies ist kein Zufall: die Nullprozent-Marke für die Neuverschuldung ist oberstes Ziel des Fiskalpaktes, des neuen Vertrags, der zwischen Sarkozy und Merkel ausgehandelt wurde, um die Austeritätspolitik endgültig als einzig mögliche Politik in Europa durchzusetzen.
(...)

9. Illusorischer "Wachstumspakt"
Am 6. Mai 2012, dem Abend seines Wahlsieges, verkündete François Hollande, dass sein Sieg eine neue Hoffnung für Europa bringen würde, "*dass die Austerität endlich kein unausweichliches Schicksal mehr sein müsste*". Er forderte neue Verhandlungen über den Fiskalpakt. Kaum zwei Monate später aber, nach dem Gipfel vom 28. und 29. Juni, urteilt er, "*dass Europa neu ausgerichtet wurde"* und kündigt "*die schnelle Ratifizierung*" des von Nicolas Sarkozy ausgehandelten Fiskalpaktes an. Um diesen plötzlichen Sinneswandel zu rechtfertigen, führt Francois Hollande den sogenannten "Wachstumspakt" ins Feld: 60 Milliarden von den für 2012 und 2013 bereits beschlossenen und eingeplanten Mitteln werden umverteilt und 60 Milliarden neue mögliche Kredite werden der Privatwirtschaft von der Europäischen Investitionsbank in Aussicht gestellt. Ein wahrhaftiger Taschenspielertrick über virtuelle Beträge, die nicht einmal 1% des europäischen BIP erreichen.
Während des Wahlkampfs hatte er an die Ratifizierung des Paktes noch drei Bedingungen geknüpft:
- die Schaffung von Euro-Bonds, um es den schwächsten Mitgliedern des Euroraums zu ermöglichen, Kredite zu erträglichen Zinsen aufzunehmen;
- die Reform der Europäischen Zentralbank, um den Mitgliedsstaaten eine Refinanzierung außerhalb der Finanzmärkte zu ermöglichen;
- Wachstumsprogramme fürEuropa.

Bei den ersten beiden Punkten hat er nichts erreicht. In Bezug auf den dritten Punkt dürfen wir uns vom Politmarketing nicht blenden lassen: die angekündigten Maßnahmen sind lächerlich und zu einem großen Teil fiktiv, während die Umsetzung des Fiskalpaktes sehr reale Einschnitte in den öffentlichen Haushalten bedeutet, nämlich 60 Mrd. Euro allein für Frankreich bis 2017.

Es ist unumgänglich, den Fiskalpakt abzuwehren, aber dies ist nur ein erster Schritt. Es muss in allen Ländern eine echte Demokratiedebatte eröffnet werden, die sich auf die Herausforderungen der Staatsverschuldung und die Alternativen zur Austerität Sparzwang richtet. Angesichts eines nie dagewesenen drohenden Rückgangs von Demokratie, Sozialwesen und Umwelt ist es nötiger denn je zuvor Alternativen zu benennen.

Wir müssen die Kernfragen beantworten:
Woher stammt die Verschuldung?
Wie können wir die Austerität und die Zerschlagung des Sozialstaats verhindern?

- Echte europäische Solidarität durch ein direktes Einschreiten der EZB, um Spekulation zu unterbinden und die strangulierte Wirtschaft verschuldeter Staaten durch große staatliche Investitionen zu fördern. Gleichzeitig sollte eine **Überprüfung der Schulden** zu wichtigen Umstrukturierungen führen, an der sich die Privatwirtschaft zu beteiligen hätte.
- Entkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten: es muss den Staaten möglich sein, direkt von der EZB Geld zu leihen ohne dafür den Weg über Privatbanken nehmen zu müssen; große staatliche Wirtschafts- und Investitionsprogramme sind dringend erforderlich, um soziale Bedürfnisse zu befriedigen; die Übereinkommen über Sozialrechte sollte nach oben erfolgen und die ökologische Wende muss eingeleitet werden.
- Beginn einer fiskalpolitischen Revolution auf europäischer Ebene: in dem die Reichen und große Gewinne besteuert werden und Steuerhinterziehung sowie Steuerparadiesen ein Ende gesetzt wird, um einen Spielraum für politisches Handeln wieder zu ermöglichen.
- Stellen wir die Banken in den Dienst der Gesellschaft: Die Aktivitäten von Geschäftsbanken müssen klar von denen der Investment-,Finanzierung und Spekulation Banken getrennt werden, das Banken- und Versicherungswesen muss im Sinne einer wirklichen öffentlichen Bankdienstleistung öffentlich und demokratisch kontrolliert werden.
- Die Finanzmärkte entwaffnen: Steuerparadiese und alle Spekulationsmechanismen wie z. B der Hochfrequenzhandel, Leerverkäufe, außerbörslicher Handel, Kreditausfallversicherungen und Spekulationen auf Derivate müssen endgültig verboten werden. Eine ehrgeizige Finanztransaktionssteuer muss in der Europäischen Union oder wenigstens im Euroraum eingeführt werden.

In Europa ist eine politische Krise unausweichlich – wir müssen sie meistern!
Die politische Konfrontation findet nicht zwischen Deutschland und Frankreich oder den südlichen Ländern Europas statt. Sie besteht zwischen einem Europa, das von und für die Märkte gestaltet wird und einem demokrati-schen, ökologischen und solidarischen Europa.
Die Annahme des Fiskalpakts wäre die Abkehr von jeglicher Aussicht auf Alternativen, während die Schwere der Krise sie doch gerade so erforderlich macht.
In Griechenland, Spanien und Frankreich, aber auch in Deutschland haben soziale Kräfte, die potenziell die Mehrheit sind, ein gemeinsames Interesse daran, Europa radikal neu auszurichten, um die sich anbahnende demokratische und soziale Katastrophe zu verhindern. Die entscheidende Bedingung: wir müssen eine tiefgreifende Demokratiedebatte in Gang setzen, die die Hürden der Passivität und Verdrossenheit in der Bevölkerung überwindet. In Frankreich wäre die Organisation einer Diskussion um eine Volksabstimmung durch die öffentlichen Stellen ein wertvolles Werkzeug und wenn nicht, dann sollte zumindest ein Referendums von der Zivilgesellschaft organisiert werden..
Durch die Ablehnung des Fiskalpakts können Abgeordnete und Senatoren der Austeritätspolitik Einhalt gebieten.
Die Ablehnung des Fiskalpakts durch Frankreich wäre ein entscheidendes Signal, um einer demokratischen Neugründung Europas die notwendige Dynamik zu verleihen. Helfen wir Abgeordneten und Senatoren dabei, dies zu begreifen!
Handeln wir jetzt!

Weitere Informationen zur Aktion von Attac und seinen Partnern in Bezug auf den Fiskalpakt: www.france.attac.org
http://www.france.attac.org/articles/les-10-raisons-de-dire-non-pour-rouvrir-le-debat-europeen

Diskussionsbeiträge rund um den Euro

Andreas Fisahn, Alexis Passadakis, Peter Wahl

Demokratie statt autoritäre Integration

Für eine neue emanzipatorische Position zur Europäischen Union

*13 **vorläufige** Thesen zum **Diskussionsanstoß**, Berlin/Bielefeld, Juli 2012*

1. Eine Entscheidungssituation bahnt sich an

Die Euro-Krise spitzt sich täglich zu. Es bahnt sich eine Situation an, in der sich die Zukunft des Euros über kurz oder lang definitiv entscheiden muss. Mit diversen neuen Regelsystemen und Institutionen, zuletzt Fiskalpakt und ESM, werden grundsätzliche Weichenstellung der Krisenpolitik bereits versucht. Zusätzliche und weitreichende Entscheidungen stehen auf der Tagesordnung – z.B. Fiskalunion und Bankenunion. Nicht auszuschließen ist, dass weitere Integrationsschritte in nächster Zeit auf den Weg gebracht werden, oder dass Volksabstimmungen in einigen europäischen Ländern, vielleicht sogar in der Bundesrepublik, angesetzt werden.
Auf jeden Fall wird die Krise und die Zukunft der EU den Bundestagswahlkampf und darüber hinaus die politische Agenda auf absehbare Zeit beherrschen.
Die Vorschläge zur Krisenlösung - aus welcher Richtung sie auch kommen - sind unvermeidlich mit Konsequenzen für die Zukunft der EU verbunden. Deshalb steht die Diskussion europapolitischer Zielvorstellungen erneut auf der Tagesordnung.

2. Angst essen Kritik auf

Im deutschen Diskurs ist die Vertiefung der Integration Teil der Staatsraison. Diese Position bezeichnet sich selbst als Pro-Europäisch. Sie ersteckt sich im parteipolitischen Spektrum mit unterschiedlichen Schattierungen von der Mehrheit der FDP, über die CDU, SPD, Grünen und Teile der Linkspartei. Die Parole ist: Mehr Europa - bis hin zu den Vereinigten Staaten von Europa. Weitere Integration heißt: Transfer von nationalstaatlicher Souveränität – und damit auch demokratischer, parlamentarischer Rechte - an den supranationalen Zentralstaat in Formierung. Die Krise ist für viele Anlass, einen qualitativen Sprung in diese Richtung zu fordern.
Die bisher einzige öffentlich sichtbare Opposition in Deutschland kommt – anders als etwa in Frankreich oder inzwischen auch den Niederlanden - aus dem rechten Spektrum. Sie ist nationalistisch oder standortchauvinistisch motiviert.
Angesichts dieser Konstellation traut sich im emanzipatorischen Lager kaum jemand, den herrschenden Integrationskurs in Frage zu stellen. Man befürchtet, in der binären Logik dieser zwei Lager eingeordnet zu werden und als anti-europäisch, national borniert und rückwärtsgewandt denunziert zu werden.

3. Statt mehr Europa bekamen die EU mehr Neoliberalismus und mehr Deutschland

Gleichzeitig wächst in emanzipatorischen Milieus das Unbehagen. Zwar war die EU schon von Anfang an ein Elitenprojekt, in dem Kapitalinteressen vor anderen privilegiert waren. In den Neunzigern hat sich jedoch mit der neoliberalen Hegemonie und deren Materialisierung in Binnenmarkt, Maastricht etc. die Asymmetrie drastisch verschärft. Mit der Einführung des Euro und dem Lissabon-Vertrag setzte sich dieser Integrationstyp fort, um im Fiskalpakt zu gipfeln. Unter dem Etikett „Mehr Europa“ gab es in Wirklichkeit mehr Neoliberalismus, mehr Wettbewerb, mehr Bundesbank (in Gestalt der EZB), mehr Austerität, mehr Deutschland. Die Interessen der Wirtschaft, vorneweg der Finanzmärkte, wurden in der Regelsetzung zu hard law, das vom EuGH inzwischen auch durchgesetzt wird. Arbeit und Soziales kommen dagegen allenfalls als unverbindliches soft law vor.
Das einseitige Regelwerk hat enorme Bindewirkung und eine weit in die Zukunft reichende Pfadabhängigkeit geschaffen, der sich auch potentiell linke Regierungen selbst großer Mitgliedsstaaten nur sehr schwer entziehen können.

4. Das Dilemma emanzipatorischer Europapolitik

Angesichts dessen versucht emanzipatorische Politik mit der Parole „Mehr Europa - aber anders“ einen dritten Weg. Das soziale Europa wird zur Alternative erklärt. Als Zukunftsvision ist das nicht falsch – allenfalls ergänzungswürdig durch das ökologische und demokratische Europa. Allerdings wird dieser Ansatz seit mindestens zwei Jahrzehnten erfolglos verfolgt. Die Realität geht in die gegenteilige Richtung. Insofern ist der Versuch des dritten Weges politisch marginalisiert. Auch und gerade in der gegenwärtigen Auseinandersetzung.
Ein Grund, wenn sicherlich auch nicht der Einzige, liegt in der politischen Selbstfesselung, die weitere Vertiefung der Integration für per se gut finden zu müssen, weil die EU als post-nationaler Akteur, wahrgenommen und die post-nationale Option vor dem Hintergrund internationalistischen Selbstverständnisses und der deutschen Geschichte als Gegensatz zur nationalen positiv konnotiert wird. De facto ruft aber die gegenwärtige Logik der EU-Integration selbst einen zunehmend virulenten Nationalismus und Chauvinismus auf den Plan.

5. Die binäre Logik aufbrechen

Emanzipatorische Politik ist daher wie schon bei der Etablierung des Binnenmarktes und zehn Jahre später bei der Einführung des Euros wiederum in der Gefahr, sich nur mit halber Kraft und halbem Herzen gegen einen weiteren neoliberalen Integrationsschub zu stellen. Deshalb muss sie sich von der binären Logik frei machen und eine eingriffsfähige Strategie für den Umgang mit der EU entwickeln. Das ist ein Suchprozess, der sicher noch viel Diskussion erfordert. Aber diese muss endlich beginnen, die Zeit ist reif.

6. Legitimationsressourcen erschöpft

Als nach dem Zweiten Weltkrieg der europäische Integrationsprozess begann, bezog er seine Legitimität aus seiner friedenspolitischen Funktion. Zwar war dies kein pazifistisches Unternehmen, sondern folgte der alten geopolitischen Logik, die der britische Außenminister Lord Ismay zum Ziel der NATO einmal bündig auf den Begriff brachte: „To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down“.
Aber der Westen hatte mit der europäischen Integration die richtigen Lehren aus der katastrophalen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg gezogen. Die Deutsche Frage sollte jetzt nicht mehr durch Demütigung und Schwächung des bevölkerungsreichsten Landes im Zentrum des Kontinents, sondern durch seine Einbindung - vor allem durch ökonomische Integration - gelöst werden. Noch die Einführung des Euro war von Mitterand in dieser geopolitischen Logik als Mittel zur Bindung des wiedervereinigten Deutschlands gedacht.
Das traf sich mit den Interessen der (west)deutschen Funktionseliten, die durch die Nazizeit völlig kompromittiert waren. Die Westintegration war der einzige Weg für sie, wieder in die internationale Staaten-

gemeinschaft zurückzukehren. Zudem passte das gut in den Kalten Krieg.
Die Strategie des Westens war erfolgreich. Weitere kriegerische Konflikte in Westeuropa verhindert zu haben, ist ein großes historisches Verdienst , das nicht genug gewürdigt werden kann. Aber die friedenspolitische Mission der europäischen Integration ist erfüllt, ein Krieg zwischen Mitgliedsländern heute undenkbar. Als Legitimationsressource für die weitere Integration ist das Argument erschöpft.
Allerdings wirft die aktuelle Logik der Integration die Deutsche Frage wieder auf – wenn auch der Einsatz der ökonomischen Potenz des heutigen Deutschlands nicht mit dem wilhelminischen Imperialismus und schon gar nicht den Nazi-Aggressionen zu vergleichen ist. Es ist kein Zufall, dass Pierre Bourdieu, den europäischen Neoliberalismus in Anspielung auf den ehemaligen Chef der Bundesbank als „System Tietmeyer“ bezeichnete.

7. Das europäische Modell gegen die Globalisierung schützen?
Zeitweise war als neue oder Aushilfslegitimation die Verteidigung des „europäischen Modells“ gegen die Zumutungen der Globalisierung im Schwange. Auch wenn nie so recht klar war, was das europäische Modell ausmacht, galt vor allem in der deutschen Diskussion der Rheinische Kapitalismus mit seinem Sozialstaat als dieses Modell.
Der tatsächliche Entwicklungsweg der EU seit den Neunzigern (s. Punkt 4) und erst recht mit dem gegenwärtigen Krisenmanagement ist jedoch ein einziges Dementi dieser Behauptung. Die EU war und ist ein entscheidender Motor der neoliberalen Globalisierung, u.a. indem:

- mit Hilfe des Binnenmarkt-Projekts die neoliberale Wettbewerbslogik in der EU verankert wurde;
- durch eine aggressive Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte der Aufstieg des finanzmarktgetrieben Akkumulationsregimes massiv mitbetrieben wurde;
- durch aggressive Freihandelspolitik die Öffnung zum und die Expansion in den Weltmarkt forciert wurde;
- der Binnenmarkt dann diesen Konkurrenzdruck im Geiste des Standortwettbewerbs ausgesetzt wurde, mit entsprechendem Druck auf Arbeit, Soziales, Umwelt und Demokratie.

Das Modell der nationalstaatlich verfassten Sozialstaatlichkeit in Europa wurde und wird weiter abgebaut - bis hin zur völligen Zerstörung wie zur Zeit in Griechenland, Portugal und Spanien. Das Argument, wir brauchten die EU zum Schutz gegen Globalisierung, hat seine Glaubwürdigkeit verspielt.

8. Der Traum von der Supermacht – keine emanzipatorische Legitimation
Angesichts des Legitimationsdefizits tritt ein anderes Motiv hinter dem Interesse an weiterer Integration zunehmend ans Licht: der Ausbau der EU zur Supermacht, die zusammen mit den USA und China dann die G3 bilden, quasi ein globales Triumvirat. Bei Teilen der Funktionseliten ist dies schon länger eine Triebkraft, vor allem bei solchen, aus Ländern die früher einmal Weltmacht waren, inzwischen aber in die zweite und dritte Liga abgestiegen sind. Dieses Motiv wird zusätzlich durch das Tempo und die Tragweite angetrieben, mit der sich das internationale System derzeit in Richtung Multipolarität neu konfiguriert. Wenn man die Welt durch die Brille der Macht- und Geopolitik betrachtet, muss der Aufstieg Chinas zu Supermacht, das Potential Indiens, Brasiliens und anderer Schwellenländer, die Versuche Russlands an alte Zeiten anzuknüpfen aus EU-Sicht tatsächlich Sorge bereiten. Die 500-jährige Epoche, in der Europa und sein nordamerikanischer Ableger das Schicksal der Welt dominierte neigt sich ihrem Ende zu.
Wer in Europa auch zukünftig in der globalen Hackordnung möglichst weit oben mitmischen will, kann das nur im Verbund mit anderen. Mindestens ein Kerneuropa müsste dafür her.
Es liegt auf der Hand, dass eine Supermacht EU für emanzipatorische Europapolitik indiskutabel ist. Freilich ist damit zu rechnen, dass nach dem Muster der Responsibi-ity to Protect mit der bereits im Kosovo, Libyen, Afghanistan etc. die zeitgenössische Variante der Kanonenbootpolitik gerechtfertigt wurde, auch eine massenwirksame Form des Supermachtgedankens präsentiert werden wird, etwa im Sinne einer Responsibility to Protect die Umwelt oder den Zugang zu Rohstoffen.

9. Integration ist kein Selbstzweck
Die EU war bereits vor Einführung des Euro eine historisch einzigartige Form der Vergesellschaftung. Ein derart hohes Maß an supranationaler Integration gab und gibt es sonst nirgendwo. Und es wird sehr lange dauern, ehe in anderen Regionen ein ähnlich verdichteter Raum entsteht.
Selbst wenn einzelne Länder den Euro verlassen – sei es in Form einer katastrophischen Zuspitzung der Krise oder in einem gesteuerten Prozess – wird das nicht das Ende der EU sein. Die ökonomischen, politischen und rechtlichen Verflechtungen sind nach 60 Jahren so eng geworden, dass sie auf vielen Gebieten irreversibel geworden sind. Die Auflösung der EU und der Rückfall - oder die Hoffung - in das pure Nebeneinander von Nationalstaaten sind unrealistisch.
Ohnehin bestand auch schon vor der Krise eine EU mehrerer Zonen und Geschwindigkeiten der Integration. Wie der britische Regierungschef kürzlich klar gemacht hat, wird sich das auch nicht ändern: „*Wir sind weit davon entfernt zu wenig Europa zu haben, wir haben zuviel. ... Wir werden uns nicht hinter griechische oder portugiesische Banken stellen, und unsere Banken werden von der Bank von England reguliert, nicht von der EZB. ... Als Handelsnation braucht Britannien ungehinderten Zugang zu europäischen Märkten und Mitsprache wie die Regeln dieses Marktes geschrieben werden.*“ Das ist auch eine Variante von europäischer Integration. Niemand wird behaupten, dass die Briten deshalb unglücklicher wären als die Deutschen, Spanier oder Griechen.
Damit soll keineswegs eine grundsätzliche Ablehnung einer weiteren Integration das Wort geredet werden, sondern zunächst nur der Ablösung von einer zwangsläufigen und scheinbar alternativlosen Vertiefung. Es gibt keinen Grund für emanzipatorische Politik, die „Fahrradtheorie“ der Integration („immer vorwärts, sonst fällt’s um“) zu übernehmen.
Dabei kann auch eine Vertiefung der Integration eine Option sein. Aber eben auch ein entschiedenes Integrations-Moratorium und Beibehaltung des Status quo, oder auch eine selektive Sub-Regionalisierung oder eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf das national-staatliche Terrain in bestimmten Politikfeldern. Entscheidend ist, dass jede Entscheidung, wie immer sie aussieht, nicht wieder von oben oktroyiert wird.
Bereits Keynes war zwar für die Globalisierung des Handels, die Finanzmärkte aber sollten unter nationalstaatlicher Kontrolle bleiben, mit dem weitsichtigen Argument, dass man den Tiger nicht wird reiten können. Allein die Kapitalflucht aus den Krisenländern zeigt, wie notwendig wieder Kapitalverkehrskontrollen wären. Auch die strukturelle Unfähigkeit der EU, eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte zustande zu bringen spricht für eine Einschränkung des freien Kapitalverkehrs und eine Schrumpfung der Finanzmärkte auf ein Maß, wo sie wieder kontrollierbar werden. Das wäre nicht rückwärtsgewandte Kirchturmpolitik, sondern die zukunftsfähige Rückgewinnung demokratischer Souveränität über den Finanzkapitalismus. Auch aus ökologischen Gründen kann es sinnvoll sein, dem Binnenmarkt in Teilbereichen wieder Grenzen zu ziehen. Die sprichwörtliche Story vom Yoghurt, der 3.000 km kreuz und quer durch Europa zurücklegt bevor er im Regal ankommt, mag hier als anekdotischer Hinweis dafür genügen, in welche Richtung zu denken wäre.

In jedem Fall sind weitere Schritte zur Integration an klare Bedingungen zu knüpfen. Die erste und wichtigste ist Demokratie.

10. Ohne Demokratie keine weitere Integration
Dass die EU bereits vor der Krise ein eklatantes Demokratiedefizit hatte, ist beim Bundesverfassungsgericht aktenkundig. Das Krisenmanagement hat das Demokratiedefizit dramatisch erhöht. Deshalb ist jetzt jeder weitere Integrationsschritt inakzeptabel und sollte solange blockiert werden, bis demokratische Abhilfe geschaffen ist. Für das kurzfristige Krisenmanagement – etwa die Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands – muss die EZB die Rolle des lender of last resort übernehmen. Demokratisierung der EU kann jedoch nicht nur darin bestehen, die bestehenden supranationalen Institutionen und Verfahren zu demokratisieren. Zur Grundsubstanz von Demokratie gehören vielfältige Formen konkreter Wahl-, Entscheidungs- und Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz und deren materielle Absicherung für die Bürger und Bürgerinnen.

11. Ohne Schritte zur Sicherung des Sozialen kein weitere Integration
Eine zweite conditio sine qua non für weitere Integrationsschritte sind reale Schritte zur Sicherung des Sozialen, zur Aufhebung der Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit. Dazu gehört die konkrete Ausgestaltung eines europäischen Sozialstaates (u.a. europäischer Mindestlohn, Europäisierung der sozialen Sicherungssysteme, europäisches „Bafög" für alle überall, Angleichung der Lebensverhältnisse), der Abbau der neoliberalen Wettbewerbsorientierung und die Etablierung eines europäischen Steuersystems mit entsprechenden Umverteilungsmechanismen von oben nach unten. Ein europäisiertes Steuersystem und entsprechende Sozialsystem könnten einen Teil des strukturell erzeugten Drucks der Wettbewerbsordnung in Form der Standortkonkurrenz in Richtung Steuer und Sozialdumping zumindest abmildern. Europäische Solidarität ja, aber nicht mit Banken, Hedge-Fonds und korrupten Funktionseliten.

12. Was bedeutet das für die Lösung der Euro-Krise?
Die verschiedenen Lösungsvorschläge für die Krise haben alle eine europapolitische Dimension. Einige führen automatisch zu weiterer Integration, andere beziehen sich auf existierende Mechanismen und wiederum andere führen zu einer Verringerung der Integration, wie z.B. ein Ausritt aus dem Euro. Aus emanzipatorischer Sicht sollten die entscheidenden Kriterien zur Beurteilung jeder Maßnahme sein:
·Kommt sie unter Beteiligung aller Betroffenen demokratisch zustande?
·Trägt sie zum Abbau der Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit bei?
Sind dies Voraussetzungen erfüllt, sind sowohl weitere Integrationsschritte, als auch die Beibehaltung des Status quo oder die Verringerung der Integration akzeptabel. Integration ist damit kein Selbstzweck mehr, sondern übergeordneten Zielen (Demokratie, Gerechtigkeit) untergeordnet. Beispiel: Eine Insolvenzregelung für Banken auf europäischer Ebene müsste den Status des Preferred Creditors an Sparer und Kleinanleger geben, dann kommen kleine und mittlere Unternehmen der Realwirtschaft, dann große und am Schluss Institutionelle Investoren, Fonds, reiche Individuen und die Aktionäre.

13. Kein solidarisches Europa ohne die Formierung sozialer Bewegung
Letztlich ist ein solidarisches Europa – egal auf welcher „scale" es organisiert ist, nur denkbar, wenn sich die sozialen Kräfte organisieren, die ein solches Projekt von unten durchsetzen können und sowohl alte als auch neue Errungenschaften absichern können. Ohne eine Neukonstellation sozialer Akteure, bleibt und wird die EU ein autoritäres Projekt. Demokratie ist nicht nur eine Frage der Wahl des richtigen Verfahrens, sondern auch die Frage, welche gesellschaftlichen Interessen sich durchsetzen können.

Leo Mayer

Euro-Krise und Rechtspopulismus

www..isw-münchen.de **26. Juli 2012**
Heute kann niemand sagen, wo Euro und EU in einigen Monaten sein werden. Dabei ist die Gefahr nicht so sehr, dass Euro und EU auseinanderbrechen, sondern dass Nationalismus, Egoismus und Ausländerhass aus diesen Ruinen aufsteigen werden. Jüngste Beispiele

1. In verschiedenen Städten der Bundesrepublik hat das „Aktionsbündnis Direkte Demokratie – Gegen den Euro-Rettungswahn" - nach der Eigenbeschreibung als Reaktion auf die angeblich entstehende EU-Diktatur entstanden - zu Kundgebungen aufgerufen. Themen: „Aushebelung der Demokratie durch Regierungen, Parlamente, Verfassungsgerichte und Zentralbanken im Zeichen der so genannten »EURO-Krise«" ... „Entmündigung und Enteignung" der Bürger Deutschlands. Ziel ist eine „Direkte Demokratie" anstelle der angeblichen „parteiischen Scheindemokratie" zur Bankenbegünstigung.
In München organisierten die „Freien Wähler" am 2. Juni unter dem Motto „Stoppt das Geldverbrennen" und mit der Forderung, „*dass kein Land für die Verbindlichkeiten eines anderen einstehen muss*" eine Kundgebung gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Auch wenn sich die Freien Wähler gegen Rechtsextremismus und Rassismus aussprechen, kann nicht verwundern, dass sie mit diesen Losungen das rechtspopulistische Milieu bedienten:

- die extrem rechten "Republikaner" (REP) bewarben ebenfalls die Aktion und riefen zur Teilnahme auf.
- auch der bayerische NPD-Landesverband mobilisierte, um „so einem zentralen Thema unserer Zukunft zur gebotenen öffentlichen Aufmerksamkeit (zu) verhelfen". (NPD- Bayern-Homepage)
- die rassistische Kommunalwahlliste "Bürgerinitiative Ausländerstopp München" (BIA) rief zur Teilnahme an der Demonstration auf: "*Ein wichtiges Zeichen gegen die etablierte Europa-Politik*".

In einem Bericht über die Münchner Veranstaltung heißt es: „*Auf Transparenten, Schildern und in dem im Eingang zur Fußgängerzone verteilten Propagandamaterial dominierten verschwörungstheoretische Behauptungen, antisemitische Ressentiments und nationalistische Parolen. .. Vielen Anwesenden ging es im Kampf gegen die (Zitat von einem Transparent auf der Kundgebung) "ewige Schuldknechtschaft" um "das Volk" bzw. die "Völker" und sie prangerten darum wahlweise die "Zocker", die "Geldsäcke" oder auch den "Zins- und Zinseszins" an*." (Robert Andreasch)

2. Anfang Juli wandten sich 172 Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der deutschsprachigen Länder - u.a. Prof. Sinn, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo und der volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Fakultät der LMU - mit einem Protestaufruf an Bürger und Politik.
In dem Text werden nationale Klischees verwendet und die verständlichen Sorgen um Ersparnisse ausgenutzt, um Ängste und Emotionen vor einer Bankenunion und Aversionen gegen die Schuldenländer zu schüren, ohne dass dies mit Fakten unterlegt wird und Alternativen aufgezeigt werden: „*Die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah, waren falsch. .. Die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas dürfen für die Absicherung dieser Schulden nicht in Haftung genommen werden*"
In dem ursprünglichen - später etwas entschärften - Text hieß es weiter: „*geholfen wird vor allem der Wall Street, der City of*

London und einer Reihe maroder ausländischer Banken, die nun weiter zu Lasten der hart arbeitenden Bürger anderer Länder, die mit all dem wenig zu tun haben, ihre Geschäfte machen dürfen.“
Die NPD übernahm sofort die Forderungen der unterzeichnenden Wirtschaftsprofessoren für ihre Kampagne „Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur“: „*Die NPD sieht ihre zentralen währungs- und wirtschaftspolitischen Forderungen durch den Aufruf der Ökonomen bestätigt und fordert, daß endlich auch Tabuthemen wie der Ausstieg Deutschlands aus der Euro-Zone und die Wiedereinführung einer stabilen Währung auf die Tagesordnung müssen*.“
„*Wir wollen nicht länger Zahlmeister Europas sein – das können wir unseren Kindern und Enkeln nicht zumuten!*“
Sarrazins Buch „Europa braucht den Euro nicht“ beförderte in der öffentlichen Debatte die Eurokritik aus nationalchauvinistischer Sicht und lieferte Argumentation in einer Mischszene aus antisemitischen, marktradikalen, verschwörungsideologischen, rassistischen und nationalistischen Kleinstparteien und Splittergruppen, die auf die Ängste und Verunsicherungen der Menschen zielen.

Dass es in Deutschland bisher keine starke rechtspopulistische Partei gibt, hängt wohl auch damit zusammen, dass die herrschende Politik - aber v.a. Bundeskanzlerin Merkel - mit ihrer Austeritätspolitik und harten Haltung gegen die verschuldeten Länder diese Sorgen der kleinen Sparer noch bedient. Anders ist es in den meisten anderen europäischen Ländern, wo es einen erschreckenden Aufschwung „rechtspopulistischer“ und faschistischer Parteien gibt.
Beispiele:

- FPÖ, BZÖ in Österreich
- Schweden-Demokraten
- Wahre Finnen
- Vlaamse Belang in Belgien
- Partei für die Freiheit von Geert Wilders in den Niederlanden:
- Front National in Frankreich,
- Lega Nord in Italien
- Die Neue Morgenröte in Griechenland
- Fidez, Regierungspartei in Ungarn, die den Übergang zu einem autoritären Regierungssystem organisiert; und noch weiter rechts davon ihre frühere Jugendorganisation „Jobbik“, eine offen faschistische Partei mit wachsender Anhängerschaft.

Populismus
Da Populismus nicht eindeutig belegt ist, möchte ich einige Bemerkungen zu „Populismus - Rechtspopulismus - rechtspopulistische Parteien“ machen, damit wir nachher nicht aneinander vorbeireden.
Wenn ich von Populismus rede, meine ich einen Set an Methoden und Kommunikationsmustern, die eingesetzt mit dem vorrangigen Ziel werden, komplexe gesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge auf ein „Schwarz-Weiß-Schema bzw. -Gegensätze“ zu reduzieren, um diese Zusammenhänge zu verschleiern und die Menschen zu manipulieren: Beispiele: Ausländer-Inländer; Leistungsträger-Sozialschmarotzer; „die Politik bzw. „das politische Establishment in »Washington«, »Brüssel«, »Berlin« - und »wir«; die tiefe Kluft zwischen den Eliten und dem Volk, zwischen der fehlgeleiteten repräsentativen Demokratie und der direkten Demokratie, die dem gesunden Volksempfinden Ausdruck gibt; Münteferings „Heuschrecken“ die über deutsche Unternehmen herfallen und gleichzeitig privilegierte Rot- Grün die Finanzinvestoren; »Geldverbrennen« - es findet kein »Geldverbrennen« statt, sondern eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben und von öffentlich zu privat, ...
Mit dieser Definition von „populistisch“ lässt sich auch der Unterschied zwischen populistisch und populär darstellen:
populär: komplexe gesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge so darstellen, dass sie von den Menschen begriffen werden können, so dass sie sich ein eigenes Bild davon erarbeiten, ihre eigenen Interessen und ihre eigene Rolle in diesen Prozessen und Kämpfen definieren können. Wenn man links als emanzipatorisch versteht - ansonsten ist es nicht »links« -, dann gibt es keine Legitimation für einen „linken“ Populismus. Allerdings muss linke Politik »populär« sein, sonst findet sie keine Resonanz.

Rechtspopulismus und bürgerliche Parteien
Rechtspopulismus wird auch von bürgerlichen PolitikerInnen und Parteien genutzt - exemplarisch machte dies Sarkozy, aber auch CDU/CSU. Wo liegt der Unterscheid von bürgerlich, konservativen Parteien und rechtspopulistischen Parteien? Bürgerliche Parteien sind auf das Parlament orientierte Wahlvereine. Sie nutzen Rechtspopulismus um Wählerstimmen zu gewinnen. Im Unterscheid dazu bieten rechtspopulistische Parteien Handlungsmöglichkeiten, setzen auf Massenmobilisierung und Bewegung, bieten „Alternativen“ für außerparlamentarisches Engagement.

Rechtspopulistische und faschistische Parteien
Rechtspopulistische Parteien sind eine Unterform der extremen Rechten. Der Unterschied zu faschistischen Parteien: Sie stellen zwar wie die Faschisten drei Werte in den Vordergrund: Sicherheit, Kritik an der Einwanderung insb. Gefahr des Islam, und wie bei allen Schattierungen der extremen Rechten steht bei den rechtspopulistischen Parteien die „nationale Identität“, die „Nation“ im Zentrum, verstanden als ethnisch Homogenität der Bevölkerung und geprägt von den „christlich-kulturellen Werten Europas“. Aber sie realisierten, dass offener Faschismus - in der Regel - keine Massenbasis findet und dass Neofaschismus eine marginale Subkultur ohne politische Zukunft ist. Deshalb distanzieren sie sich vom Faschismus / Nationalsozialismus mehr oder weniger überzeugend. Meist gelingt dies nicht so recht, weil sie ihre Personal aus diesen Spektren beziehen; deshalb die Suche nach vorzeigbarem Personal aus dem konservativen Lager.

Ansatzpunkte rechtspopulistischer Parteien
Wichtig scheint mir zu beachten, dass es zu einer wichtigen Änderung in Programmatik und Politik dieses Spektrums der extremen Rechten gekommen ist: machten sie sich in den 80er Jahren noch mit einem radikalisierten Neoliberalismus anschlussfähig an den öffentlichen Diskurs und zielten auf die Gewinner der neoliberalen Umwälzung (*vgl. Herbert Schui, Wollt ihr den totalen Markt - Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Knaur Verlag, 1997*), so ist jetzt die Kritik an den Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung ihr zentraler Ansatzpunkt. Sie dringen so in die „Lücke der Repräsentation“ - entstanden aus dem Vertrauensverlust in Parteien und Gewerkschaften - ein und stellen sich als die neuen Vertreter der Arbeitnehmer und der Globalisierungsverlierer dar. (*vgl. Christina Kaindl, „Antikapitalismus und Globalisierungskritik von* rechts“, rls Texte 29, 2006)
In der Argumentation wird die Alltagserfahrung verschärfter Konkurrenz in Richtung der Volksgemeinschaft aufgelöst, die soziale Sicherheit, Gleichheit, Solidarität und Zugehörigkeit verspricht. Gleichzeitig werden „Schmarotzer“ und „undeutsche“ Konkurrenten um gesellschaftliche Ressourcen ausgegrenzt und bekämpft.

Rechtspopulisten suchen Anknüpfungspunkte an Werten, die üblicherweise von der Linken vertreten werden:
- So knüpft die Anti-Islam-Propaganda - ein Kernstück aller rechtspopulistischen Bewegungen - an die Errungenschaften der Aufklärung und demokratischer Kämpfe wie individuelle Freiheiten, Toleranz, Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle Freiheit, Trennung von Staat und Kirche an, die angeblich durch den Islam bedroht und von der Linken nicht mehr verteidigt würden.
- Ein anderer Anknüpfungspunkt ist die „Achtung der harten Arbeit, die sich wieder lohnen muss“, gegenüber den „Spekulanten“, dem „internationalen Finanzkapital“. Es geht um Anknüpfungspunkte an Bestandteile einer Volks- und Arbeiterkultur mit konservativer und autoritärer Färbung. Direkte Folge ist, dass sie Wähler ansprechen, die früher links gewählt haben: die FPÖ ist unter Arbeitern die stärkste Partei, der Lega Nord gelang der Einbruch in die norditalienischen Arbeiterhochburgen, Erfolge erzielten die Rechtspopulisten

gerade auch in den sozialdemokratisch geprägten Ländern Dänemark, Niederlande, Finnland, Schweden. Damit gelingt den Rechtspopulisten etwas, was den Faschisten in der Regel nicht gelungen ist.
Zentrale Aussagen der Rechtspopulisten stoßen auf große Zustimmung in der Bevölkerung.
Umfrage in Deutschland im Frühjahr 2011:
- „Der Islam ist mit unserem westlichen Lebensstil unvereinbar und eine Bedrohung unserer Werte: 38% Zustimmung
- „Deutschland gibt zuviel Geld an die EU": 70% Zustimmung
- „Wir brauchen ein unabhängiges Deutschland ohne Euro": 30% Zustimmung
WählerInnen der Partei DIE LINKE stimmten den Aussagen in überdurchschnittlichem Ausmaß zu.

Eine zentrale Stelle nimmt inzwischen die Anti-EU Politik ein. Sie zielt auf die Angstgefühle der wachsende Schicht von Verlierern der kapitalistischen Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse und versucht diese für nationalistische „Lösungen" zu instrumentalisieren.
Rechtspopulismus kann an Entwicklungen anknüpfen, die von der neoliberalen Politik konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Parteien hervorgerufen wird. Und je mehr die Regierungen die Interessen des transnationalen Finanzkapitals durchsetzen („die Märkte beruhigen"), desto angreifbarer werden sie mit nationalistischen Anti-EU-Positionen.

1. In ganz Europa erleben wir wie mit **»Sparprogrammen«** die Lasten der Krise auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt und die Vermögen der Reichen gesichert werden. Die Einbindung der Bevölkerung und der gesellschaftliche Konsens zur Politik des herrschenden Blocks beruhte zu einem großen Teil auf der Fähigkeit, soziale Unsicherheiten abzufedern. Fällt diese Fähigkeit weg, dann verliert das System an Legitimität. Nahezu gesetzmäßig werden dann demokratische Rechte abgebaut und wird ein Übergang zu autoritären Herrschaftsformen eingeleitet.

2. Und so erleben wir in ganz Europa die **Aushöhlung der Demokratie** durch die „Diktatur der Finanzmärkte": „Märkte zwingen Italien zum Sparen", schrieb die SZ. (Schlagzeile SZ, 10.11.2011)
- Griechenland, Irland, Portugal, Spanien sind unter Aufsicht von EU, EZB und IWF gestellt; Italien steht unter Kuratel des IWF.
- Die Bundeskanzlerin Angele Merkel forderte in einem Radio-Interview ganz offen eine "marktkonforme" Demokratie(1),
- Außenminister Westerwelle sprach davon, „*die disziplinierenden Kräfte der Märkte klug zunutze zu machen, um die Regierungen der Euro-Zone zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik anzuhalten*." (SZ, 1.10.2011)
Diese „Diktatur der Finanzmärkte" muss natürlich politisch vermittelt werden. Am offensichtlichsten geschieht dies durch die „Experten-Regierungen" mit dem Personal aus den Banken und internationalen Finanzinstitutionen. Regierungschef in Italien ein ehem. EU-Kommisar, in Griechenland ein Vizepräsident der EZB. Zumindest müssen sich die voraussichtlichen Wahlsieger bereits vor den Wahlen darauf verpflichten, die von EU und IWF vorgeschriebenen Maßnahmen umzusetzen. So wurde Standard & Poor's in allen Ländern zur Regierungspartei, ohne je von jemandem gewählt worden zu sein.
„Wer das Volk fragt, wird zur Bedrohung Europas. Das ist die Botschaft der Märkte und seit vierundzwanzig Stunden auch der Politik. Wir erleben den Kurssturz des Republikanischen", schrieb Frank Schirrmacher, Herausgeber der FAZ. „*Es ist das Schauspiel einer Degeneration jener Werte und Überzeugungen, die einst in der Idee Europas verkörpert schienen. .. Sieht man denn nicht, dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen?*" (FAZ, 1.11.2011)

Am **Beispiel Griechenland** sehen wir, wie soziale und demokratische Rechte - die in Jahrhunderten erkämpft wurden, so dass zur Demokratie wie sie heute verstanden wird, auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte gehören - mit einem Federstrich zerstört werden.
Da sind ja nicht nur
- die Privatisierungen,
- die Rentenkürzungen,
- die Entlassungen,
- die Kontrolle des Staatshaushaltes durch die Troika,
- das Sperrkonto, auf das ein Teil der Staatseinnahmen zur Bedienung der Kredite automatisch fließt und auf das die Regierung keinen Zugriff hat,
sondern auch der direkte Eingriff in Tarifverträge
- Alle bisher geltenden Tarifverträge werden ein Jahr nach der Annahme der neuen Spargesetze (also am 12.2.2013) ungültig.
- Senkung aller im Nationalen Allgemeinen Tarifvertrag (NGCA) und in sektoralen und Branchen-Vereinbarungen festgelegten Basislöhne (Mindestlöhne) um 22 Prozent; für neueingestellte Arbeiter unter 25 Jahren um 32 Prozent.
- Einfrieren aller Löhne und Gehälter bis 2015. Keine Erhöhung der Löhne und Gehälter, solange die Arbeitslosenrate über 10 Prozent liegt (gegenwärtig bei etwa 20 %).
Griechenland ist das Versuchskaninchen für die Anwendung der neoliberalen Schocktherapie in der gesamten Europäischen Union.

Mit dem **Euro-Plus-Pakt** und dem **Fiskalpakt** erfolgt ein massiver Angriff auf soziale und demokratische Arbeiterrechte, auf demokratische Rechte der Bürger Europas, auf parlamentarische Rechte und auf die nationale Souveränität.
Dabei geht es mir in diesem Zusammenhang am Wenigsten um die Einschränkung der nationalen Souveränität. Die hat wenig - wie man gegenwärtig an der Debatte über Ungarn beobachten kann - mit demokratischen Rechten zu tun. Ungarn ist nicht auf der Anklagebank der EU wegen dem Abbau demokratischer und Arbeiterrechte und dem Übergang zu einem autoritären Staat, sondern weil Spielregeln der Finanzmärkte verletzt wurden. Die ungarische Rechtsregierung spielt jetzt die Karte der Verteidigung der nationalen Souveränität gegen EU/IWF auf der anderen Seite, die auf eine „Goldman-Sachs-Regierung" wie in Griechenland oder Italien setzen. Oppositionelle Bewegungen können da leicht zerrieben werden und sich auf der falschen Seite wieder finden. Die zentrale Frage ist in diesem Zusammenhang ist die der Demokratie.

3. Verlust des „Politischen":
80 Prozent sind der Meinung, dass über die Zukunft des Euro nicht die Politik, sondern die Finanzmärkte entscheiden werden. Da ist ja durchaus viel Richtiges daran, aber die Folge ist
- die Meinung, dass es ist gleichgültig, wer regiert;
- Entpolitisierung, Resignation, Vertrauensverlust in Gewerkschaften, die den neuen Herausforderungen nicht gewachsen sind;
- eine Tendenz, „*dass die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten*."(A. Gramsci, Gf, Bd.2, S.354).
- Es entsteht ein Vakuum („So kann es nicht weitergehen. Aber wie es weitergeht, das weiß keiner.")
Jetzt entbrennt der Kampf, wer dieses Vakuum füllt. Wenn es nicht von Links gefüllt wird, dann ist de Platz frei für Rechts [Gramsci warnte: „*Wenn diese Krisen eintreten, wird die unmittelbare Situation heikel und gefährlich, weil das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma.*" (Gf, Bd.7", S.1578)].
Vor diesem Hintergrund erleben wir in ganz Europa eine Zunahme „rechtspopulistischer" Parteien, die in dieses Vakuum stoßen. Rechter Populismus ist kein Unfall und kein Übergangsphänomen.

Gefördert wird diese Entwicklung nach Rechts auch dadurch, dass selbst die terroristischen Teile der extremen Rechten ganz offensichtlich über Unterstützer und Sympathisanten in den Staatsapparaten verfügen (siehe NSU).
In den ehem. sozialistischen Staaten Europas wird mit einem regierungsamtlichen, militanten Antikommunismus (Verbot

kommunistischer Symbole und Parteien, Rehabilitierung der Anhänger des deutschen Faschismus, ..) der extremen Rechten und den Faschisten Vorschub geleistet.

Schlussfolgerungen für linke Politik:

1. solidarisch gegen alltägliche Diskriminierung und Rassismus ;

2. sehr achtsam mit Losungen umgehen und darauf achten, dass sie nicht nach rechts gewendet und uminterpretiert werden können. („Arbeit statt Profite" konnte von der NPD gewendet werden. „Der Mensch geht vor Profit" kann nicht gewendet werden.)

3. „Nation" als Bevölkerung, die in diesem Territorium lebt, lernt, wohnt, arbeitet, daher: politische Forderungen und Strategie, die Zuwanderern die „Integration" / besser: Inklusion erleichtert (Wohnraum, Bildung, ..). Dies umfasst zwei Seiten:
1) die Gesellschaft bereit zu machen, dass sie die fortschrittlichen Elemente fremder Gesellschaften und Kulturen aufnimmt, um insgesamt auf ein höheres kulturelles Niveau zu kommen;
2) die Bereitschaft der ImmigrantInnen, sich als Teil dieser Gesellschaft zu verstehen und ebenfalls die progressiven Elemente in ihre Kultur aufzunehmen.
Also das Gegenteil von Assimilation und es geht vor allem um den klassenpolitischen Inhalt.

4. Sozialer und demokratischer Weg aus der Krise:
Dabei gilt es, der Aufforderung von Marx zu folgen und das „Unsichtbare sichtbar zu machen" und nicht an der Oberfläche der „Finanzmärkte" stehen zu bleiben, d.h.
- klassenpolitische Interpretation der kapitalistischen Krise und der Staatsverschuldung
- darzustellen, dass die Verteilungs- und Vermögensverhältnisse, die Finanzmärkte / das „Finanzkapital" mit den Produktionsverhältnissen zusammenhängen.
In den Massenmedien wird ja zumeist eine Personifizierung der Krisenursachen betrieben. Die Argumentationen sind uns wohlbekannt:
- Die Banker waren zu gierig,
- die Griechen waren zu faul,
- die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten,
– deswegen befinde sich das System in einer Krise.
Bei der Personifizierung der Krisenursachen scheint es so, als ob die Krise deswegen ausgebrochen sei, weil bestimmte Bevölkerungsgruppen gegen die "Naturgesetze" des Kapitalismus verstoßen haben. Im besten Fall werden dann noch die unregulierten Finanzmärkte als Ursache der Krise entdeckt. Es ist nie das „System", sondern es sind immer Verstöße gegen die Regeln des Systems.
Wenn wir aber genauer hinschauen, dann sehen wir,
- dass die Staatsverschuldung - bzw. das Problem der Verschuldung insgesamt - nicht nur ein Problem Südländer ist, und
- dass sie nicht erst mit der Rettung der Banken entstanden ist.
- dass Schulden und Vermögen einander bedingen und dass die Quelle der Vermögen in den seit Jahren rasant steigenden Gewinnen der großen Konzerne der materiellen Produktion liegen, die keine rentablen Investitionsmöglichkeiten in der materiellen Produktion mehr finden, so dass wachsende Gewinnanteile in die Finanzmärkte strömen; entweder über die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden oder/und die Unternehmen des produzierenden Sektors werden selbst zu Finanzinvestoren. Produzierende Unternehmen und Finanzinvestoren sind eine symbiotische Beziehung eingegangen.
- dass der Kapitalismus nur noch läuft, weil er auf Pump läuft. Diese gigantischen Schuldenberge sind in den vergangenen Jahrzehnten entstanden, weil sie notwendig waren, um den Kapitalismus überhaupt noch funktionsfähig zu erhalten. Ohne Schuldenmacherei würde das System an sich selbst zerbrechen. Private und/oder staatliche Verschuldung stellt in zunehmendem Maße eine Systemvoraussetzung dar, ohne die der Kapitalismus nicht mehr reproduktionsfähig ist.

Die Staatsverschuldung ist Ergebnis von drei Jahrzehnten neoliberaler Politik und die Krise ist das Resultat. Allerdings hat die Verschuldung jetzt Ausmaße erreicht, die das System destabilisieren.
- Jede Alternative muss deshalb die Produktionsseite, d.h. die kapitalistische Produktionsweise insgesamt, mit einbeziehen.
- Die Frage der Demokratie muss auf den Bereich der Wirtschaft ausgedehnt werden: mehr individuelle und kollektive Rechte der Beschäftigten im Betrieb, öffentliche, demokratische Kontrolle über Investitionen, d.h. wirksame Mitbestimmung von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbänden über Investitionen. WER, WAS, WO, WIE produziert, darf nicht nach dem Kriterium des Maximalprofits, sondern muss nach gesellschaftlichen Bedürfnissen entschieden werden. Das erfordert neue demokratische Mechanismen und den Aufbau neuer demokratischer Strukturen.

5. die Kritik an der EU muss aus einer klassenbezogenen, europäischen Perspektive erfolgen. „Deutschland gibt zuviel Geld an die EU"? Eine linke Antwort kann nur sein: für eine solidarische Entwicklung braucht die EU viel mehr eigene Mittel, auch aus Deutschland.
Der springende Punkt ist: - Wer bezahlt? Die Reichen oder die Masse der Bevölkerung? - Wer kontrolliert was mit dem Geld passiert? Demokratisch nicht legitimierte Gremien oder öffentliche, demokratische Kontrolle?

Wenn „Europa" eine Zukunft haben soll, dann ist eine „Neugründung" der EU erforderlich mit sozialen und demokratischen Konvergenzkriterien und einer anderen Rolle der EZB anstelle des Stabilitätspaktes. Linke alternative Vorschläge müssen zu einer besseren Koordination der Kämpfe auf europäischer Ebene beitragen. Dabei geht es um
- die Streichung illegitimer Schulden und Neuverhandlung der Schulden
- die Abschaffung des Stabilitätspakts.
- den Widerstand gegen die Sparprogramme, den Fiskalpakt und die gegenwärtige Form des Euro-Rettungsfond
- eine andere Rolle der Europäischen Zentralbank und deren demokratische Kontrolle
- die Überführung des Finanzsektors in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle
- eine Strategie zugunsten von Beschäftigung, sozialer Sicherheit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ökologischem Umbau und Demokratisierung - also eine Strategie für ein anderes, ein solidarisches, demokratisches und soziales Europa.
- Das bedeutet auch, eine offen angelegte Bündnispolitik, die breite Allianzen für einen demokratischen und sozialen Weg aus der Krise und gegen den Rechtspopulismus fördert und ebenso die verschiedenen Forderungen, Kämpfe und Bewegungen national und auf europäischer Ebene zusammenführt.

Griechenland zeigt uns, dass zu einer realistisch erscheinende Alternative eben auch eine politische Kraft gehört,
- die Kritik und Alternativen verbindet,
- sofort umsetzbare Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation der Einzelnen aufzeigt
- und gleichzeitig die nächsten Schritte und eine realistische Perspektive hin zu einer ökologischen und am Menschen orientierten Produktions- und Konsumtionsweise
- und der zugetraut wird, gemeinsam mit ihr die Verhältnisse verändern zu können.

6. Kampf gegen Nazis und Rechtspopulismus ist vor allem ein politischer und kultureller Kampf zur Gewinnung der Mehrheit. An dieser Zielstellung müssen die Aktionsformen gemessen werden.

----

1 Merkel sagte im Wortlaut: „Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist." (DeutschlandRadio, 1.9.2011)

EuroMemo Gruppe

Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa

Europäische Integration am Scheideweg

Zusammenfassung des Memorandums 2012

Die Krise der Europäischen Union spitzt sich zu

Die Krise innerhalb der Eurozone stellt eine Bedrohung für die weitere europäische Integration dar.
Aber anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die diese Krise ausgelöst haben, in Frage zu stellen, haben die europäischen Behörden Griechenland und anderen, am Rande der Eurozone gelegenen Ländern Sparprogramme auferlegt und eine zentrale Strategie ausgearbeitet, um in allen Mitgliedsstaaten eine restriktive Haushaltsdisziplin durchzusetzen. Dies droht die demokratische Legitimität der Europäischen Union (EU) zu untergraben.
Aufgrund dieser **restriktiven, fiskalpolitischen Maßnahmen** ist die Nachfrage in Europa zurückgegangen und Wirtschaftsprognosen sehen für 2012 eine Quasi-Stagnation voraus, die die Schwierigkeiten, denen sich die Defizitländer bei der Bedienung ihrer Schulden gegenüber sehen, weiter verschärfen wird. Auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone Ende Oktober 2011, wurde für **Griechenland** ein Schuldenerlass in Höhe von 50% entschieden, aber die Panikverkäufe an den Börsen nahmen weiter zu und auch größere Länder, wie Italien, Spanien und Frankreich waren davon betroffen.
Sparprogramme in **Osteuropa** (Lettland, Rumänien und Ungarn) sowie in den **Peripherieländern der Eurozone** (Griechenland, Portugal und Irland) haben zu schwerwiegenden Rezessionen und erheblichen finanzpolitischen Kürzungen geführt, die Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte laut werden lassen.
Auch die südöstlichen Nachbarn der EU und die Türkei, die von Kapitalzuflüssen abhängig sind, hat die Krise schwer getroffen. Diese Länder waren, ebenso wie die nordafrikanischen Staaten, durch die EU zur Öffnung ihrer Volkswirtschaften angehalten worden.
Das Wachstum in verschiedenen Ländern der EU, insbesondere in Deutschland, hat von dem starken Aufschwung des weltweiten Handels seit 2010 profitiert. Zusammen mit den in China und Japan erwirtschafteten Überschüssen, hat dieses jedoch zu einer bedenklichen **Verstärkung der globalen Ungleichgewichte** geführt. Niedrige Zinsen in Europa (und vor allem in den USA) haben in mehreren Ländern mit mittlerem Einkommensniveau zu destabilisierenden Kapitalzuflüssen geführt und deren Wechselkurse in die Höhe getrieben.
Die Katastrophe von **Fukushima** hat in Deutschland zu einem Wiederaufleben des Atomausstiegsprogramms geführt, ein europaweiter Atomausstieg ist jedoch ausgeblieben. Nach dem **Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz**, hat auch die EU versagt, eine adäquate Antwort auf den Klimawandel zu finden.
Die **landwirtschaftliche Produktion** in Europa basiert auf einem gescheiterten Industrialisierungsmodell und wirkt sich nachteilig auf die Umwelt und die sozialen Umstände innerhalb der EU aus. Außerdem untergräbt sie die Fähigkeit der Entwicklungsländer, ihre Bevölkerung selber zu ernähren.

Eine falsche Politik produziert die falschen Ergebnisse - Kritik an der EU-Politik

Die EU ist eine adäquate Antwort auf die Krise innerhalb der Eurozone schuldig geblieben. Die vorgeschlagenen Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beruhen auf der irrigen Annahme, dass die Marktkräfte zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung führen werden, wenn die öffentlichen Defizite in Grenzen gehalten werden. Vor der Krise hatte Deutschland große Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, wohingegen die hohen Defizite in Südeuropa durch Kapitalzuflüsse finanziert wurden. Die Finanzkrise im Jahr 2008 hat zu einem drastischen Rückgang der privaten Ausgaben geführt und somit eine Erhöhung der Staatsausgaben erforderlich gemacht. Die neue EU- Regelung bezieht sich auf eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik, im Mittelpunkt stehen jedoch die Überwachung wirtschaftlich schwächerer Staaten und die Drohung, diese in allen politischen Belangen vollständig zu entmündigen.
Die europäischen Banken sind von der Krise in der Eurozone direkt in ihrer Existenz bedroht und fahren erhebliche Verluste auf ihre Staatsanleihen ein. Sie haben jedoch massive Lobbykampagnen gegen Finanzreformen gestartet und die moderaten Vorschläge in Bezug auf Derivate und Kapitalanforderungen für Banken erfolgreich verwässert. Die Kommission hat die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, die jedoch nicht für Devisengeschäfte gilt und von den Schlüsselstaaten abgelehnt wird.
Durch die Krise wurden die divergierenden Produktionsstrukturen innerhalb der EU offengelegt. Die Regionalpolitiken haben sich auf Sachinfrastruktur und Ausbildung konzentriert, der Industriepolitik wurde jedoch keine Beachtung geschenkt, an einer Förderung dieser hat der neomerkantilistische Kern rund um Deutschland keinerlei Interesse. Die EU-Politik tendiert dazu, die bestehende Arbeitsteilung innerhalb Europas zu festigen und durch die den Peripheriestaaten auferlegten Sparprogramme wird diese Entwicklung in Zukunft weiter zunehmen.

Durch die Volksaufstände in Tunesien und Ägypten ist die **Mittelmeerpolitik der EU** in die Diskussion geraten. Der Ruf nach Demokratisierung war laut, aber das Wirtschaftsmodell, das zu Armut und Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung geführt hat, wurde bislang nicht hinterfragt. Währenddessen fördert die EU weiter den freien Handel. Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der Europäischen Union steckt in einer Sackgasse fest: Die Verhandlungen mit der Türkei und den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens machen kaum Fortschritte, und in vielen Mitgliedsstaaten herrscht eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber einer weiteren Erweiterung.

Die **Handelspolitik der EU** beteuert, die Doha-Runde abschließen zu wollen, hat sich jedoch deutlich auf das Aushandeln von bilateralen Freihandelsabkommen verlagert. Die EU erhöht den Druck auf die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu unterzeichnen, die weitreichende Zugeständnisse verlangen, um diese Länder für den europäischen Handel und für Investitionen zu öffnen.

Die EU hat zu Unrecht ein militärisches Sicherheitskonzept angewendet, um einen illusorischen Weg aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt für Energie und Rohstoffe zu zeichnen.

Das neue Kommissionspapier zum Thema **Agrarpolitik** macht einen bedeutenden Schritt in Richtung nachhaltige Politik, aber trotz der Anerkennung der sozialen Bedeutung von Arbeitskräften im Agrarsektor werden die Zahlungen nicht nur an aktive Landwirte geleistet.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa stärken

Die **EZB** muss unverzüglich als „Kreditgeber letzter Instanz" (lender of last resort) auf dem Anleihemarkt im Euroraum einschreiten, um den Kreislauf von sinkenden Preisen und Panikverkäufen zu durchbrechen.

Im Anschluss daran muss das Wachstum des **Finanzsektors** der vergangenen dreißig Jahre in Punkto Größe und Macht grundlegend rückgängig gemacht werden.
Es sollte eine strikte Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken eingeführt werden.
Genossenschaftliche, öffentliche und andere gemeinnützige **Banken** sollten gefördert werden, mit dem Ziel, die Finanzierung von sozial und ökologisch sinnvollen Projekten zu ermöglichen.
Die Tätigkeiten von **Investmentbanken, Hedgefonds und Private Equity Fonds** sollten streng eingeschränkt werden. **Derivatgeschäfte** sollten größtenteils verboten und alle Wertpapiertransaktionen sollten über eine organisierte Börse abgewickelt werden.
Eine **Finanztransaktionssteuer** sollte eingeführt und auf alle Finanztransaktionen erhoben werden, außerdem sollte eine öffentliche europäische **Rating-Agentur** geschaffen werden.

Die bestehende **Staatsverschuldung** kann in ihrer gegenwärtigen Höhe nicht aufrechterhalten werden, insbesondere nicht in Griechenland. Mit Hilfe von **Schuldenprüfungen**, wie sie erstmals in Ecuador erprobt wurden, sollte festgestellt werden, welche Schulden berechtigt sind und welche Institutionen eine Schuldenabschreibung hinnehmen müssen. In Ländern mit ausgesprochen hoher Staatsverschuldung sollte eine Schuldenreduzierung außerdem durch die Erhebung einer **Vermögenssteuer** für die sehr Reichen erreicht werden. Um Spekulationsattacken gegen schwächere Staaten vorzubeugen, sollten die Länder der Eurozone die verbleibenden Staatsanleihen gegen **europäische Gemeinschaftsanleihen** eintauschen, die von den Eurostaaten kollektiv garantiert werden.

Eine gemeinsame Währungspolitik sollte mit einer **gemeinsamen Steuerpolitik** einhergehen. Diese sollte darauf abzielen, Vollbeschäftigung und gute Arbeit zu fördern. Sparprogramme erschweren die Begleichung von Schulden noch zusätzlich, und Regierungen mit Primärdefiziten sollten Gelder zur Verfügung gestellt werden, um eine Ausweitung zu erleichtern.
Ein **starkes Programm für öffentliche Investitionen** ist erforderlich, vor allem in den Peripherieländern der Eurozone. Für die Finanzierung sollte die Europäische Investitionsbank herangezogen werden, die bereits ermächtigt ist, Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Anstelle der einseitigen Betonung von Kürzungen der Staatsausgaben, sollte die langfristige Absenkung der **Besteuerung hoher Einkommen** rückgängig gemacht werden. Verfassungsrechtliche Verbote von Haushaltsdefiziten sind zu restriktiv und somit bedenklich und sollten daher nicht eingeführt werden.

Eine koordinierte, europäische **Lohnpolitik** sollte sicherstellen, dass der weit verbreitete Rückgang des Lohnanteils am BIP aufgehalten wird, und dass Löhne in Ländern mit niedrigem Einkommen sich denen in Ländern mit hohem Einkommen annähern. Es sollte eine **Verringerung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 30 Stunden** eingeführt werden, wodurch zum einen die Arbeitslosigkeit bekämpft und außerdem ein Beitrag zum Aufbau einer Gesellschaft geleistet würde, in der das Leben nicht von der Lohnarbeit dominiert wird.

Anstelle der Sparkurse werden Programme benötigt, die die **grundlegenden Strukturprobleme des heutigen Kapitalismus** angehen.
Die Privatisierungen waren kontraproduktiv und haben zu einer Zwei-Klassen-Medizin geführt und auch die Funktion der öffentlichen Dienste sollte wieder hergestellt werden.
Niedriglohnstrategien, die angeblich mehr Wettbewerbsfähigkeit in Entwicklungsregionen bringen sollten, sind gescheitert. Entwicklung sollte stattdessen auf dem Einsatz moderner Technologie basieren und die europäischen Strukturfonds sollten dazu verwendet werden, fortschrittliche produktive Bereiche zu fördern.
Um Handelsungleichgewichte abzubauen, sollten die Mitgliedsstaaten sich bemühen, die Zahl ihrer Importe zu verringern, unter anderem durch den Ausbau erneuerbarer Energiequellen.
Genossenschaften können bei der Integration wirtschaftlicher und sozialer Ziele eine wichtige Rolle spielen und lokale Produktions- und Konsumstrukturen fördern.
Das Konzept der „Flexicurity" hat zu prekären Beschäftigungsverhältnissen geführt, um diesem entgegenzuwirken, sollten sämtliche Gewerkschaftsrechte wieder hergestellt und ausgeweitet werden. Maßnahmen sollten ergriffen werden, um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht mit dem Wettbewerbsdruck aus anderen Ländern argumentieren önnen, um niedrigere Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu rechtfertigen.

Die **EU** sollte die Asymmetrien im Hinblick auf ihre Nachbarländer angehen, indem sie **asymmetrische Vereinbarungen** trifft, die die Nachbarländer begünstigen. Dies sollte sich in einem neuen Ansatz für die Assoziierungsabkommen widerspiegeln, welche diese Verhältnisse regeln. Der freie Handel sollte zugunsten sektoral differenzierter Vereinbarungen mit sehr langen Übergangszeiten aufgegeben werden. Die Nachbarländer sollten den politischen Spielraum behalten, der erforderlich ist, ihre Produktionsstrukturen zu stärken. Die EU-Hilfen sollten auf die Förderung der industriellen Entwicklung ausgerichtet werden.

Anstelle der merkantilistischen Exportstrategie sollte die EU die Binnennachfrage ankurbeln, um eine größere Zahl importierter Güter und Dienstleistungen aufzufangen. Das vorherrschende Modell der bilateraler Freihandelsabkommen WTO-plus sollte aufgegeben werden, um den Ungleichheiten zwischen den Ländern Rechnung zu tragen. Handelsverzerrende Agrarsubventionen sollten auslaufen und Forderungen nach der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen durch Handelspartner sollten fallengelassen werden. Entwicklungspolitiken sollten neu ausgerichtet werden um den Aufbau einer vielfältigen lokalen Wirtschaft zu fördern. Der Aufbau staatlicher Kapazitäten in weniger entwickelten Ländern sollte unterstützt werden.

Die EU könnte einen bedeutenden Beitrag zur Förderung einer **nachhaltigen Entwicklung** leisten, wenn sie die Initiativen der Mitgliedstaaten für Rio II 2012 koordinieren würde. Dies könnte transnationale Programme für „grüne Arbeitsplätze" mit einschließen, die ökologische und soziale Bedürfnisse mit Energieeinsparungen verbinden.

Die Gemeinsame **Agrarpolitik** könnte ebenfalls umgestaltet werden, um einen Kompromiss zu erreichen zwischen den politischen Notwendigkeiten, Europäerinnen und Europäer mit hochwertigen und preisgünstigen Nahrungsmitteln zu versorgen, aktive Landwirte zu unterstützen, die das ökologische Gleichgewicht in ihrer Region aufrechterhalten, und um angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte im Handel mit dem Rest der Welt zu fördern.

Weitere Informationen über die EuroMemo Gruppe, die englischsprachige Langfassung des EuroMemorandums und Übersetzungen in andere europäische Sprachen sind auf unserer Website abrufbar
www.euromemo.eu
http://www.euromemo.eu/euromemorandum/euromemorandum_2012/index.html
(Langversion auch auf Deutsch)
Weitere Materialien (z.B. Graphiken):
http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/memorandum_2012/index.html

Rudolf Hickel und Axel Troost

Euro-Zone vor dem Ende?

Rettung durch kurzfristig entschiedenes Handeln mit einer Vision für Europa

30.08.2012. *Die tiefgreifende Systemkrise der am Neujahrsmorgen 1999 gestarteten Euro-Währung ist unübersehbar. Tagtäglich erneute Wetten auf den Absturz prägen die Debatte. Die ökonomischen Entscheidungen über Sachinvestitionen der Unternehmen sowie der privaten Haushalte über Konsumausgaben werden durch einen tiefen Zweifel an der Überlebensfähigkeit des Euro geprägt. Die Krise der Euro-Währung offenbart den mittlerweile hohen Grad der Vernetzung zwischen den Mitgliedsländern der Euro-Zone. Auch Deutschland, wo immer noch die Mehrheit der wirtschaftlichen und politischen Eliten der Illusion von der "Insel der Glückseligen" anhängt, kann sich dieser Systemkrise nicht mehr entziehen(1).*

Nachdem die deutsche Exportwirtschaft lange Jahre über die innere Abwertung (2) durch zurückhaltende Lohnpolitik und die Deregulierung der Arbeitsmärkte profitable Außenhandelsüberschüsse durchgesetzt hat, schlägt die dadurch erzeugte Krise wie ein Bumerang auf eben diese Exportwirtschaft zurück. Die langjährigen Profiteure spüren - wenn auch erst ansatzweise - die belastenden Rückwirkungen, die sie durch die Exportüberschüsse im Euro-System produziert haben. Diese negative Rückkopplung wird durch die den Krisenländern im Gegenzug zu Finanzhilfen aufgezwungene Austeritätspolitik verstärkt. Deutsche Unternehmen beklagen die Exportverluste durch den gesamtwirtschaftlichen Niedergang in den Krisenländern. Kürzungen in den öffentlichen Haushalten, Lohnabbau und erhöhte Massensteuern beschleunigen dort die Abwärtsspirale der Gesamtwirtschaft.

Die aktuelle Systemkrise dieser Währungsunion stellt die langjährigen Exportprofiteure vor die Gretchenfrage:

Entweder eine Fortsetzung der deutschen Exportorientierung mit der unausweichlichen Folge, dass die Währungsunion aufgrund der Auslandsverschuldung der Handelspartner zusammenbricht. Dabei gäbe es mehrere Varianten: Einerseits könnten alle Länder zu nationalen Währungen zurückkehren. Andererseits könnte ein kleiner Hart-Währungskern mit dem Epizentrum Deutschland und Ländern wie Luxemburg, Niederlande und Österreich als Euro-Torso übrigbleiben. Andere Länder könnten ihre Währungen dann über einen Wechselkursverbund zur Stabilisierung ihrer Wechselkurse ankoppeln.

Oder die Erhaltung und Erneuerung des heutigen Euro-Währungsraums. Dies setzt aber voraus, dass mit den Irrtümern und Fehlern der Vergangenheit gebrochen wird. Die Mainstream Politik und ihre konservativen Ökonomen müssen endlich ihren Irrglauben aufgeben, dass eine Währungsunion von sich aus schon dafür sorge, dass sich die beteiligten Ökonomien einander angleichen und zusammenwachsen. Die Euro-Krise zeigt, dass die Wirtschafts-, Lohn-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der einzelnen Länder unbedingt aufeinander abgestimmt werden müssen, weil sich ein Währungsraum sonst eben immer weiter auseinander entwickelt.

Beide Optionen sind mit hohen Kosten und (außen)politischen Schäden verbunden. Die Bundesregierung drückt sich daher vor der Entscheidung zwischen den Optionen, solange es irgendwie geht. Dieses Drückebergertum wird als "Mittelweg" beschönigt: Durchwurschteln mit Ad-hoc-Maßnahmen und Trippelschritten. Dies lässt das Vertrauen in diese Währung zusammenbrechen. Wer ein weitgehend ungeordnetes - da krisenbedingt kurzfristiges - Auseinanderbrechen der Währungsunion mit all seinen Unwägbarkeiten für Wohlstand, Beschäftigung und Frieden in Europa verhindern will, dem bleiben nur weitreichende, mutige und zugleich schnelle Maßnahmen auf der Basis eines Zukunftskonzepts der ökonomischen Integration Europas.

Euroland bald abgebrannt? Gründungsfehler und Rettungstechnokratie ohne Visionen

Die politische Durchsetzung dieser Maßnahmen verlangt eine schonungslose Analyse der Triebkräfte, die zur Systemkrise geführt haben.(3) Dadurch lässt sich auch die schwer durchdringbare Gemengelage sortieren:

Monetärer Gründungsirrtum (4)

Die Weichenstellung in Richtung Systemkrise erfolgte mit dem 1992 ratifizierten Vertrag von Maastricht, der in den heute geltenden Lissabonner Vertrag eingegangen ist. Dieser völkerrechtliche Maastrichter Vertrag regelte nahezu ausschließlich die Schaffung der Währungsunion zusammen mit der Europäischen Zentralbank. Maßnahmen zur gegenseitigen Abstimmung der Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik waren in diesem Modell von Währungsunion nicht vorgesehen. Der Grad an gemeinschaftlicher Mindestkonvergenz, der von den aufzunehmenden Mitgliedsländern verlangt wurde, konzentrierte sich nur auf monetäre Kriterien. Diese Aufnahmekriterien standen ausschließlich unter dem Ziel, die Geldwertstabilität der neuen Währung zu sichern. Dazu gehörten auch die Verschuldungskriterien. Unterstellt wurde, dass ein Land mit nur bis zu 3 Prozent an jährlicher Neuverschuldung und 60 Prozent an Gesamtschulden, bezogen auf die Wirtschaftsleistung, kein Inflationspotenzial in die neue Währung einbringen wird. Übrigens setzen die beiden Kriterien ein nominales Wirtschaftswachstum von fünf Prozent voraus.

Gegen diese monetaristische Inflationsangst steht die Beobachtung der letzten Jahre: Der enorme Anstieg der Staatsverschuldung geht mit niedrigen Raten der Geldentwertung einher. Die Situation der Realwirtschaft und die wirtschaftliche Struktur der zukünftigen Euro-Länder spielten für den Zugang zur Währungsunion keine Rolle.

Diese Ignoranz ist kein Zufall, sondern die logische Folge der Illusion von einer Währungsunion, die genügend Kraft entwickelt, wirtschaftliche und politische Konvergenz voranzutreiben. Faktisch hat die Währungsunion die Spaltung der bereits beim Start zerklüfteten ökonomischen Landschaft vorangetrieben. Die stark unterschiedliche ökonomische Wettbewerbsfähigkeit unter der Dominanz der deutschen Wirtschaft sowie die divergierenden Wirtschaftsstrukturen haben am Ende die Schuldenkrise in den Mitgliedsländern mit geringer internationaler Konkurrenzfähigkeit verursacht.

Untragbare Handelsungleichgewichte

Wie sehr sich die Euro-Zone in der Konkurrenz auseinanderentwickelt hat, zeigen

die dramatischen Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen, wo vor allem Deutschland mit seiner aggressiven Exportorientierung mittels Niedriglohnsektor, Lohnzurückhaltung und Sozialabbau (Agenda 2010, Rente mit 67 etc.) seine europäischen Konkurrenten niederkonkurriert hat. Deutschland hat von 2000 bis 2010 über 1.000 Mrd. Euro an Exportüberschüssen gegenüber dem Ausland aufgehäuft, der größte Teil davon gegenüber den EU-"Partnern".

Im Gegenzug mussten andere Länder Importüberschüsse hinnehmen, denn die Überschüsse der einen sind immer die Defizite der anderen. Allein die Euro-Krisen-Länder Griechenland und Portugal haben von 2000 bis 2010 377 Mrd. Euro an Leistungsbilanzdefiziten aufgehäuft und mussten sich dieses Geld überwiegend im Ausland leihen. Die Krise der Euro-Zone ist daher vor allem und zuerst eine Auslandsschuldenkrise ganzer Länder (inkl. der Auslandsschulden der privaten Haushalte, Banken und Unternehmen) und nicht primär eine Staatschuldenkrise. Natürlich bestehen in den genannten Ländern auch erhebliche hausgemachte Missstände (z.B. die Steuerverwaltung in Griechenland oder das Unternehmensteuerdumping in Irland).

Für die Angleichung der Wirtschaften bzw. die Verhinderung von immer weiter zunehmenden Ungleichgewichten sah der Maastrichter Vertrag keine Instrumente vor. So ist die Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion zum 1.1.2001 weniger wegen der hohen, zum Teil auch nicht offen ausgewiesene Staatsschulden zu kritisieren. Falsch war vielmehr, dass bei der Aufnahme dieses Landes keinerlei Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftsstrukturellen Schwäche sowie seiner mangelnden Wettbewerbsfähigkeit in das Integrationspaket gepackt wurden. Wirtschaftliche Entwicklungs- und Beschäftigungspolitik waren in den Dokumenten der Währungsunion Fremdworte. Auch der Fall eines Krisenlandes, das in die Insolvenz treibt, war nicht vorgesehen. Im Gegenteil, im Falle der drohenden Insolvenz eines Landes ist den anderen Mitgliedsländern sowie den EU-Institutionen mit der "No-Bailout"-Klausel jegliche Hilfe untersagt worden. Das gleicht einer Strategie zur Vermeidung von Verkehrsunfällen und Opfern im Straßenverkehr, indem man den anderen Verkehrsteilnehmern und Ärzten untersagt, Verletzten nach einem Unfall zu helfen.

Politischer Opportunismus, durchsichtige Interessen der deutschen Exportwirtschaft sowie integrationspolitische Naivität haben in die heutige, von Insolvenz bedrohte Situation der Krisenländer geführt. Vertragliche Regelungen waren für diesen Fall nicht vorgesehen, weil der Fall selbst nicht vorgesehen war. Die Fehlkonstruktion Binnenmarkt plus Währungsunion ohne eine Haftung für eine gemeinschaftliche, Konvergenz schaffende Politik, musste in die mit voller Wucht ausgebrochene Euro-Krise führen. Die internationale Finanz- und Bankenkrise seit 2007 ist insofern nur ein auslösender Faktor für die Systemkrise der Euro-Zone gewesen. Sie wäre früher oder später in jedem Fall eingetreten.

Finanzmarkt- und Bankenkrise

Nach der Methode der monokausalen Ursachenreduktion wird der drohende Zusammenbruch des Euro auf die Schuldenpolitik, vor allem in den Südländern, zurückgeführt. Sie hätten durch eine exzessive Ausgabenpolitik und unzureichende Einnahmenpolitik die Staatsschulden nach oben getrieben.

Hier feststellbare Fehlentwicklungen erklären jedoch nicht die Wucht der Eurokrise. Vielmehr hat der Beinahezusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 die Euro-Währung schwer belastet. Vor allem ist das bedrohliche Schuldenproblem in den Krisenländern eine Folge und nicht Ursache der Bankenkrise.

Krisenverschärfende Ad-hoc-Politik

Das heutige vor allem durch die deutsche Bundesregierung zu verantwortende Krisenmanagement lässt bisher eine offensive Integrationspolitik auch zur Korrektur der Gründungsfehler der Währungsunion nicht erkennen. Mit dem Durchmanövrieren von einem zum nächsten Krisengipfel wird die Vertrauenskrise vertieft. Die Gefahr des Absturzes wird durch eine kurzatmige Rettungstechnokratie erhöht.

Dabei beschleunigt ein fundamentaler Widerspruch, getrieben durch die deutsche Euro-Politik, den Legitimationsverlust des europäischen Institutionengefüges. Im Prozess kurzfristigen Reagierens auf Krisensymptome mit Rettungsschirmen und einer instrumentalisierten Geldpolitik vollzieht sich nämlich scheibchenweise eine Teilübernahme gemeinschaftlicher Haftung für die Krisenländer. Weil das Vertragswerk aber grundsätzlich das Verbot der Beihilfe festlegt und dieses auch immer wieder beschworen wird, kann kein stabiles Vertrauen aufkommen.

Es fehlt der notwendige Mut, nach dem durch die aktuelle Euro-Systemkrise belegten Scheitern des Maastrichter Vertrags die No-Bailout-Klausel zugunsten einer kontrollierten Haftungsgemeinschaft über Bord zu werfen. Solange die Integration nicht durch diese gemeinschaftliche Haftungs- und Verantwortungsunion ergänzt wird, sind alle Schwüre und kurzfristigen Rettungsmaßnahmen gegen den Verfall des Vertrauens vergebens. Durch diese machtpolitische Orientierung tritt immer deutlicher hervor, dass die europäische Einigung ein Elitenprojekt ist, dem die breite demokratische Partizipation und Kontrolle fehlt.

Der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (SVR) hat mit seinem Sondergutachten vom 5. Juli 2012 diese krisenverschärfende Politik, die die deutsche Bundesregierung vorantreibt, überraschend scharf kritisiert: "*Die europäische Politik entspricht einer Strategie der Trippelschritte, bei der versucht wird, auf neue aufbrechende Krisenherde mit weiter ausgedehnten Rettungsschirmen oder einer Veränderung des Zugangs zur EFSF oder zum ESM zu reagieren.*"(5)

Der **Sachverständigenrat** schreibt von einer systemischen Krise und beschreibt zu Recht ausführlich den Zusammenhang von anhaltender Krise des Banken- und Finanzsystems, dem Schuldenüberhang der öffentlichen Bereiche (nicht nur in der Euro-Zone) und einer sich verfestigenden Wachstumsschwäche mit der Gefahr der Ausbildung einer rezessiven Abwärtsspirale. "*Nach einer zeitweisen Entspannung in den ersten Monaten des Jahres 2012 ist die Euro-Krise bis zur Jahresmitte erneut eskaliert.*"

Die Bewertung der politischen Entscheidungen der europäischen Elite fällt durchaus ambivalent aus: "*Trotz der jüngsten Zuspitzung der Lage sollte nicht übersehen werden, dass es der Politik auf der nationalen wie der europäischen Ebene in den vergangenen zwölf Monaten durchaus gelungen ist, mutige Schritte zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen einzuleiten. So haben die Mitgliedsländer der Währungsunion den Stabilitäts- und Wachstumspakt gehärtet und sich mit dem Fiskalpakt gemeinsam dazu verpflichtet, auf nationaler Ebene verbindliche Beschränkungen für das strukturelle Defizit zu implementieren.*" Diese Hervorhebung von mutigen Schritten bleibt eingebunden in ein vernichtendes Gesamturteil zum bisherigen Krisenmanagement: "*Die Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums haben auf der Tagung des Europäischen Rates am 28./29. Juni 2012 Entscheidungen zur kurzfristigen Stabilisierung der Lage im Euro-Raum getroffen. Diese dürften den Problemländern zwar zu einer Atempause verhelfen; sie sind aus Sicht des Sachverständigenrates aber nicht dazu geeignet, die Krise zu beenden.*

Die mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen gewonnene Zeit sollte daher dazu genutzt werden, möglichst bald umfassende Lösungen zu implementieren, die den Teufelskreis aus Bankenkrise, Staatsschuldenkrise und makroökonomischer Krise durchbrechen und das verlorengegangene Vertrauen in die Stabilität und Integrität der Währungsunion wiederherstellen."

Die Mehrheit des SVR war in den letzten

Jahrzehnten an der Verbreitung einer neoliberal-neoklassischen Politik, die auf die Entfesselung und Deregulierung des Finanzkapitals zielte, beteiligt. Das Scheitern der wirtschaftspolitischen Zukunftskonzeption eines vermögensgetriebenen Kapitalismus könnte daher auch Anlass einer selbstkritischen Überprüfung der zurückliegenden Beratungsleistungen sein. Immerhin betont der SVR, dass es um die Implementierung eines realökonomischen Strukturwandels gehen muss, soll die seit Jahren anhaltenden krisenhafte Konfiguration des Finanzsektors überwunden werden:

Eine makroökonomische Neuausrichtung der Volkswirtschaften ist unabdingbar, um die weitgehend im Ausland aufgelaufenen Schulden zu bedienen. Da jedoch, anders als im Falle einer eigenständigen Geldpolitik, den Problemländern der Weg versperrt ist, den sektoralen Restrukturierungsprozess über eine externe Abwertung zu unterstützen, muss dieser Prozess ausschließlich auf dem schmerzhaften Wege einer inneren Abwertung (Hervorh. im Original) geschehen, indem Ressourcen aus den eher binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren, wie dem öffentlichen Sektor (etwa in Griechenland) oder dem Bausektor (etwa in Irland und Spanien), in die Sektoren mit sogenannten handelbaren Gütern umgelenkt werden.

Keine Frage: es müsste mit einem Politikwechsel eine **Aussetzung der Austeritätspolitik** geben und über ein **staatlich finanziertes Investitions- und Wachstumsprogramm** in Europa eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur implementiert werden, die sich eben nicht durch weitere Abwendung einer binnenwirtschaftlichen Ausrichtung und einen noch stärkeren Übergang zu einer höheren Wettbewerbsorientierung auszeichnet. Ein solcher Politikwechsel ist nur durchzusetzen, wenn bei massiver Verbesserung von Transparenz der Entscheidungen auch die Ansätze demokratischer Willensbildung und Kontrolle ausgebaut werden.

Nebelkerze Stabilitätsunion

Der populistisch eingesetzte Begriff Stabilitätsunion verdeckt die Tatsache, dass die damit bezweckte Politik die Instabilität und schließlich das Ende der Euro-Währung vorantreibt. Mit der Stabilitätsunion wird auch auf eine nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte verzichtet. Spekulanten behalten die Instrumente, mit denen sie hochprofitabel auf den Zusammenbruch einzelner Länder, sogar auf das gesamte Euro-System, wetten. Machtvolle Hedgefonds und Investmentbanker treiben mit ihren Interessen die Politik vor sich her. Rettungsfonds sowie die Europäische Zentralbank sehen sich gezwungen, den mangels Vertrauen der Banken untereinander nicht mehr funktionierenden Interbankenmarkt zu ersetzen sowie das instabile Finanzsystem zu beruhigen.

Ohne eine Zerschlagung der Institutionen des Spekulationskapitalismus, also der Hedge-Fonds, der Investment- und Schattenbanken und des Monopols dreier Ratingagenturen, ist die Eurokrise, mit der sich derzeit viel Geld verdienen lässt, nicht zu überwinden. Ein Schritt in diese Richtung kann die vorgeschlagene Bankenunion mit einer gemeinschaftlichen Einlagensicherung und Aufsicht sein, die zur Vermeidung von Zusammenbrüchen in die Bankengeschäfte eingreifen darf.

Zur Stabilitätsunion der Bundeskanzlerin gehört die Vorbedingung Finanzhilfen für Krisenländer um den Preis einer gesamtwirtschaftlich unsinnigen Austeritätspolitik. Die Instrumente sind: Kürzungen in den öffentlichen Haushalten, Erhöhung der Massensteuern, Privatisierung der öffentlichen Vermögen sowie schrumpfende Arbeitseinkommen. Die Stabilitätsunion schafft in diesen Krisenländern Instabilität und treibt die ohnehin schwachen Wirtschaften in den Abgrund.

Die über fünf Jahre sich vertiefende Rezession in Griechenland ist maßgeblich eine Folge der aufgezwungenen Haushaltspolitik à la Brüning. Die schrumpfende Wirtschaft, sinkende Steuereinnahmen und wachsende Krisenkosten treiben die Neuverschuldung im Widerspruch zu den vorgegebenen Zielen nach oben.

Gegen diese Katastrophenpolitik richtet sich das **Konzept eines "Herkules-Plans"**: Im Mittelpunkt steht die Überwindung wirtschaftsstruktureller Defizite und damit die zeitaufwendige Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen. An den Fortschritten dieser Aufbaupolitik sollte die zeitliche Abfolge der Sanierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet werden.

Die angebliche Stabilitätsunion à la Merkel wird am Ende die Euro-Zone spalten und trägt maßgeblich zur politischen Instabilität in Europa bei. Letztlich wird durch den Übergang zur autoritären Austeritätspolitik die tief verwurzelte Idee der europäischen Zusammenarbeit beschädigt. Nationale Interessen gewinnen in dem unbeherrschten Krisenprozess die Oberhand. Von jeglicher diplomatischer Zurückhaltung entkleidet, stellt Jean Claude Juncker dieser Politik ein miserables Zeugnis aus. Der deutsche Standpunkt würde zur Messlatte. Deutschland behandele die Euro-Zone wie eine "Filiale".

Diese visionslose und post-demokratische Politik reduzierter Haftung sowie der Tabuisierung von Vergemeinschaftung im Klima nationalstaatlicher Ressentiments verschärft die Krise. Während eine Krisenlage die nächste provoziert und schließlich immer neue Gipfeltreffen ausgelöst werden, nimmt ungewollt der Druck zu, den Euro aufzulösen. Der Widerspruch, einerseits sich zur Euro-Währung zu bekennen, andererseits deren Zusammenbruch durch die Orientierung an nationalstaatlichen Ressentiments voranzutreiben, treibt die Vertrauenskrise politisch und ökonomisch voran.

Das Elend der rechthaberischen "Wutökonomen"

Während es längere Zeit in den Universitäten und Forschungseinrichtungen für Wirtschaftswissenschaft wegen der Tendenz zur ideologischen Verengung nur verdeckte Auseinandersetzungen gab, ist nach dem EU-Gipfel Ende Juni 2012 eine erbitterte Kontroverse um die Zukunft der Euro-Zone und des europäischen Projektes ausgebrochen. Die Verabredung über eine einzurichtende Bankenunion bedeute die "kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems" und gehe "zu Lasten der Bürger anderer Länder, die mit alldem wenig zu tun haben", lautete die populistische Kritik eines Aufrufs, der maßgeblich von Hans-Werner Sinn initiiert wurde.

Viele dieser Ökonomen fordern, streng nach der neoklassischen Doktrin, Lohnabbau auch durch den Ausbau von Niedriglohnjobs.

An ärgerliche Unwissenschaftlichkeit grenzt die vermiedene Auseinandersetzung mit den Zielen und Funktionen einer Bankenunion, weil die eigentlichen Aufgaben einer Bankenunion unterschlagen werden. Durch sie sollen die Banken über eine gemeinschaftliche Einlagensicherung und über eine stärker grenzüberschreitende Aufsicht mit Interventionsrechten diszipliniert werden. Dazu gehört auch eine Restrukturierung der Banken, bei der im Zweifelsfall ein Institut auch geschlossen werden kann. Schließlich sollen die Banken einen Fonds zur Finanzierung der durch sie erzeugten Krisenkosten einführen. Natürlich reicht eine solche Bankenunion zur Verhinderung zukünftiger Krisen nicht aus. Sie muss daher dringend in ein System sehr viel strenger regulierter Finanzmärkte und einer europäischen Wachstumsstrategie eingebettet werden.

Im Zuge einer Abstimmung der Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik müssen die dramatischen Ungleichgewichte im Außenhandel innerhalb der EU beseitigt werden, denn ansonsten werden einzelne Länder und deren Banken, Unternehmen und Haushalte regelmäßig in eine Auslandsüberschuldung hineingezwungen.

Auslandsüberschuldung lässt sich in einer Währungsunion längerfristig nur durch zwischenstaatliche Politikkoordination, nicht aber durch die Bankenregulierung verhindern.

An die Stelle seriöser Analyse und eines kritischen Disputs tritt bei den oben genannten Ökonomen schlichte Wut gegen Vorschläge zur Rettung des Euro. Dazu gehören die fehlenden Hinweise auf die Frage ob und wie das Währungssystem weiter entwickelt werden soll. Während explizit keine Aussagen zur Rückkehr zu nationalen Währungen gemacht werden, finden Unterzeichner, die ein Zurück zur D-Mark wollen, einen Unterschlupf. Zu Recht ist - wie es Olaf Storbeck vom Handelsblatt titelte - von "Wutökonomen" die Rede.

Einen unschätzbaren Vorteil hat dieses Anti-Euro-Pamphlet allerdings. Massive Proteste sind innerhalb der Wirtschaftswissenschaft ausgelöst worden. Noch nie wurde in der jüngeren Geschichte der deutschsprachigen Ökonomik derart heftig gestritten. Die Frage nach der Zukunft des Euro scheint endlich die "mainstream economics" zu spalten. An die Stelle des beratenden Herrschaftswissens tritt endlich die diskursive Debatte.

Der "Wutausbruch" gegen die Bankenunion ist für die beratende Wirtschaftswissenschaft ein schwerer Rückschlag. Wen wundert es da, dass die Politik und Öffentlichkeit den Respekt vor der Beratungsökonomie verliert. Allerdings entwickeln sich aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs heraus auch wichtige Orientierungen zur nachhaltigen Sicherung des Euro-Währungssystems.

Ohne oder mit Euro: Kosten des Absturzes - Nutzen der Erneuerung

Das Klima für eine Renationalisierung der Währungen wird in doppelter Weise gestärkt. Zum Einen treibt eine sich von EU-Gipfel zu EU-Gipfel schleppende Ad-hoc-Politik ohne ein ernsthaftes Konzept in den Ausstieg aus dem Euro. Zum Anderen wird der Ruf "Gebt uns unsere D-Mark zurück" lauter.(6) Die Forderung nach dem Ausstieg aus dem Euro ist, verstärkt durch nationale Ressentiments, nicht nur an den Stammtischen populär. In der wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Diskussion werden Varianten mit unterschiedlicher Intensität zum Euro-Exit gehandelt.

Die Demontage einer Gemeinschaftswährung beginnt mit dem Vorschlag, ein Krisenland wie Griechenland solle zur Drachme zurückkehren. Dabei werden abstruse Modelle über eine Parallelwährung mit dem Euro und der Drachme gehandelt. Das Kunstprodukt heißt GEURO. All diese Ansätze sind ökonomisch nicht zu Ende gedacht. Eine Parallelwährung für Griechenland muss scheitern. Die laufenden Zahlungen wie Löhne werden nach diesem Modell in der neuen Währung notiert. Bargeldbestände und Sichteinlagen (Girokonten) verbleiben dagegen, um einen Banken-Run zu verhindern, auf Euro-Basis. Auch inländische Schulden sollen in der Weichwährung notiert werden. Die Folge sind massive Abschreibungen bei griechischen Banken.

Wie aber würde der Wechselkurs in dem Parallelwährungssystem geregelt? Der Wechselkurs zwischen der neuen griechischen Drachme und dem Euro soll je nach Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten frei schwanken. Der Umtausch bzw. die Flucht des "schlechten" (GEURO) in das "gute" (Euro) Geld ist in diesem System vorprogrammiert. Diese Parallelwährung setzt wie die anderen Varianten zur Auflösung des Euro auf eine massive Abwertung der Drachme. Deshalb muss die Frage nach den Folgen der abgewerteten Drachme für die griechische Wirtschaft beantwortet werden.

In dieselbe Richtung zielt der radikale Vorschlag, Griechenland aus der Euro-Zone auszuschließen. Gewiss ist, die neue Drachme würde massiv abwerten. Von namhaften Ökonomen werden dieser Abwertung segensreiche Wirkungen für die griechische Exportwirtschaft zugeschrieben. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit würde gestärkt. Diese modellhaft konstruierte Erwartung findet in der Realwirtschaft keine Grundlage. Denn in Griechenland ist - vom Tourismus abgesehen - die Exportwirtschaft völlig unterentwickelt. Preisvorteile durch einen niedrigen Wechselkurs stoßen mangels technologisch und innovativer Unternehmen mehr oder weniger ins Leere. In Griechenland muss überhaupt erst die Exportwirtschaft durch eine aktive Wirtschaftsstrukturpolitik aufgebaut werden. Die Funktionsweise der in Griechenland unterstellten Wechselkursdynamik ist dem deutschen Modell abgeschaut. Hier handelt es sich um ein stark außenwirtschaftlich verflochtenes Land. Käme es zu einer Abwertung im Ausmaß Griechenlands, würde die Exportwirtschaft zumindest, bis es zu Gegenreaktionen aus den importierenden Ländern kommt, boomen. Aber Griechenland ist nicht Deutschland. Oftmals resultieren derartige Denkfehler aus der Faulheit, die Unterschiede zwischen Ländern im Euro-Raum zu untersuchen. Ohne Rücksicht auf den spezifischen Entwicklungspfad und die unterschiedlichen ökonomiestrukturellen Bedingungen wird das Modell Deutschland den Krisenländern übergestülpt.

Durch den einseitigen Blick auf die Exportwirtschaft werden die Folgen der Abwertung für die Importe kaum erfasst. Die erhoffte Abwertung der Drachme würde die importierten Güter und Dienstleistungen verteuern. Ein Inflationsimport wäre gewiss. Banken würden infolge der abgewerteten Kredite gegenüber dem Ausland zusammenbrechen. Am Ende würde sich Griechenland mit einer eigenen Währung zu einer Elendsökonomie entwickeln. Und dann stellt sich die Frage, ob das Land noch in der EU bleiben kann und wie dann die Transfers aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert würden. Schließlich wäre mit einem Dominoeffekt zu rechnen: Wenn Griechenland fällt, setzen die Wetten auf den Absturz weiterer Krisenländer ein. Die Renationalisierung der Währungen im zusammenbrechenden Euro-Land stünde am Ende dieses Erosionsprozesses.

Ob es zu einem schleichenden Zusammenbruch durch den Ausstieg zuerst nur eines Landes kommt oder die radikale Forderung nach der Auflösung des Euro-Währungssystem gestellt wird, ärgerlich ist, dass die gesamtwirtschaftlichen Folgen für die Mitgliedsländer sowie die Europäische Union kaum diskutiert werden. Die normalerweise auf empirisch fundierte Modelle ausgerichteten Ökonomen schweigen auffällig. Unübersehbar sind die Schwierigkeiten, einigermaßen gesicherte Aussagen beispielsweise über wirtschaftliche Wachstums- und Arbeitsplatzverluste zu treffen. Es gibt allerdings auch Interessen, diese Debatte zu verhindern. Auffällig ist: Je radikaler die Forderungen zum Euro-Exit sind, umso weniger werden die gesamtwirtschaftlichen Folgen thematisiert. An die Stelle einer rationalen Bewertung von Kosten und Nutzen treten sehnsüchtige Illusionen nach der Rückkehr zum DM-Imperialismus.

Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten vom Juli 2012 erste Hinweise zu den Kosten der Rückkehr zur D-Mark gegeben (7): Direkt betroffen wären Auslandsforderungen Deutschlands gegenüber den anderen Euroländern im Umfang von 2,8 Billionen Euro. Davon entfielen 1,5 Billionen Euro auf Unternehmen und Privatleute. Mehr als 700 Mrd. Euro Forderungen der Deutschen Bundesbank aus dem TARGET-Verrechnungssystem der EZB kämen möglicherweise dazu. Auch die bisher über die Rettungsschirme geleisteten Finanzhilfen, die auch nach einem Zusammenbruch des Euro-Systems bedient werden müssten, dürften in erheblichem Maße wertlos werden.

Nach einer Berechnung der Wirtschafts-Woche wird der mögliche Verlust bei einer Insolvenz und nachfolgendem Austritt Griechenlands für Deutschland auf 77 Mrd. Euro geschätzt.(8) Über dieses monetäre Verlustpotenzial hinaus ist mit Belastungen der Realwirtschaft zu rechnen. Durch den schockartigen Absturz breitet sich eine Vertrauenskrise über die Wirtschaft aus. Bei den Unternehmen dominiert hinsichtlich von Investitionsentscheidungen die Devise: "abwarten und zusehen". Die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte wird gedämpft. Auch die öffentlichen Haushalte schränken wegen der zu übernehmenden Krisenkosten die Ausgaben zu Lasten der

Gesamtwirtschaft ein. Verluste der Banken durch erforderlich gewordene Abschreibungen transportieren über eine restriktive Kreditpolitik die Belastungen in die Realwirtschaft.

In Deutschland ist mit einer massiven Aufwertung der DM gegenüber den anderen Mitgliedsländern im alten ehemaligen Euro-Raum zu rechnen. Die Exportwirtschaft bricht ein, während sich die Importe verbilligen. Arbeitsplatzabbau folgt dem Einbruch der Exportwirtschaft. Infolge der aufwertungsbedingten Verluste bei der internationalen Konkurrenzfähigkeit droht eine Welle an Produktionsverlagerungen. Vorsichtige Schätzungen gehen in der Gesamtwirkung der kumulierten Effekte davon aus, dass die Gesamtwirtschaft nach zwei Jahren bis zu 15 Prozent geschrumpft sein könnte. Mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit ist zu rechnen.

Über die ökonomische Dimension dieses Krisenszenarios hinaus wären die politischen Schäden riesig. Mit dem Zurück zur D-Mark-Hartwährungszone, der möglicherweise Österreich und wenige weitere Länder, jedoch nicht Frankreich, angehören könnten, würde die EU-Integration einen schweren Rückschlag erleiden. Die Grundlagen der bisherigen EU-Finanzpolitik mit dem Gemeinschaftshaushalt, der auch über die Strukturfonds zur Angleichung der Wirtschaftsstrukturen eingesetzt wird, wären bedroht. Eine gemeinsame EU-Politik im Bereich der Regulierung der Finanzmärkte mit dem Schwerpunkt Bankenkontrolle würde durch die Spaltung zwischen dem DM-Hartwährungsblock gegenüber den Krisenländern mit anfälligen Währungen kaum noch durchsetzbar sein.

Hat sich der Euro bisher gelohnt?

Mit diesen noch recht vagen Szenarien lassen sich nur erste Grundlinien zeichnen, welche Kosten ein Ende des Euro mit sich bringen würde. Die Antworten auf die Frage "Lohnt sich der Euro?" bringt weitere Erkenntnisse. Da stehen viele positive Posten in der Euro-Bilanz: Entgegen den weitverbreiteten Unkenrufen hat sich der Euro seit seiner Gründung nicht zum dauerhaften Teuro entwickelt. Seit seiner Gründung liegt die Inflationsrate knapp unter zwei Prozent. Auch der Außenwert gegenüber wichtigen anderen Währungen war über viele Jahre recht hoch. Dabei hat die Exportwirtschaft Deutschlands vor allem durch die Lieferungen innerhalb der Eurozone profitiert. Erst im Zuge der aktuellen Eurokrise musste die neue Währung Wertverluste hinnehmen. In der Exportwirtschaft wird der Euro auch außerhalb der Währungsunion eingesetzt. 2011 sind bei den Außenhandelsgeschäften mit Ländern außerhalb der Euro-Zone über 67 Prozent der gesamten deutschen Exporte in Euro abgerechnet worden.

Der Euro hat sich auch zur attraktiven Währungsreserve gemausert. China hält mehr als 30 Prozent seiner Devisenreserven in Euro. Dass der Euro zwischen den Mitgliedsländern die früheren Informations- und Umtauschkosten erübrigt hat, steht ebenfalls auf der positiven Seite seiner Bilanz. Hätte es den Euro während der jüngsten Finanzmarktkrise nicht gegeben, wäre mit massiven Spekulationsgeschäften gegen die Währungen - beispielsweise D-Mark gegen französische Franc - zu rechnen gewesen. Das Europäische Währungssystem (EWS), mit dem versucht wurde, Wechselkurse durch Interventionen der Notenbank einigermaßen stabil zu halten, wäre unter dem Spekulationsdruck mit Sicherheit längst zusammengebrochen. Die Gemeinschaftswährung hat Spekulanten wie George Soros, die in den 1990er Jahren erfolgreich gegen einzelne europäische Länder gewettet haben, das Geschäft entrissen.

Politischen Zeitdruck entschleunigen

Diese Vorteilsliste für den Euro ist stark ökonomisch ausgerichtet. Das Euro-Währungssystem hat nur dann eine Zukunft, wenn die demokratische Fundierung dieser Vergemeinschaftung ernst genommen wird. Hektische Finanzmärkte lösen, angetrieben durch den roboterhaften Hochfrequenzhandel, einen irrationalen Zeitdruck aus und verlangen von der Politik Über-Nacht-Entscheidungen. Die Spekulationsgeschäfte auf kleinste Arbitragen erzeugen politische Krisenlagen, deren schnelle Bekämpfung im Widerspruch zum Zeitbedarf der demokratisch-parlamentarischen Entscheidungsfindung steht. Deshalb müssen Grundregeln der parlamentarischen Beteiligung vereinbart und deren Primat durchgesetzt werden. Der enorme, zeitliche Entscheidungsdruck kann durch die auf realwirtschaftliche Geschäfte eingeschränkten Finanzgeschäfte reduziert werden. Dadurch wird Zeit für politisch fundierte Entscheidungen zurückgewonnen.

In einem Aufruf an die SPD fordern Jürgen Habermas, Peter Bofinger und Julian Nida-Rümelin gegen die Übermacht des Finanzsektors die "*Selbstermächtigung der Politik*". Statt einer "*marktkonformen Fassadendemokratie*" geht es um einen grundlegenden Kurswechsel in der Europapolitik zu "*mehr Integration, mehr Demokratie und politische Einheit*".(9) Die erforderliche Vergemeinschaftung bisher nationaler Souveränitätsrechte macht eine umfassende Demokratisierung der EU-Entscheidungsorgane bis hin zur EU-Bürokratie erforderlich. Hierbei müssen dem Europäischen Parlament spiegelbildlich zu den der EU übertragenen, bisher nationalstaatlichen Souveränitätsrechten sämtliche parlaments-typischen Entscheidungskompetenzen einschließlich der Gesetzgebungsinitiative und Regierungsbildung übertragen werden.

Mit wirksamen Instrumenten die monetäre Integration vertiefen

Nochmals, der Euro steht vor dem Abgrund. Der Absturz kann jedoch durch eine mutige und entschiedene Politik der monetären Integration verhindert werden. Dagegen ist die heutige Politik im Namen der Euro-Krise kleinkariert, von nationalen Ängsten getrieben. Es fehlen der Mut und die Vision. Mit den nötigsten immer wieder nachgelegten Maßnahmen kommt die Politik am Ende dort an, wo die Rückkehrer zur D-Mark hinwollen: Das Euro-Währungssystem bricht zusammen und wird durch renationalisierte, in der EU spalterisch wirkende Währungen abgelöst. Wie die durch die schweren Gründungsfehler provozierte Systemkrise lehrt, ist der Euro nur dann zu retten, wenn die gemeinschaftliche Haftung und Verantwortung gesichert sind.

Der Umgang mit der gemeinschaftlichen Haftung wird zum Scheidepunkt. Wird trotz vieler Rettungsmaßnahmen weiterhin auf der Doktrin der Nichtbeistands-Klausel (No-Bailout-Klausel) bestanden, dann wachsen die Risiken. Die tauglichen Maßnahmen zur Euro-Rettung erweitern die gemeinwirtschaftliche Haftung. Spiegelbildlich werden nationalstaatliche Kompetenzen an die Euro-Gemeinschaft übertragen. Mit der viel beschworenen Dehnung der heute geltenden Verfassung lässt sich dieses Ziel nicht realisieren.

Der Lissabonner Vertrag mit den Regelungen zur monetären Integration aus dem ursprünglichen Maastrichter Vertrag muss geändert werden, denn viele der für ein Überleben des Euro notwendigen Maßnahmen sind damit schlicht unvereinbar. Der heutige Vorwurf des Vertragsbruchs ist die Folge schwerer Gründungsfehler. Der Vertragsbruch sollte durch eine Vertragsreform, die die jüngsten Erfahrungen anerkennt und ein Instrumentarium für die Rettung des Euro zur Verfügung stellt, abgelöst werden.

Die EU ist spätestens seit dem ersten Hilfspaket für Griechenland im Frühjahr 2010 in einem zähen Lernprozess. Erste Erfahrungen mit den Rettungsschirmen, mit der Europäischen Zentralbank, mit einem Teilschuldenschnitt bei griechischen Staatsanleihen liegen vor. Die im Lernprozess realisierten Maßnahmen zur Euro-Rettung reichen jedoch nicht aus. Mit dem Mut zur Vision einer künftigen Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb einer politischen Union sollte Schritt für Schritt die Währungsunion ausgebaut und zu einem Gesamtkonzept eines sozialen, demokratischen Europas integriert werden.

Vorgeschlagen wird ein ausbaufähiger Masterplan mit den folgenden Schwerpunkten:

Rettungsschirme:

Mit der Einführung der Rettungsschirme ist die im Maastrichter Vertrag festgeschriebene Nicht-Haftung für Krisenländer erstmals durchbrochen worden. Um fällig gewordene Anleihen an die Gläubiger auszahlen zu können, werden den Krisenländern Kredite zur Verfügung gestellt. Der Schuldner wechselt zum gemeinschaftlich gesicherten Rettungsfonds. Durch die ausschließliche Sicherung der Refinanzierungsfähigkeit fließt jedoch kein Euro in den öffentlichen Haushalt des Krisenlandes. Damit lösen die Rettungsschirme die Ursachen der drohenden Zahlungsunfähigkeit nicht.

Einerseits wird wichtige Zeit gekauft, die auch zur Sanierung genutzt werden muss. Andererseits werden die Krisenländer bei der Refinanzierung von den Kapitalmärkten entkoppelt. Spekulanten werden rausgehalten und den Gläubigern ihre Staatsanleihen gesichert.

Die EFSF (European Financial Stability Facility) mit einem Gesamtgarantievolumen von 780 Mrd. Euro bei einem Haftungsanteil von 211 Mrd. Euro für Deutschland soll nach den Plänen der meisten Europäischen Regierungen noch in diesem Jahr durch den ESM (European Stability Mechanism) abgelöst werden. Bei einem Volumen von über 700 Mrd. Euro (Deutschland trägt davon 27,1 Prozent) stehen wegen der notwendigen Übersicherung der vergebenen Kredite nur 500 Mrd. Euro für Bürgschaften und Garantien zur Verfügung(10). Rettungsschirme sind eine kurzfristig notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung zur ökonomischen Rettung der Krisenländer. Vor allem aber darf die Vergabe von Beistandskrediten nicht an ökonomisch falsche, sozial ungerechte und demokratisch nicht legitimierte Bedingungen geknüpft werden.

Die bisherigen Erfahrungen verweisen auf <u>notwendige Reformen:</u>

Die Volumenbegrenzung eines "Rettungsfonds" (z.B. mit 700 Mrd. Euro beim ESM) wirkt immer kontraproduktiv. Spekulanten werden immer wieder darauf wetten, dass das Volumen für weitere Krisenländer wie Spanien und Italien nicht ausreichen wird. Bei einem unbeschränkten Volumen, das durch alle Krisenländer genutzt werden kann, verlieren diese Spekulationen ihr Terrain.

Dazu sollte ein künftiger Rettungsfonds mit einer Bankenlizenz ausgestattet sein, damit er - wie jede normale Geschäftsbank auch - kurzfristig Kredite bei der EZB aufnehmen kann.

Im Kampf gegen Spekulanten ist dem Rettungsfonds auch der Kauf von Staatsanleihen direkt von den ausgebenden Staaten (Primärmarkt) zuzulassen. Dadurch werden die spekulativ überhöhten Zinssätze gedrückt und die Finanzmärkte stabilisiert. Schließlich sind die Banken trotz billigen Geldes durch die EZB nicht bereit, Staatsanleihen aufzukaufen und die Kreditvergabe auszuweiten. Die Bankenlizenz würde es dem Rettungsfonds gestatten, im Austausch gegen die erworbenen Staatsanleihen als Pfand Kredite von der EZB zu erhalten.

Künftig sollte die Bindung von Finanzhilfen an eine strenge Austeritätspolitik aufgehoben werden. Denn durch die gesamtwirtschaftlichen Einsparungen wird die Wirtschaft stärker destabilisiert als die Hilfskredite zur Stabilisierung beitragen können. Die Folge ist eine Verschärfung der Abwärtsspirale in den Krisenländern. Die Steuereinnahmen schrumpfen und am Ende steigt die Staatsverschuldung. Dieser Teufelskreis lässt sich nur durch eine Sanierung der Krisenländer über die Stärkung der ökonomischen Entwicklung durchbrechen. Kurzfristige Finanzhilfen sollten mit einem mittelfristigen Aufbauprogramm verknüpft werden. Gegen die Brüningsche Notverordnungspolitik am Ende der Weimarer Republik ist ein Herkulesplan zur Stärkung der schwachen Ökonomien zu setzen.

Europäische Zentralbank:

Unter dem Ziel, die Finanzmärkte zu stabilisieren sowie die spekulativ hochgetriebenen Zins-sätze für Bonds aus den Krisenländern zu senken, spielt die EZB zusammen mit den Europäischen Rettungsfonds eine wichtige Rolle.(11) Der Notenbank bleibt nichts anderes übrig, als auf den Märkten gehandelte Staatsanleihen aus den Krisenländern aufzukaufen. Allein zwischen Mai 2010 und Juli 2012 sind Staatsanleihen im Wert von knapp 212 Mrd. Euro in die Bilanz der EZB gewandert. Zur Entspannung der Lage wurde den Banken auch noch Kredit über 1.000 Mrd. Euro bei einer Laufzeit von drei Jahren zum Leitzins zur Verfügung gestellt.

Vom Einsatz der "dicken Bertha" zur Versorgung der Banken mit Liquidität und von "Bazooka-Politik" im Rahmen des Aufkaufs auch von Junkbonds aus den Krisenländern ist die Rede. Diese Geldschwemme provoziert und stößt auf Unverständnis. Gläubigern werden die Staatsanleihen garantiert und die Banken erhalten Liquidität, die diese allerdings nicht ausreichend an die Wirtschaft weitergeben. Auch erfolgt der erwünschte Kauf der Staatsanleihen von Krisenländern durch die Banken nicht in gewünschtem Maße. Die Notenbank fühlt sich zu dieser Verzweiflungstat gezwungen, weil ihr andere Instrumente zur Lösung der Krise des Interbankenmarkts und der spekulativ hochgetriebenen Zinssätze in den Krisenländern nicht zur Verfügung stehen. Da aber die Kosten eines kompletten Zusammenbruchs des Finanzsystems noch viel höher eingeschätzt werden, beschreitet die EZB diesen umständlichen Weg.

Diese Geldpolitik, die in keinem Lehrbuch abgehandelt wird, steht aber formal im Widerspruch zu ihrer Aufgabenstellung in den EU-Verträgen. Die massive Krise, die bei der Schaffung des Amsterdamer Vertrags nicht vorstellbar war, zwingt zu diesem Vertragsbruch.

Wie gesagt, anstatt rechthaberisch auf dem untauglichen Vertrag zu bestehen, sollte das Vertragswerk reformiert werden. Die EZB hat weitere Käufe an Staatsanleihen aus den Krisenländern, die unter dem Rettungsschirm sind, angekündigt. Unter der Hand wird diese formale Vertragsverletzung auch von der deutschen Bundesregierung und der Bundesbank geduldet, weil sich die kriselnden Länder im Gegenzug zur Sanierung durch die Schrumpfung öffentlicher Haushalte verpflichten müssen. Die Folge ist die schon mehrfach beschriebene ökonomische Abwärtsspirale. Die Notenbank sollte ihre Aufkäufe von Staatsanleihen daher bestenfalls indirekt an ein mittelfristiges wirtschaftliches Wachstums- und Beschäftigungsprogramm koppeln, nicht aber an die bisherige Sparpolitik.

Gefangen in der monetaristischen Logik dominiert die Sorge, diese Geldschwemme könnte eine gigantische Inflation auslösen. Erwartet wird mit der Geldausweitung eine Inflation infolge steigender Nachfrage. Dieser Zusammenhang greift jedoch nicht. Denn die Liquiditätsschwemme führt nicht zu einer entsprechenden Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gegenüber einem knappen Angebot. Wie soll das auch geschehen? Die Nachfrage der Unternehmen nach Investitionen, die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie der Staatsnachfrage unter dem Diktat der Schuldenbremse schwächeln. Das Geld aus EZB-Krediten ersetzt eben nur den früheren Geldmarkt zwischen den Banken, es kommt nicht bis zur Ladentheke und führt daher auch nicht zu Inflation. Nicht eine exzessive Inflation, sondern eine Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums ist daher zu erwarten.

Es gibt einen Weg aus dieser aktuell unvermeidbaren Bazooka-Politik der EZB. Die Bankenunion sowie die Regulierung der Finanzmärkte, die die Investmentbanken und Hedgefonds diszipliniert, schaffen dafür die Voraussetzungen.

Abbau der Altschulden:

Während mit den Rettungsfonds die Refinanzierung fälliger Staatsanleihen in hochverschuldeten Ländern vergemeinschaftet wird, muss endlich aus dem Teufelskreis von Altschulden und hohen Zinsbelastun-

gen ausgestiegen werden. Dazu hat der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" einen interessanten Schuldentilgungspakt vorgeschlagen, der jedoch in zwei Punkten verändert werden muss (12).
Staatsanleihen, die über 60 Prozent der Wirtschaftskraft hinausgehen, werden in einen gemeinschaftlich verantworteten Tilgungsfonds übertragen. Der Fonds darf für die Abwicklung der Refinanzierung Anleihen mit einer Laufzeit von zwei Jahren aufnehmen. Die Länder übernehmen die Ausgaben für die Tilgung und Zinszahlungen. Dazu soll eine Sonderabgabe - etwa auf die Einkommensteuer - einbezahlt werden. Der Fonds mit einer Laufzeit bis zu 25 Jahren hätte derzeit ein Volumen von 2,6 Billionen Euro. Deutschland würde 537,8 Mrd. Euro an Altschulden dem Tilgungsfonds übereignen. Mit diesem Tilgungsfonds würde erstmals ein Teil der Altschulden vergemeinschaftet.

In zwei Punkten sollte der Vorschlag zur Teilvergemeinschaftung der Altschulden deutlich korrigiert werden:

1. Die Bedingungen, mit denen die teilnehmenden Länder zu einer rigorosen Austeritätspolitik gezwungen werden, müssen gestrichen werden. Die Schuldenbremse im Fiskalpakt schränkt eine der Konjunktur angemessene und nachhaltige Finanzpolitik irrational ein.

2. Die Finanzierung des Fonds sollte durch eine Vermögensabgabe, die dem Prinzip der Besteuerung nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit entspricht, gesichert wer-den. Dadurch würden die Vermögenden, die von den staatlichen Rettungsmaßnahmen als Gläubiger und Sparer lange Zeit profitiert haben oder die durch ihre niedrige Steuerbelastung die Aufnahme staatlicher Kredite überhaupt erst nötig gemacht haben, einen Sanierungspreis bezahlen.

Eurobonds:

Während mit dem Schuldentilgungspakt für die Altschulden die gemeinsame Haftung übernommen wird, geht es bei den Eurobonds darum, die künftigen Ausgaben neuer Schuldtitel durch alle Mitgliedsländer zu verantworten. Die Gesamtheit des Euro-Clubs übernimmt die Haftung und Verantwortung.

Modelle zur Gestaltung der Eurobonds liegen vor. Jacques Delpla und Jakob von Weizsäcker haben vorschlagen, die durch die Euroländer garantierten Eurobonds entsprechend der geltenden Schuldenstand-Regel auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Gegenüber diesen "Blue Bonds" hafte bei den darüber hinausgehenden "Red Bonds" nur das jeweilige Land (13). Würde der zuvor beschriebene Schuldentilgungspakt realisiert, dann hätten alle Euro-Länder ausreichend Zugriff auf die vergemeinschafteten "Blue Bonds". Sollte der Schuldentilgungsfonds aber nicht kommen und die Krisenländer ihre hohen Altschuldenbestände mittelfristig umschulden müssen, werden sie einen ökonomisch untragbar hohen Preis für die "Red Bonds" zahlen müssen. Das Konzept müsste daher entsprechend überarbeitet werden.

Gegen die kollektivierte Haftung von Eurobonds im Rahmen der Schuldenpolitik gibt es scharfe Kritik. Der Euro ist jedoch ohne eine Ausweitung der Haftung dauerhaft nicht zu haben. Dabei können Eurobonds als hoch attraktives Anlageprodukt in anderen Währungsregionen der Welt genutzt werden. Am Ende wird der Zinssatz nicht durch die Schwächsten, sondern die Stärksten im Haftungsverbund bestimmt. Die Vorteile sind:

Gemeinsame Haftung verhindert Spekulationen gegen einzelne Länder.

Sie sind ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu einer Fiskalunion.

Als weltweit interessantes Anlageprodukt kann der Zinssatz niedriger als der derzeitige Durchschnittszinssatz ausfallen.

Zum Einstieg sind auch **Projektbonds** vorgeschlagen worden. Diese dienen zur Finanzierung der durch die EU verantworteten Großprojekte (Ausbau der Stromnetze, Verkehrssysteme, Technologieparks). Solange hinter diesen Projekten eine langfristig angelegte Strukturpolitik in Richtung auf eine sozial-ökologisch tragfähige Wirtschaftsweise steht, wären solche Projektbonds sicher zu begrüßen. Die Erfahrung mit europäischen Großprojekten raten aber zu großer Vorsicht.

Bankenunion:

Die sehr dürftigen Hinweise im Schlussdokument des EU-Gipfels Ende Juni 2012 haben ausgereicht, massive Proteste auszulösen. Die eher neoklassisch ausgerichteten "Wutökonomen" befürchten den direkten Marsch in die Sozialisierung der Verluste bei Bestandsgarantie für die Banken.

Auch Wieslaw Jurczenko beschwört in seinem Beitrag in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" einen "europäischen Bankensozialismus".(14) Zwischen rechtspopulistischer Argumentation und linker Kritik scheint es Gemeinsamkeiten zu geben. Diese unterstellte Ideennähe hält jedoch einer Überprüfung nicht stand. Jurczenko fordert zu Recht "Regulierung statt Bankensozialismus" bzw. anders ausgedrückt: die Existenz großer und daher systemisch gefährlicher Banken, die im Krisenfall vom Staat gerettet werden müssten, muss in Zukunft durch Größenbegrenzungen und automatische Zerschlagungen verhindert werden.

Eine starke Bankenregulierung mit harten Eingriffsrechten einer europäischen Aufsichtsbehörde ist eine unabdingbare Basis für eine funktionsfähige Währungsunion, denn sie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche geldpolitische Steuerung durch die Europäische Zentralbank und einen stabilen Finanzsektor. Wenn beispielsweise Sparer in Spanien wegen der Krise ihr Geld abziehen und auf andere Banken im Euro-Raum verlagern, dann fehlt dort den Geldinstituten dringend erforderliches Geld. Diesen Verlust an Geldmenge bei den spanischen Banken kann die allgemeine Geldpolitik der EZB nicht kompensieren. Deshalb müssen sich alle Sparer in der Währungsunion einigermaßen gleich sicher fühlen. Dann besteht auch kein Anreiz, die Gelder über die Grenze zu schaffen.

Diese gemeinsame europäische Einlagensicherung würde auch insofern Sinn machen, als dass deutsche Banken mit der Kreditvergabe an spanische Banken im Zuge einer komplett absurden und offensichtlichen Immobilienblase wesentliche Mitschuld an der Situation in Spanien tragen. Wenn sie entsprechend in Zukunft für die von ihnen mit zu verantwortenden Pleiten spanischer Banken gerade stehen müssen, so trifft das teilweise keine Unschuldigen. Dabei muss aber sichergestellt sein, dass die Beiträge zur gemeinsamen Einlagensicherung nach dem Geschäftsgebaren bemessen sind und nicht alle Banken pauschal gleichermaßen zur Finanzierung herangezogen werden. Auch muss es einzelnen Bankengruppen unbenommen bleiben, über eine europäische Einlagensicherung hinaus z.B. als Sparkassen bzw. Genossenschaftsbanken an ihrem System der Institutssicherung festhalten zu dürfen.

Eingerichtet werden sollte daher ein **eigenständiger Europäischer Banken-Rettungsfonds,** der aus jährlichen Beiträgen der Banken, die nach den jeweils erzeugten Risiken gestaffelt werden, finanziert wird und damit den Staat von Lasten im Falle der Insolvenz freihält.

Hinsichtlich einer Europäisierung der Bankenaufsicht ist darauf zu drängen, dass eine schlagkräftige Aufsicht nicht erst bei ausbrechenden Krisen in die Geschäftspraxis einer Bank interveniert, sondern frühzeitig fragwürdige Geschäftsmodelle untersagt.

Ohne eine grundlegende Regulierung der Finanzmärkte ist die Bankenunion zum Scheitern verurteilt. Spekulatives Investmentbanking ohne Kundenauftrag, das im Absturz alle Kunden mitreißt, muss zerschlagen und ein gesamtwirtschaftlich dienendes Bankensystem, in dem Geldinstitute auch Pleite gehen können, transformiert werden.

Dabei greift die bloße Forderung nach einer Trennung des "normalen Kundengeschäfts" der Banken vom riskanten Investmentban-

king zu kurz. Nach der bildlichen Aufspaltung der Deutschen Bank in einen Bank- und einen Spielbank-Turm, wie sie Heiner Flassbeck so anschaulich vorschlägt, muss die Spielbank geschlossen werden. Denn selbst wenn die Geschäftsbanken von ihrem Casino-Geschäft eigentumsrechtlich getrennt würden, könnten die Spielbanken durch ihre Zockerei weiterhin die staatliche Refinanzierung durcheinanderbringen oder die Preise von Lebensmitteln und Rohstoffen spekulativ hochtreiben.

Die klare Botschaft muss sein: das Finanzsystem braucht keine Spielbanken! Hierauf hat auch Sigmar Gabriel mit seinem Thesenpapier zur Neuordnung der Banken und des gesamten Finanzsektors aufmerksam gemacht.(15) Ohne einen entmachteten Finanzsektor und hier insbesondere ohne eine entschiedene Politik gegen die als Schattenbanken operierenden Hedgefonds (16) wird am Ende auch der Euro scheitern.

Schattenbanken sind Unternehmen, die bankähnliche Geschäfte erledigen, ohne eine Banklizenz zu besitzen. Sie unterliegen daher nicht der Regulierung für Kreditinstitute und haben keinen Zugang zur Liquidität der Zentralbank. Die begrenzten nationalen und europaweiten Maßnahmen haben die Schattenbanken bislang nicht trockenlegen können.

Die Politik muss endlich begreifen, dass die Existenz der Schattenbanken eine Einladung zur Regulierungsvermeidung darstellt. Die Devise muss daher lauten: Gleiche Regeln für gleiches Geschäft. Für alle Aktivitäten auf den Finanzmärkten müssen die gleichen Anforderungen in Bezug auf Transparenz, Risikomanagement, Liquidität und Eigenkapital sowie auf eine geordnete Abwicklung im Insolvenzfall gelten - gleichgültig, ob die jeweiligen Akteure über eine Banklizenz verfügen oder nicht. Nur so lassen sich eine weitere Blase und damit die Neuauflage der gegenwärtigen Finanzmarktkrise verhindern.

Finanztransaktionsteuer:

Die Europäische Kommission hat einen Richtlinienentwurf über die Einführung einer Finanztransaktionsteuer (FTT) vorgelegt. Dies ist ein bedeutender Durchbruch für einen Vorschlag, für den sich bereits seit vielen Jahren Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Attac einsetzen, und der kürzlich auch die Unterstützung der deutschen und französischen Regierung gefunden hat. Eine europaweite Finanztransaktionsteuer auf sämtliche Finanzmarktgeschäfte und -produkte ist wegen des Widerstands von Ländern wie Großbritannien bislang nicht in Sicht. Mindestens neun Befürworterstaaten wollen eine solche Abgabe allerdings im Rahmen einer "verstärkten Zusammenarbeit" als Vorreiter einführen. Unter ihnen ist neben Frankreich auch Deutschland.

Der Richtlinienentwurf der Kommission hat viele der Elemente aufgegriffen, um die sich die AktivistInnen bemüht haben, einschließlich der Besteuerung von OTC-Derivaten, das Wohnsitzprinzip zur Vermeidung von Steuerumgehung und vor allem die Absicht, nicht nur öffentliche Einnahmen zu erzielen, sondern einen Regulierungsrahmen gegen Spekulation zu schaffen, insbesondere im Hochfrequenzhandel.

Schrumpfung des Finanzsektors

All die skizzierten Maßnahmen zielen nicht nur auf eine solidarische Refinanzierung von Schulden, sondern die Re-Regulierung des Finanzbereiches zielt letztlich auf eine Schrumpfung dieses Bereiches und eine Stärkung des realen Wirtschaftens. Die Expansion des Finanzsektors seit Beginn der 1990er Jahre und seiner Dominanz über die Realwirtschaft muss grundlegend rückgängig gemacht werden. Die Finanzunternehmen haben sich einen immer größeren Anteil des Volkseinkommens angeeignet und, nach einem kurzen Zwischenspiel, schütten sie erneut hohe Bonuszahlungen aus. Sie haben deutlich versagt, ihren finanziellen Beitrag zur Schaffung guter Arbeits-plätze zu leisten und durch die Schaffung eines massiven Überbaus aus Derivaten und anderen komplexen Wertpapieren haben sie eine Instabilität herbeigeführt, die nur drei Jahre nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 die Zukunft der europäischen Wirtschaften erneut gefährdet.

Die Hintergründe offenlegen

Der starke Anstieg der Staatsschulden ist nicht die Ursache der Krise, sondern vielmehr ihre Folge. Die Staaten mussten sich in den vergangenen vier Jahren massiv verschulden, erstens wegen der Maßnahmen zur Rettung der Banken, zweitens wegen der Stabilisierungsprogramme, die den Konjunktureinbruch infolge der Finanzkrise bremsen sollten, und drittens wegen des drastischen Rückgangs der Steuereinnahmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Sobald die Staatsschulden in die Höhe stiegen, nutzten dieselben Finanzunternehmen, die gerade noch von den Rettungsmaßnahmen profitiert hatten, die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, um gegen das jeweils schwächste Glied in der Kette zu spekulieren. Es ist untragbar, wie sehr inzwischen die südlichen Euro-Staaten und ihre als vermeintlich faul oder unfähig beschimpften Bevölkerungen für die Krise verantwortlich gemacht werden, anstatt der Nieten in Nadelstreifen in den europäischen Großbanken und in der staatlichen Finanzregulierung und -aufsicht.

Sinnvoll investieren, statt sinnlos sparen

Von den Regierungen der EU wird Sparpolitik als Allheilmittel angesehen. Die Wirtschaftskrise fordert einen hohen Tribut von der Gesellschaft, in Form von Beschäftigungsrückgang, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Teilzeit- und befristeten Arbeitsverträgen sowie zunehmender Ungleichheit und Armut. Die Rettung Europas kann nur gelingen, wenn sich die EU und die Staaten endlich vom Diktat der Finanzmärkte befreien und die Belastung der Wirtschaft durch immer neue Kürzungsprogramme beenden.

Um den Gefahren einer erneuten Rezession entgegenzuwirken, ist ein **umfangreiches Programm öffentlicher Investitionen** erforderlich. Solche Investitionen sollten Teil einer langfristigen Strategie zur Förderung von Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit sein und auf nationaler Ebene sowie auf EU-Ebene angeregt werden, einschließlich eines ambitionierten Plans zur Förderung von Investitionen in den Ländern, die von der Krise am stärksten betroffen sind.

Für die Finanzierung dieser Programme könnte die Europäische Investitionsbank in großem Umfang herangezogen werden, die bereits ermächtigt ist, Schuldverschreibungen zur Finanzierung ihrer Aktivitäten herauszugeben

Übergangsweise müssten in den Krisenstaaten private Investitionen durch ein System von staatlichen Anreizen in eine Richtung gelenkt werden, das sich mittelfristig an den Zielen einer modernisierten Wirtschaftsstruktur orientiert. Zu den Instrumenten dieser Politik zählen etwa Landesentwicklungspläne und Raumordnungsprogramme, die zu einem langfristigen staatlichen Infrastrukturkonzept ausgebaut werden sollen.

Die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU vorgegebenen und von den Programmen der EU und des IWF geforderten Sparpolitiken sind wirtschaftlich kontraproduktiv, weil dadurch das Wirtschaftswachstum belastet wird. In sozialer Hinsicht sind sie gefährlich, da sie viele Mitgliedsländer in die Armut treiben und zu einer stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung führen. Aufgrund der durch die Krise verschärften sozialen Konflikte bereiten die Sparmaßnahmen den Nährboden für politische Spannungen, wenn nicht sogar für politische Instabilität, zumal der Rechtspopulismus zunimmt.

Ein neues Europa denken

Die aktuelle Politik, die finanzielle Unterstützung für Griechenland und andere Mitgliedsstaaten von der Durchführung von

drakonischen Sparmaßnahmen abhängig macht, ist sozial ungerecht. Außerdem treibt sie die Länder in noch schwerere Rezessionen, was es ihren Regierungen zusätzlich erschwert, ihre Schulden zu reduzieren.

Die Europäische Währungsunion war von Anfang an eine Fehlkonstruktion, weil die Vereinheitlichung der Geldpolitik nicht durch eine Koordination der Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik ergänzt wurde. Eine einheitliche Geldpolitik für eine Gruppe von Ländern mit recht unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsmärkten und Unternehmenslandschaften führt unter Konkurrenzbedingungen notwen-digerweise dazu, dass sich die Unterschiede dieser Länder eher verstärken.

Die EU - und in noch stärkerer Form die Euro-Zone - ernten mit der derzeitigen Krise daher die Früchte ihres Leitbildes: Im Wettlauf gibt es nur einen oder wenige Gewinner, und Gewinner gibt es nur, wo es auch Verlierer gibt. Und die Verlierer werden nun mal - auch das eine unausweichliche Konsequenz der Marktlogik - von den Märkten abgestraft, gehen Bankrott und verschwinden vom Markt. Aber wohin sollen eigentlich die EU-Mitgliedsländer verschwinden, die im Staatenwettlauf verlieren? Soll Griechenland vom "Staaten-Markt" verschwinden und die Belegschaft der Griechenland AG - sprich die griechische Bevölkerung - sich eine neue Wirkungsstätte suchen?

Ein neues Europa in einer Ausgleichsunion

Die Währungspolitik muss durch eine gemeinsame Fiskal- sowie eine kohärente Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt werden. Das Ziel dieser Erweiterungen ist die Förderung von Vollbeschäftigung mit guter Arbeit bei Förderung eines Strukturwandels in Richtung einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise. Um diesen Prozess zu befördern und insbesondere die großen Handelsungleichgewichte in der Euro-Zone endlich zu überwinden, schlagen wir die Ablösung des Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU durch eine "Europäische Ausgleichsunion" (17) vor.

Ausgangspunkt der Europäischen Ausgleichsunion ist die verbindliche Einrichtung von Obergrenzen für Leistungsbilanzungleichgewichte. Pro Jahr soll ein Land in der Ausgleichsunion nur noch Leistungsbilanzüberschüsse bzw. -defizite von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) machen dürfen. Dieser kurzfristige Puffer für konjunkturelle Schwankungen wird ergänzt um eine längerfristige Begrenzung der Ungleichgewichte auf den Umfang der jährlichen Exporterlöse. Wenn in einem Land X mit einem BIP von 100 Euro ähnlich wie in Deutschland 50 Prozent des BIP im Exportsektor erwirtschaftet wird, dann darf dieses Land kurzfristig Leistungsbilanzüberschüsse oder -defizite von nicht mehr als drei Euro pro Jahr machen. Über die Jahre aufaddiert dürfen die Überschüsse bzw. Defizite auf nicht mehr als 50 Prozent des BIP, also auf 50 Euro, ansteigen.

Um dies zu erreichen, wird ein mehrstufiges Verfahren von Sanktionen und Anreizen geschaffen. Sobald das Land X die Hälfte der zulässigen Obergrenze von 50 Euro erreicht hat, bekommt es - ähnlich wie beim heutigen Stabilitätspakt - von der Europäischen Kommission einen Blauen Brief. Darin wird das Land aufgefordert, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament einen Plan vorzulegen, wie es seine Überschüsse bzw. Defizite abbauen will. Sollte der Plan nicht akzeptiert werden oder das Land seine Verpflichtungen zum Abbau der Ungleichgewichte nicht einhalten, muss das Land nachbessern und erneut vor Rat und Parlament Rechenschaft ablegen.

Parallel zu diesem Vertragsverletzungsverfahren gibt es finanzielle Sanktionen, bei dem Länder für ihre angesammelten Überschüsse bzw. Defizite ab bestimmtem Schwellenwerten schrittweise eskalierende Strafgebühren bezahlen müssen. Diese Strafgebühren sind selbstverständlich von den nationalen Regierungen zu zahlen und nicht von einzelnen Exporteuren oder Importeuren.

Die Strafgebühren fließen in einen Fonds, der Projekte zum Strukturwandel und zum Ausgleich der Leistungsbilanzen in Überschuss- und Defizitländern finanziert. Im besten Fall kommt es nicht zu Strafgebühren und Vertragsverletzungsverfahren, weil die beteiligten Länder dadurch den Anreiz haben, ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Strukturpolitik frühzeitig zu koordinieren, um größere Ungleichgewichte gar nicht erst entstehen zu lassen.

Über die hier zusammengestellten Maßnahmen hinaus gibt es sicherlich noch weitere Schritte, wie die Europäische Währungsunion vor dem Zusammenbruch geschützt werde kann. Eins steht für uns aber fest:

Ohne einen grundlegenden Politikwechsel in der von uns skizzierten Richtung, hat die Währungsunion keine Zukunft.

Ein soziales und demokratisches Europa, für das es sich zu streiten lohnt, ist ohne einen solchen Richtungswechsel für uns nicht vorstellbar.

Prof. Dr. Rudolf Hickel, Gründungsdirektor des und Forschungsleiter am "Institut Arbeit und Wirtschaft" (IAW, Bremen), Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und Mitherausgeber der "Blätter für deutsche und internationale Politik".

Dr. Axel Troost, Volkswirt, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, seit 1979 Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Fußnoten

1)
Vgl. den Beitrag "Euroland bald abgebrannt? Die Währungsunion am Scheideweg" in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2012 und neben aktuellen Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe das bereits im Frühjahr 2011 erschienene Sondermemorandum "Euroland in der Krise: Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion"[1] der Arbeitsgruppe

2)
Eine innere Abwertung erfolgt, wenn das Preisniveau im Inland langsamer steigt als im Ausland. Wenn die Löhne im Inland längerfristig langsamer steigen als im Ausland, fällt auch die Inflation im Inland niedriger aus als im Ausland. Wenn der Wechselkurs nach außen gleich bleibt oder in einer Währungsunion gar kein Wechselkurs mehr existiert, dann führt eine innere Abwertung zu einer steigenden Wettbewerbsfähigkeit. Das Ausland hingegen kann seine Produkte immer schlechter absetzen und rutscht in eine Schuldenkrise.

3)
Vgl. die Sichtweisen zur ökonomischen und politische Krise des Euro sowie Vorschläge zur Frage wie es mit dem Euro weitergeht: "Freude schöner Götterfunken?" Online-Dossier; "Blätter"[1]-Beiträge 18/2012 auf

4)
Vgl. die Kritik am Maastrichter Vertrag in: Rudolf Hickel, Standort-Wahn und Euro-Angst, Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek 1998

5)
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Sondergutachten Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen[1], 5. Juli 2012, Ziff. 16

6)
Die Wissenschaftlergruppe, die gegen den Maastrichter Vertrag geklagt hatten, hat mit weiteren Experten ein neues Buch vorgelegt: Wilhelm Hankel u.a., Gebt uns unsere D-Mark zurück - Fünf Experten beantworten die wichtigsten Fragen zum kommenden Staatsbankrott, Rottenburg 2012

7)
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, a.a.0., Ziff. 46-48

8)
WirtschaftsWoche[1], 12.05.2012

9)
P. Bofinger / J. Habermas / Julian Nidda-Rümelin, Für einen Kurswechsel in der Europa-Politik[1].

10)
Für das Gesamtvolumen der europäischen Rettungsschirme haften die Euro-Mitgliedsländer nach ihrem EZB-Anteil. Als logische Konsequenz haften die Krisenländer für die an sie vergebenen Kredite anteilig selbst mit. Da dieser Haftungsanteil von den Finanzmärkten aber plausiblerweise nicht als zuverlässige Sicherheit angesehen wird, muss eine Anleihe der Rettungsschirme entsprechend "übersi-chert" werden, d.h. für eine Anleihe von 1 Eu-ro wird eine Garantie von 1,40 Euro benötigt.

11)
Vgl. den Kommentar Robert von Heusinger, Die EZB muss rasch Anleihen aufkaufen[1], in Frankfurter Rundschau vom 1.8.2012.

12)
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erneuert im Sondergutachten vom 5. Juli 2012 aus dem

Jahresgutachten 2012/13, Ziff. 15-44
13)
Jacques Delpla / Jakob von Weizsäcker, Eurobonds: The Blue Bond Concept and its Implication[1].
14)
Wieslaw Jurczenko, Europäischer Bankensozia-lismus; in: "Blätter für deutsche und internationale Politik" 8/2012, S. 5 - 8
15)
Das Thesenpapier[1] von Sigmar Gabriel.
16)
Nicola Liebert / Rainald Ötsch / Axel Troost, Der graue Markt der Schattenbanken[1]. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2012.
17)
Axel Troost und Lisa Paus 2011: Eine Europäische Ausgleichsunion - Die Währungsunion 2.0.[1] In: Institut Solidarische Moderne (Hg.): Schriftenreihe Denkanstöße, sowie weiterentwickelt: Axel Troost und Philipp Hersel, Die Euro-Krise als Zäsur: Eine neue Finanz-, Geld-, und Wirtschaftspolitik in Europa[2].

Weitere Beiträge, Stellungnahmen zum Euro:

Attac Deutschland, Wissenschaftlicher Beirat: Manifest zur Krise des Euro (März 2011)
Die Schuldenkrise der Staaten kann nur durch grundlegende Reformen des globalen Finanzsystems und der EU überwunden werden , http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/stellungnahmen/

Christian Felber: Rettungsprogramm für den Euro (SiG 95), http://sandimgetriebe.attac.at/10063.html

Conrad Schuhler, ISW: Das Euro-Debakel – Was wird aus Europa? (SiG 96) http://sandimgetriebe.attac.at/10109.html

Programm von Syriza: http://sandimgetriebe.attac.at/10124.html

http://www.attac.de/aktuell/eurokrise/

ISW-München

Euro-Zone
Inkasso für die Banken
Zerbricht der Euro?
Kraft für ein soziales Europa?
http://www.isw-muenchen.de/report900.html



Euro-Krise und die Alternativen der Linken, in : „Z“ - Zeitschrift marxistische Erneuerung
http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/



Husson: Eine kooperative Lösung für Europa

Einige Auszüge eines Aufsatzes, der in Sand im Getriebe im Nov. 2011 erschienen ist:

"Es gibt aus der Krise keinen günstigen Ausgang ohne eine signifikante Verände-rung der Einkommensverteilung. Diese Frage steht noch vor der des Wachstums. Sicher wäre ein stärkeres Wachstum günstig für die Beschäftigung und die Löhne (wobei dieses noch unter einem ökologi-schen Gesichtspunkt zu diskutieren wäre) aber auf jeden Fall kann man nicht auf diese Variable setzen, wenn zur selben Zeit die Verteilung der Einkommen immer ungleicher wird.
Man muss also die Ungleichheiten in die Zange nehmen: auf der einen Seite durch die Erhöhung der gesamten Lohnsumme, auf der anderen Seite durch eine Steuer-reform." (…)

(„Raus aus dem Euro“ lehnt Husson ab)

"Die fortschrittlichen Lösungen sind jedoch kooperativ. Je mehr Länder einbezogen werden, desto besser funktionieren sie. Würden alle europäischen Länder die Arbeitszeit verkürzen und Kapitalerträge besteuern, könnten durch diese Koordinie-rung die zu erwartenden Gegenschläge verhindert werden, mit denen eine solche politische Strategie rechnen müßte, wenn sie nur in einem Land durchgesetzt würde. Es muss also der Weg einer Erweiterungs-strategie geklärt werden, die von einer echten linken Regierung verfolgt werden kann:

Man führt im Alleingang die „richtigen“ Maßnahmen durch (z. B. die Besteuerung von Finanztransaktionen)
Dazu kommen Schutzmaßnahmen (z. B. eine Kontrolle des Kapitals)
Man nimmt das politische Risiko auf sich, gegen die europäischen Regeln zu verstoßen
Man schlägt vor, diese zu verändern, indem die durchgeführten Maßnahmen auf europäische Ebene ausgeweitet werden.
Man schließt die Kraftprobe nicht aus und man droht mit dem Austritt aus dem Euro.“

http://sandimgetriebe.attac.at/9843.html:

Peter Bofinger, Jürgen Habermas und Julian Nida-Rümelin

Kurswechsel für Europa

Einspruch gegen die Fassadendemokratie

3.8.2012
Die Euro-Krise spiegelt das Versagen einer perspektivlosen Politik. Der Bundesregierung fehlt der Mut, einen unhaltbar geworden Status quo zu überwinden. Das ist die Ursache dafür, dass sich trotz umfangreicher Rettungsprogramme und kaum noch zu zählender Krisengipfel die Situation des Euroraums in den beiden vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert hat.
Griechenland droht nach dem wirtschaftlichen Absturz der Austritt aus dem Euro, was mit unkalkulierbaren Kettenreaktionen für die übrigen Mitgliedsländer verbunden wäre. Italien, Spanien und Portugal sind in eine schwere Rezession geraten, die die Arbeitslosigkeit immer weiter steigert.
Die ungünstige konjunkturelle Entwicklung der Problemländer verschärft die ohnehin labile Situation der Banken, und die wachsende Unsicherheit über die Zukunft der Währungsunion führt dazu, dass Anleger immer weniger bereit sind, Anleihen der Problemländer zu erwerben. Steigende Zinsen für Staatsanleihen, aber auch die immer schlechtere wirtschaftliche Lage erschweren wiederum die ohnehin nicht einfachen Konsolidierungsprozesse.

Die EU könnte eine Avantgardefunktion übernehmen

Diese sich selbst verstärkende Destabilisierung ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass die Krisenbewältigungsstrategien nicht über die Schwelle einer Vertiefung der Europäischen Institutionen hinausgegangen sind. Die Tatsache, dass sich die Krise in den Jahren kopflos inkrementalistischer Behandlungsversuche nur verschärft hat, macht den Mangel an politischer Gestaltungskraft offensichtlich.
Die Rechtfertigung eines großen Integrationsschrittes ergibt sich jedoch nicht nur aus der aktuellen Krise des Euroraums, sondern gleichermaßen aus der Notwendigkeit, das Unwesen des gespenstischen Paralleluniversums, das die Investmentbanken und Hedgefonds neben der realen, Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft aufgebaut haben, durch eine Selbstermächtigung der Politik wieder einzufangen.
Die erforderlichen Maßnahmen zu einer Re-Regulierung liegen auf der Hand. Aber sie kommen nicht zum Zuge, weil einerseits eine Implementierung dieser Maßnahmen im nationalstaatlichen Rahmen kontraproduktive Folgen hätte und andererseits die 2008 auf dem ersten Londoner G-20 Gipfel beschlossenen Regulierungsabsichten ein weltweit koordiniertes Handeln erfordern würden, das einstweilen an der politischen Fragmentierung der Staatengemeinschaft scheitert.

Eine so große Wirtschaftsmacht wie die EU, mindestens aber die Eurozone, könnte in dieser Hinsicht eine Avantgardefunktion übernehmen. Nur mit einer deutlichen Vertiefung der Integration lässt sich eine gemeinsame Währung aufrechterhalten, ohne dass es einer nicht endenden Kette von Hilfsmaßnahmen bedarf, die die Solidarität der europäischen Staatsvölker im Währungsraum auf beiden Seiten, der Geber- und wie der Nehmerländer, langfristig überfordern würde.
Eine Souveränitätsübertragung auf Europäische Institutionen ist dafür jedoch unvermeidlich, um Fiskaldisziplin wirksam durchzusetzen und zudem ein stabiles Finanzsystem zu garantieren. Zugleich bedarf es einer stärkeren Koordinierung von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedländer mit dem Ziel, die strukturellen Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen.

Die bisherigen Lösungsansätze waren unzureichend

Die Verschärfung der Krise zeigt, dass die bisher von der Bundesregierung in Europa durchgesetzte Strategie auf einer falschen Diagnose beruht. Die aktuelle Krise ist keine Eurokrise. Der Euro hat sich als stabile Währung erwiesen. Die aktuelle Krise ist auch keine europaspezifische Schuldenkrise.
Im Vergleich mit den beiden Wirtschaftsräumen Amerika und Japan sind EU und, innerhalb der EU, der Euroraum am wenigsten verschuldet. Die Krise ist eine Refinanzierungskrise einzelner Staaten des Euroraums, die in erster Linie einer unzureichenden institutionellen Absicherung der gemeinsamen Währung geschuldet ist.
Die Eskalation der Krise verdeutlicht, dass die bisherigen Lösungsansätze unzureichend waren. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Währungsunion ohne einen grundlegenden Strategiewechsel in ihrer jetzigen Form nicht mehr lange überleben wird. Der Ausgangspunkt für eine konzeptuelle Neuausrichtung ist eine klare Diagnose der Krisenursachen.

Die Bundesregierung scheint davon auszugehen, dass die Probleme im Wesentlichen durch mangelnde Fiskaldisziplin auf der nationalen Ebene verursacht sind und dass die Lösung primär in einer konsequenten Sparpolitik der einzelnen Länder zu suchen ist. Institutionell sollte dieser Ansatz in erster Linie durch striktere Fiskalregeln und, ergänzend, durch quantitativ begrenzte, mit Konditionen versehene Rettungsschirme abgesichert werden, die die betroffenen Länder zu einer scharfen Austeritätspolitik zwingen.

Zwei Strategien zur Überwindung der aktuellen Krise

Tatsächlich hat diese Politik die Wirtschaftskraft geschwächt und die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen. Es ist ist den Problemländern trotz einer im internationalen Vergleich ungewöhnlich strengen Sparpolitik und vielfältigen Strukturreformen bisher nicht gelungen, ihre Refinanzierungskosten auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Die Entwicklungen der letzten Monate sprechen somit dafür, dass die Diagnose und Therapie der Bundesregierung von Anfang an zu eindimensional angelegt war. Die Krise ist nicht allein auf nationales Fehlverhalten, sondern zu einem erheblichen Teil auf systemische Probleme zurückzuführen.
Diese sind durch Anstrengungen auf der nationalen Ebene nicht zu bewältigen, sie erfordern eine systemische Antwort. Nur durch eine gemeinschaftliche Haftung für Staatsanleihen des Euroraums kann das für die derzeitige Instabilität der Finanzmärkte konstitutive individuelle Insolvenzrisiko eines Landes beseitigt oder zumindest begrenzt werden.
Die Bedenken, dass damit Fehlanreize gesetzt werden könnten, sind allerdings sehr ernst zu nehmen. Ihnen kann nur dadurch Rechnung getragen werden, dass die gemeinschaftliche Haftung mit einer strikten gemeinschaftlichen Kontrolle über die nationalen Haushalte einhergeht. Allein das für eine Gemeinschaftshaftung erforderliche Maß an fiskalischer Kontrolle wird nicht mehr im Rahmen der nationalen Souveränität über vertragliche vereinbarte Regeln zu realisieren sein.
Es gibt nur zwei in sich stimmige Strategien zur Überwindung der aktuellen Krise: entweder die Rückkehr zu nationalen Währungen in der EU insgesamt, die jedes einzelne Land den unberechenbaren Schwankungen hochspekulativer Devisenmärkte aussetzen würde, oder aber die institutionelle Absicherung einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Euroraum mit dem weitergehenden Ziel, die verlorene Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Imperativen des Marktes auf transnationaler Ebene wiederzugewinnen.

Weichenstellung für eine Politische Union

Aus einer über die aktuelle Krise hinausgreifenden Perspektive hängt daran auch das Versprechen eines „sozialen Europas“. Denn nur für ein politisch geeintes Kerneuropa besteht die Aussicht, den inzwischen fortgeschrittenen Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme

Fassadendemokratie umkehren zu können. Schon wegen der Verknüpfung mit dieser ausgreifenden Perspektive verdient die zweite Option den Vorzug vor der ersten.
Wenn man die Rückkehr zum monetären Nationalismus ebenso vermeiden will wie eine Eurokrise auf Dauer, muss der Schritt nachgeholt werden, der bei der Einführung der gemeinsamen Währung versäumt wurde: nämlich, die Weichen für eine Politische Union zu stellen, und zwar zunächst im Kerneuropa der 17 EWU-Mitgliedstaaten.

„No taxation without representation"

Wir plädieren dafür, nichts zu verschleiern: Wer an der gemeinsamen Währung festhalten möchte, muss auch eine gemeinsame Verantwortung befürworten, muss das institutionelle Defizit im Euroraum überwinden. Der Charme des von der Bundesregierung abgelehnten Vorschlags des Sachverständigenrats zur Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds besteht gerade darin, dass er die Illusion fortgesetzter einzelstaatlicher Souveränität durch eine offen etablierte gemeinsame Verantwortung beendet.
Es wäre allerdings konsequenter, die Verschuldung jeweils innerhalb der Maastricht-Kriterien, also bis zu einer Höhe von sechzig Prozent (statt den darüber hinausgehenden Anteil) zu vergemeinschaften.
Solange die Regierungen nicht sagen, was sie faktisch tun, höhlen sie die schwachen demokratischen Grundlagen der Europäischen Union noch weiter aus. Der Schlachtruf des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes „No taxation without representation" findet heute eine überraschende Lesart: Sobald wir in der Eurozone den Spielraum für Politiken schaffen, die über nationale Grenzen hinweg Umverteilungseffekte zur Folge haben, muss auch ein europäischer Gesetzgeber, der die Bürger (unmittelbar über das Europäische Parlament und mittelbar über den Rat) vertritt, über diese Politiken beschließen können. Sonst verstoßen wir gegen das Prinzip, dass der Gesetzgeber, der über die Verteilung der Staatsausgaben beschließt, mit dem demokratisch gewählten Gesetzgeber identisch ist, der für diese Ausgaben Steuern erhebt.

Die Bundesrepublik sollte die Initiative ergreifen

Allerdings sollte die historische Erinnerung an die Einigung des Deutschen Reiches, die vielen Landesteilen dynastisch oktroyiert wurde, gerade uns eine Warnung sein. Die Finanzmärkte dürfen jetzt nicht mit komplizierten und schwer durchschaubaren Konstruktionen befriedigt werden, während die Regierungen stillschweigend in Kauf nehmen, dass ihren Völkern eine zentralisierte, aber über deren Köpfen verselbständigte Exekutivgewalt übergestülpt wird. An dieser Schwelle müssen die Völker selbst zu Worte kommen.
Die Bundesrepublik sollte, als Repräsentantin des größten „Geberlandes" im Europäischen Rat, die Initiative zu einem Beschluss über die Einberufung eines Verfassungskonvents ergreifen. Nur auf diesem Wege könnte der unvermeidliche Zeitenabstand zwischen den fälligen, aber einstweilen noch widerrufbaren ökonomischen Sofortmaßnahmen und der gegebenenfalls nachholenden Legitimation überbrückt werden. Mit einem positiven Ausgang der Referenden könnten die europäischen Völker die Souveränität, die ihnen von „den Märkten" längst geraubt worden ist, auf europäischer Ebene wiedergewinnen.

Keine Vergemeinschaftung durch die Hintertür

Die Strategie der Vertragsänderung zielt auf die Gründung eines politisch geeinten, kerneuropäischen Währungsgebietes, das für Beitritte anderer EU-Länder, insbesondere Polens, offen steht. Das erfordert klare verfassungspolitische Vorstellungen von einer supranationalen Demokratie, die ein gemeinsames Regieren erlaubt, ohne die Gestalt eines Bundesstaates anzunehmen.
Der europäische Bundesstaat ist das falsche Modell und überfordert die Solidaritätsbereitschaft der historisch eigenständigen europäischen Völker. Die heute fällige Vertiefung der Institutionen könnte sich von der Idee leiten lassen, dass ein demokratisches Kerneuropa die Gesamtheit der Bürger aus den EWU-Mitgliedsstaaten repräsentieren soll, aber jeden einzelnen in seiner doppelten Eigenschaft als direkt beteiligten Bürger der reformierten Union einerseits, als indirekt beteiligtes Mitglied eines der beteiligten europäischen Völker andererseits.
Es ist nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht den politischen Parteien mit der Anordnung eines verfassungsändernden Plebiszits die Initiative abnimmt. Dann könnten diese sich um eine Positionierung zur bisher verschleierten Alternative nicht länger herumdrücken. Eine von SPD, CDU und Grünen getragene Initiative zur Einsetzung eines Verfassungskonvents, über dessen Ergebnisse gleichzeitig (aber nicht vor Ablauf der nächsten Wahlperiode) mit dem Verfassungsplebiszit abgestimmt werden könnte, erschiene dann nicht mehr illusorisch.
Im Hinblick auf die Bundesrepublik halten wir es für aussichtsreich, dass eine Parteienallianz im Laufe einer solchen, zum ersten Mal stattfindenden öffentlichen Meinungs- und Willensbildung über eine europapolitische Alternative die Mehrheit der Wähler von den Vorzügen einer Politischen Union überzeugen könnte.

Ein Abschied von der Weltgeschichte?

Die vier Jahre währende Krise hat einen Thematisierungsschub ausgelöst, der die Aufmerksamkeit der nationalen Öffentlichkeiten wie nie zuvor auf europäische Fragen lenkt. Dadurch ist ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der Finanzmarktregulierung und der Überwindung der strukturellen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone geweckt worden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus konnte eine vom avanciertesten Sektor, den Banken, ausgelöste Krise nur noch in der Weise aufgefangen werden, dass die Regierungen ihre Bürger in der Rolle von Steuerzahlern für den eingetretenen Schaden aufkommen lassen.
Damit ist eine Schranke zwischen systemischen und lebensweltlichen Prozessen durchbrochen worden. Die Bürger empfinden das zu Recht als empörend. Das weit verbreitete Gefühl verletzter Gerechtigkeit erklärt sich daraus, dass anonyme Marktprozesse in der Wahrnehmung der Bürger eine unmittelbar politische Dimension angenommen haben. Dieses Gefühl verbindet sich mit der verhaltenen oder offenen Wut über die eigene Ohnmacht. Dem sollte eine auf Selbstermächtigung abzielende Politik entgegentreten.
Eine Diskussion über die finalité des Einigungsprozesses böte die Gelegenheit, den bisher auf wirtschaftliche Fragen eingeengten Fokus der öffentlichen Diskussion zu erweitern. Die Wahrnehmung der weltpolitischen Machtverschiebung von West nach Ost und das Gespür für eine Veränderung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten rücken die synergetischen Vorteile einer europäischen Einigung in ein anderes Licht.
In der postkolonialen Welt hat sich die Rolle Europas nicht nur im Rückblick auf die fragwürdige Reputation ehemaliger Imperialmächte verändert, ganz zu schweigen vom Holocaust. Auch die statistisch gestützten Zukunftsprojektionen sagen Europa das Schicksal eines Kontinents von schrumpfender Bevölkerung, abnehmendem ökonomischem Gewicht und schwindender politische Bedeutung voraus.
Die europäischen Bevölkerungen müssen lernen, dass sie ihr sozialstaatliches Gesellschaftsmodell und die nationalstaatliche Vielfalt ihrer Kulturen nur noch gemeinsam behaupten können. Sie müssen ihre Kräfte bündeln, wenn sie überhaupt noch auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme Einfluss nehmen wollen. Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte.

Wie dieser Essay entstand: Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der SPD, hatte Jürgen Habermas besucht und ihn um einen Beitrag für das Regierungsprogramm seiner Partei gebeten. Später gesellten sich der Philosoph Julian Nida-Rümelin und der Ökonom Peter Bofinger hinzu.

Quelle: F.A.Z.
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/kurswechsel-fuer-europa-einspruch-gegen-die-fassadendemokratie-11842820.html

Samir Amin
Krieg gegen China im Kontext der Strategie der "Triade"?

Die Welt aus der Sicht des Südens:

„...Wir haben einen historischen Moment, der für das Volk gerade günstig ist..."

Irene León, Journalistin in Ecuador, interviewt Samir Amin

Irene León: Wir können in diesem Austausch den Fokus auf drei unterschiedliche aber doch zusammenhängende Probleme lenken:
- Ihre Vision einer anderen Welt;
- Ihre politischen Konzepte rund um die Implosion des Kapitalismus
- Ihre Analyse der weltweiten Zusammenhänge unter der besonderen Perspektive aus dem Nahen Osten und aus Afrika.

Samir Amin: Um diese nicht gerade einfache Frage zu beantworten, müssen wir das Thema in drei Abschnitte aufteilen.
Zuerst müssen wir uns fragen, was sind denn die besonderen Charakteristika des Kapitalismus unserer Zeit, nicht des Kapitalismus im Allgemeinen, sondern des Kapitalismus in unserer Zeit, welche neuen Elemente enthält er und was ist so charakteristisch daran.
An zweiter Stelle müssen wir die Natur der aktuellen Krise betrachten, die ich, anders als andere Krisen, definiere als die Implosion des Kapitalismus unserer Zeit.
An dritter Stelle müssen wir analysieren, wie sehen die vorherrschenden Strategien und die reaktionären Kräfte aus, die Kräfte des herrschenden Kapitals der imperialistischen Triade: USA, Europa, Japan und ihrer reaktionären Alliierten auf der ganzen Welt. Nur wenn wir das verstanden haben, können wir die Herausforderungen für die Länder des Südens, für die Schwellenländer und alle übrigen Länder bemessen.

1.

Meine These über die Natur des kapitalistischen Systems unserer Zeit – man könnte bescheidener Weise auch von einer "Hypothese" sprechen, weil die Diskussion noch im Gange ist – sagt, wir sind in eine neue Phase des **Monopol-Kapitalismus** eingetreten. Es handelt sich um eine **Etappe von neuer Qualität**. Ihr Kennzeichen ist das zentralisierte Kapital. Die Konzentration hat einen Punkt erreicht, von dem dieser Monopol-Kapitalismus alles kontrolliert.
Das Konzept des "Monopol-Kapitalismus" ist allerdings nicht ganz neu. Es wurde schon zum Ende des 19. Jahrhunderts geprägt und es entwickelte sich seither in sukzessiven Phasen während des ganzen 20. Jahrhunderts; aber von 1970 bis 1980 erreichte es eine qualitativ neue Etappe. Aktuell gibt es keine wie immer geartete kapitalistische Wirtschaftstätigkeit, die autonom und unabhängig vom Monopol-Kapitalismus wäre. Er kontrolliert alle Aktivitäten, auch wenn sie einen Anschein von Autonomie bewahren. Ein Beispiel von vielen ist die Landwirtschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dort kontrollieren die Monopolisten alles. Sie liefern das Material, das ausgewählte Saatgut, die Spritz- und Düngemittel, die Kredite und die Vermarktung der Produkte.

Das ist ein qualitativ entscheidender Wandel, den ich als "Universal-Monopol" bezeichnen möchte. Das heißt: es umfasst alle Bereiche. Daraus entstehen substantielle und wichtige Konsequenzen.

An erster Stelle wurde die bürgerliche **Demokratie** total entmachtet. Vorher bestand sie im Gegenüber von Links und Rechts, das entsprach mehr oder weniger den bürgerlichen und gesellschaftlichen Allianzen, mit unterschiedlichen Konzepten für die Wirtschaftspolitik. Die aktuellen Beispiele zeigen, dass in den USA diese Konzepte der Demokraten und der Republikaner, in Frankreich die der Sozialisten von François Hollande und der die Konservativen von Nicolas Sarkozy einander mehr oder weniger gleichen. Das bedeutet: sie sind alle auf der Linie, die vom Monopol-Kapitalismus vorgegeben wird.
Diese erste Folgeerscheinung beinhaltet einen Wandel im politischen Leben. Diese entmachtete Demokratie ist zu einer Farce verkommen, wie man an den Primaries in den USA sehen kann. Dieses Universal-Monopol hat aus den USA eine Nation von "Narren" gemacht. Das ist schlimm, weil sich die Demokratie nicht mehr artikuliert.

Die zweite Folgeerscheinung ist ein "Universal-Kapitalismus". Er ist die objektive Ursache der Gefahr, die ich den **"kollektiven Imperialismus" der Triade USA-Europa-Japan** nennen möchte. Ich möchte diesen Punkt mit aller Vehemenz unterstreichen, denn damit kann ich meine Hypothese gut verteidigen. Es gibt keine großen Widersprüche zwischen USA, Europa und Japan. Es gibt eine schwache wirtschaftliche Konkurrenz, aber was die Weltpolitik betrifft, sind alle auf der von den USA vorgegebenen Linie. Die so genannte "Staatengemeinschaft" kopiert die Vorgaben der USA. Nach drei Minuten erscheinen die europäischen Botschafter mit den Komparsen der großen Demokratien, wie der Emir von Katar oder der König von Saudi Arabien. Die Vereinten Nationen sind zu einer Karikatur verkommen.

Diese Transformation trifft das Fundament. Der Übergang vom Monopol-Kapitalismus zum "Universal-Monopol-Kapitalismus" erklärt die Herrschaft des Finanzkapitalismus, denn diese Universal-Monopole haben die Macht, alle wirtschaftlichen Aktivitäten zu kontrollieren. Sie schaffen jedes Mal auf der ganzen Welt irgendeine Blase und benützen sie als monopolistische, imperialistische Aufstiegsrampe. Damit wird die Basis für die Ungleichheiten gelegt und die Standards für das Wachstum in den Ländern des Nordens und der Triade USA-Europa-Japan festgelegt.

2.

Damit komme ich zum zweiten Punkt: Dieses System steckt in der **Krise,** ja mehr noch, es handelt sich nicht nur um eine Krise: **Es ist eine Implosion**. Dieses System ist unfähig, sich aus eigener Kraft zu erhalten, das heißt, es ist das Opfer der eigenen internen Widersprüche.

Dieses System implodiert nicht, weil es von den Menschen attackiert wurde, sondern wegen seines eigenen "Erfolges". Der Erfolg ist, dass es gelungen ist, von den Menschen zu verlangen, dass sie eine **Schwindel erregende Zunahme der Ungleichheiten** ertragen. Das ist nicht nur ein sozialer Skandal, sondern es ist einfach inakzeptabel, aber die Akzeptanz wird aufhören, wenigstens die widerspruchslose Akzeptanz. Das ist nicht die Ursache der Implosion, sondern das System hat es geschafft, dass es sich aus eigener Kraft nicht mehr erhalten kann.

3.

Damit komme ich zur dritten Ebene, die mit der **Strategie der herrschenden reaktionären Kräfte** in Zusammenhang steht. Ich verstehe unter den vorherrschenden reaktionären Kräften das allgemein verbreitete Monopolkapital der historisch gewachsenen imperialistischen Triade USA-Europa-Japan, um die sich alle

reaktionären Kräfte weltweit scharen, die sich in unterschiedlichen Formen als lokale hegemoniale Blöcke gruppieren, auf der ganzen Welt diese reaktionäre Vorherrschaft aufrechterhalten und sich ihr verpflichten. Diese reaktionären lokalen Kräfte sind extrem verbreitet und je nach Land sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Die politische Strategie der vorherrschenden Kräfte, d.h. des allgemein verbreiteten Monopolkapitals wird finanziert durch die historisch gewachsene imperialistische Triade: USA-Westeuropa-Japan, die sich durch die Identifikation mit einem **gemeinsamen Feind** definiert. Der Feind wird für sie durch **Schwellenländer wie China** verkörpert, die restlichen Länder wie Indien, Brasilien und andere sind für sie lediglich auf dem Weg zum Schwellenland.

Warum gerade China? Weil die führende Klasse in China eine Mission hat, wobei ich jetzt nicht in Details über Sozialismus oder Kapitalismus gehen werde. Wichtig ist dabei, dass diese Mission darin besteht, das allgemein verbreitete Monopolkapital der Triade nicht anzuerkennen, welche nur durch eigene Vorteilsnahme die Oberhand gewinnt, durch die Kontrolle

- der Technologien;
- des Zugangs zu den natürlichen Rohstoffen des Planeten;
- der Kommunikationsmedien, der Propaganda usw.;
- des globalen Währungssystems und der Finanzmärkte;
- der Massenvernichtungswaffen.

China stellt, ohne großes Aufheben zu machen, diese Weltordnung in Frage.

China ist kein Zulieferer. Natürlich gibt es auch Branchen, für die das in China gilt, als Hersteller und Verkäufer von billigem Spielzeug schlechter Qualität, weil sie auf Devisen zurückgreifen müssen. Aber das alleine macht China nicht aus. Wichtig ist sein Fortschritt und die Geschwindigkeit, mit der das Land **Spitzentechnologien entwickelt**…. China ist entgegen der weit verbreiteten Ansicht nicht die Werkstatt der Welt. Es gilt nicht „*made in China*" (hergestellt in China) sondern „*made by China*" (entwickelt in China), und das ist **deshalb möglich, weil es dort eine Revolution gegeben hat**: Der Sozialismus hat *paradoxerweise* ein Leben geschaffen, das den Streit mit einem bestimmten Kapitalismus möglich macht.
Ich würde sagen, dass die übrigen Schwellenländer nach China eine untergeordnete Rolle spielen. Wenn ich diese Länder auf einer Skala anordnen sollte, würde ich sagen, China ist zu 100% ein Schwellenland, Brasilien zu 30% und die übrigen Länder zu 20%. Die übrigen Länder sind im Vergleich zu China Zulieferer, denn sie machen große Zulieferergeschäfte, sie haben einen Verhandlungsspielraum. Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem allgemein verbreiteten Monopolkapital der Triade und den Schwellenländern wie Indien, Brasilien und anderen. Dies gilt jedoch nicht für China.

Daher steht der **Krieg gegen China** im Kontext der Strategie der "Triade". Schon vor 20 Jahren gab es verrückte US-Amerikaner, die die Idee verteidigten, diesem Land den Krieg zu erklären, denn danach sei es zu spät.

Die Chinesen hatten Erfolg und deshalb haben sie auch eine so friedliche Außenpolitik, und jetzt gehört **Russland** auch zu dieser Kategorie der **echten Schwellenländer.** Wir sehen Putin, wie er die Modernisierung des russischen Heeres in Angriff nimmt, indem er versucht, die sowjetische Kriegsflotte wieder aufzubauen, die ein echtes Gegengewicht zur Militärmacht der USA war. Das ist eine wichtige Sache. Ich will nicht darüber diskutieren, ob Putin ein Demokrat ist oder ob seine Vision sozialistisch ist, darum geht es nicht, sondern es geht darum, der Macht der Triade etwas entgegenzusetzen.

Die übrige Welt, die restlichen Länder der Südhalbkugel, wir alle, Ihr Ecuadorianer, wir Ägypter und viele andere, die zählen nicht. Den Monopolkapitalismus interessieren unsere Länder nur aus einem einzigen Grund: Der Zugang zu neuen **Rohstoffvorkommen,** denn das Monopolkapital kann sich nicht weiter verbreiten, wenn es nicht die Kontrolle über die Rohstoffvorkommen auf dem Planeten behält. Das ist das Einzige, was sie interessiert.

Damit die Imperialisten den alleinigen Zugang zu den Rohstoffvorkommen haben, dürfen unsere Länder sich nicht weiterentwickeln. Die '**Lumpenbourgeoisie**', wie sie Andre Gunder Frank bezeichnet hat, zeigte sich in ganz unterschiedlichen Kontexten. Jetzt wird der Begriff unter ganz unterschiedlichen Bedingungen als Beschreibung dafür verwendet, warum das einzige Projekt des Imperialismus für uns nur ein NEIN zum Wachstum sein kann. Wachstum des Abnormen: Verarmung im Zusammenhang mit Öl, falsches Wachstum, Gas, Holz, was weiß ich, Zugang zu den Rohstoffvorkommen, dieses System ist kurz vor dem Zusammenbruch, denn es ist moralisch nicht mehr vertretbar, das Volk lässt es sich nicht länger gefallen.

Hier passiert die Implosion der Systeme, die ersten Wellen der Implosion entstehen in **Lateinamerika,** und es ist kein Zufall, dass dies in den Ländern am Rand wie Bolivien, Ecuador, Venezuela passierte. Vor dem arabischen Frühling gab es ja vorher schon ähnliche Wellen in Nepal und anderen Ländern, denn diese Ereignisse geschehen ja nicht nur in einer speziellen Region.

Für die Menschen, die ja dabei die Hauptrolle spielen, ist dies eine riesige Herausforderung. Das heißt also, die Herausforderung zeigt sich nicht im Rahmen dieses Systems, sondern im Versuch, die Grenzen des Neoliberalismus einzureißen, um zu einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu gelangen, mit konstruktiven Regierungen, die Armut einzudämmen, das politische Leben zu demokratisieren, usw. , denn auf all diesen Wegen kann der Verarmung begegnet werden, die aus dieser Logik resultiert.

Mein Fazit lautet – wobei mein Fokus auf die arabische Welt gerichtet ist- dass wir es hier gerade nicht mit einer bestimmen Phase zu tun haben, es ist **ein historischer Moment, der für das Volk gerade günstig ist.** Ich beziehe mich auf die Revolution, wobei ich diesen Begriff auch nicht überstrapazieren möchte. Es gibt objektive Bedingungen, mit denen breite soziale alternative und antikapitalistische Blöcke gebildet werden können. Der Kontext für kühne Wagnisse und radikale Veränderungen ist günstig.

http://alainet.org/active/53747
Documentos Relacionados:La implosión del capitalismo - Irene León [2012-06-18]
Estrategias imperialistas y luchas políticas - León Irene [2012-06-19]

Englische Übersetzung: mrzine.monthlyreview.org/2012/amin200612.html
ehrenamtliche Übersetzung ins Deutsche: Herbert Kaser, Kirsten Heininger, Juan de la Poza (relecteur), coorditrad

Artikel von Samir Amin in Sand im Getriebe

SiG96 Samir Amin, Francois Houtart, Ignacio Ramonet: Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen
http://sandimgetriebe.attac.at/10107.html
SiG89 S. Amin,Chomsky, Suzan- George ,Jean Ziegler u.v.m. Aufruf fur eine Prufungskommission zu den offentlichen Schulden Griechenlands
http://sandimgetriebe.attac.at/9381.html
SiG 89 Ägypten bewegt sich: Die vier Komponenten des Wandels
http://sandimgetriebe.attac.at/9391.html
SiG87 Samir Amin: Die nationale Kontrolle uber die Finanzflusse wiederherstellen
http://sandimgetriebe.attac.at/9243.html
SiG77 Samir Amin: Kritik am Stieglitz Report
http://sandimgetriebe.attac.at/8346.html
SiG71 Samir Amin: Es gibt keine Alternative zum Sozialismus
http://sandimgetriebe.attac.at/6987.html

Schuldenaudit

Endlich!

Tunesien überprüft die Schulden des alten Regimes!

Es sieht nach einem Erfolg der Kampagnen für eine Schuldenüberprüfung (Audit) aus: Die jetzige tunesische Regierung ist der Forderung nach einer Überprüfung der Schulden, die das Regime von Ben Ali gemacht hatte, nachgekommen: Es soll eine Kommission unter der Leitung der Nationalen Verfassungsversammlung gebildet werden. An dieser Kommission zur Schuldenüberprüfung sollen teilnehmen: der Präsident der tunesischen Zentralbank, der Präsident des Rechnungshofs, der Präsident des Verwaltungs- und Finanzkontrollausschusses, der Präsident der nationalen Instanz gegen die Korruption, sechs Mitglieder der Zivilgesellschaft, die in der Frage der öffentlichen verschuldung und deren Überprüfung Experte sind, vier Buchhaltungsexperten, zwei Juristen und vier Vertreter der internationalen Institutionen.

Die Aufgaben dieser Kommission müssen noch genau definiert werden; die Berechtigung der Kreditanträge, die Zinssätze, die an den Verhandlungen Beteiligten, die Konditionen der Kreditgeber sollen untersucht werden.

Mehr: http://www.webmanagercenter.com/actualite/finance/2012/08/29/123927/tunisie-endettement-exterieur-enfin-l-audit

Wird es dabei „nur“ um die Aufdeckung von Korruption gehen, oder wird es auch darum gehen, den Charakter der Kreditverträge sowohl mit den Finanzmärkten als auch mit den internationalen Institutionen zu bewerten – um zu einer Annullierung von Schulden zu kommen? Auf die konkrete Entwicklung der Arbeit dieser Kommission können die Initiativen für Schuldenaudit /Schuldenstreichungen einwirken – in Tunesien wie in Europa.

***Initiativen in Europa aber auch Parlamentarier fordern, dass ihre eigene Regierung ein Schuldenmoratorium beschließt und dass die Schulden überprüft werden, um sie bei Illegimität zu annulieren** (S. SiG Nr. 92).*

*Wir dokumentieren hier den **Brief an die französischen Abgeordneten** von ACET (Für ein Audit der Gläubigerforderungen gegenüber Tunesien) und CADTM (Komitee für die Annulierung der Schulden der Dritten Welt)*

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

(…) Es ist ein Jahr her, dass das tunesische Volk den Diktator Ben Ali verjagte und soziale Gerechtigkeit einforderte. Aber die wirtschaftliche und soziale Lage hat sich 2012 kaum verbessert, hauptsächlich wegen der von diesem Diktator hinterlassenen kolossalen Schulden.
In der Tat ist der Großteil der Finanzmittel des Landes zur Zeit vorrangig der Schuldentilgung gewidmet. Einige Zahlen zum Vergleich: die Budgetmittel für die Rückzahlung der staatlichen Schulden Tunesiens repräsentieren das Achtfache der Mittel für Soziales, das Achtfache der Mittel für die Regionalentwicklung, das Dreifache der Mittel für Gesundheit und das Sechsfache der Mittel für Beschäftigung.

Angesichts dieser Lage ist es dringend erforderlich, die Tilgung dieser Schulden auszusetzen und ein Schuldenaudit durchzuführen. Das Audit wird es möglich machen, die Umstände, die beim Abschluss dieser Kredite vorherrschten, zu erfahren; man wird erfahren, wofür sie verwendet wurden, wo die Verantwortlichkeiten liegen und wie hoch der Anteil der illegitimen Kredite1 ist, um sie dann bedingungslos zu annulieren.

Mehrere Argumente sprechen hierfür:

Die tunesische Zivilgesellschaft hat nach dem Sturz Ben Alis eine Kampagne mit folgenden Forderungen gestartet (über die Vereinigung RAID, Mitglied des internationalen Netzwerks CADTM und ATTAC): Aussetzung der Schuldenzahlungen, Durchführung eines Schuldenaudits, Annulierung des illegitimen Teils der Schulden, damit die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können.

In Europa wurde ein Aufruf, der 2011 von CADTM und den Europa-Abgeordneten Marie Christine Vergiat et Gabi Zimmer verbreitet wurde und der für die Durchführung eines Moratoriums und eines Audits der Gläubigerforderungen gegenüber Tunesien warb, von 120 Abgeordneten des europäischen Parlaments(2) unterzeichnet.

Zwei parlamentarische Entschließungen mit den Hauptforderungen der tunesischen Kampagne wurden ebenfalls 2011 verabschiedet: Moratorium und Audit, unabhängig von den tunesischen Staatsschulden. Die erste Entschließung wurde von der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU im Mai 2011(3) verabschiedet, die zweite im Juli 2011 vom Belgischen Senat (4).

Schließlich verabschiedete das Europäische Parlament am 10. Mai 2012 eine Entschließung über die Strategie der EU in Sachen Handel und Investitionen für den Süden des Mittelmeeres nach den Revolutionen des Arabischen Frühlings, die „*die Auslandsverschuldung der Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens als illegitim bezeichnet, da diese von diktatorischen Regimes angehäuft wurde, hauptsächlich im Wege einer persönlichen Bereicherung der politischen und wirtschaftlichen Eliten und über den Kauf von Waffen, die oft gegen deren eigene Bevölkerung benutzt wurden*“.(5)

Einige Kredite Frankreichs, das soll hier auch erwähnt werden, haben wahrscheinlich dazu gedient, in Tunesien Sicherheits- und Unterdrückungsgerät zu finanzieren (davon zeugt die Affaire „Amesy“ (6) und ebenso der verhinderte Export von Sicherheitsgerät, der am Tag der Flucht des Präsidenten Ben Ali stattfinden sollte). Das führt zu der Frage, inwieweit die französischen Forderungen gegenüber Tunesien legitim sind.

In dieser Situation muss sich Frankreich verantwortlich zeigen und folgendes beschließen:
- die Zahlung tunesischer Schulden an Frankreich zurückweisen bis ein Audit durchgeführt ist;
- die Durchführung eines Audit zu diesen Schulden erleichtern, indem Frankreich den tunesischen Behörden alle für dessen Durchführung nützliche Dokumente zur Verfügung stellt. In der Tat hat sich Präsident Marzouki öffentlich für ein Audit der tunesischen Schulden ausgesprochen (7);
- nicht auf Repressalien gegen den tunesischen Staat zurückgreifen, falls dieser einseitige Maßnahmen zu seinen Schulden ergreifen sollte;
- die illegitimen Forderungen, die gegen-

über Tunesien gehalten werden, nach dem Vorbild Norwegens annulieren. Das ist durchaus möglich und Norwegen hat dafür den Weg aufgezeigt, als es 2006 einseitig und bedingungslos seine illegitimen Forderungen gegenüber fünf Ländern annuliert hat. Es sei daran erinnert, dass Frankreich der wichtigste bilaterale Gläubiger Tunesiens ist.
- in den internationalen Gremien die diplomatischen Bemühungen dahin gehend verstärken, dass die als illegitim angesehenen Auslandsschulden annuliert werden, die multilaterale Institutionen als Forderungen gegenüber Tunesien halten. Frankreich hat angesichts seines politischen Gewichts in der EU und in den internationalen Finanzinstitutionen in der Tat eine bedeutsame Rolle zu spielen.

Frankreich und Tunesien stehen an einem Wendepunkt ihrer jeweiligen Geschichte. Jetzt ist die Gelegenheit, zwischen beiden Seiten eine Beziehung auf den gesunden Grundlagen wechselseitiger Achtung, im Geiste der Gegenseitigkeit und Brüderlichkeit wieder aufzubauen.

Mit besten Grüßen, ACET /CADTM

*ACET (Auditions les Créances européennes envers la Tunisie = Audits der europäischen Forderungen gegenüber Tunesien) - Video (auf Französisch) einer Konferenz am 15.1.“Ihre Schulden, unsere Demokratie“: http://www.attac.tv/fr/2012/02/17208
*CADTM (Comité pour l'Annulation de la dette du Tiers-Monde = Komitee für die Annulierung der Schulden der Dritten Welt)

1) Zu den illegitimen Schulden http://www.cadtm.org/Dette-illegitime-l-actualite-de-la
2) http://www.cadtm.org/Appel-des-parlementaires-europeens,6560, in SiG 92 übersetzt.
3) http://www.europarl.europa.eu/intcoop/acp/2011_lome/pdf/adopted_ap101.111_fr_collated.pdf
4) http://www.senate.be/www/?MIval=/publications/viewPubDoc&TID=83889608&LANG=FR
5) http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0201&language=FR&ring=A7-2012-0104
6) http://reflets.info/surprise-la-tunisie-utilisait-des-technologies-francaises-pour-espionner-sa-population/
7) http://www.lapresse.tn/28062012/51924/marzouki-oppose-son-veto-a-laugmentation-des-droits-de-tirage.html

Zitiert in: http://cadtm.org/Lettre-aux-deputes-francais-Audit
Übersetzung : Jürgen Janz, coorditrad

Norwegens mutiger Schritt: Der erste Gläubiger, der ein Schuldenaudit vornimmt.

Brüssel, 15. August 2012
Heute kündigte der Entwicklungsminister Heikki Holmås an, **Norwegen werde eine Untersuchung über die Rechtmäßigkeit der Schulden von Entwicklungsländern gegenüber Norwegen vornehmen**. Das bedeutet, dass die norwegische Regierung als allererste ein Schuldenaudit durchführt.
Gina Ekholt, Direktorin von SLUG, die norwegische Koalition für Schuldenstreichung, sagt: „*Dies ist ein historisches Datum! Nicht nur für die Aktivisten, die darum jahrelang gestritten haben, sondern auch für die Menschen weltweit,, die unter unbezahlbarer und illegitimer Schuldenlast leiden. Es ist ein wichtiges Instrument zur Förderung verantwortlicher Kreditvergabe und für die Übernahme der Verantwortung für frühere Darlehen. Wir hoffen, dass weitere Gläubiger durch Norwegens Schuldenaudit angeregt werden.*“
Seit ihrer Wahl 2009 hat die norwegische Regierung versprochen, ein Schuldenaudit durchzuführen sowie daran zu gehen, bindende Richtlinien für verantwortungsvolle Darlehen zu erlassen. Heute versprach Holmås, das Audit zu starten und in Folge neue und strengere Richtlinien für verantwortliche Darlehen zu erlassen.
Øygunn Sundsbø Brynildsen, leitende Politik- und Anwaltschaftsverantwortliche bei Eurodad sagt: „*Die gegenwärtige globale Finanzkrise ist nur ein Beispiel der verheerenden Konsequenzen verantwortungsloser Kredite. Die heutige Initiative bietet die Möglichkeit eines Richtungswandels hin zu verantwortlichem Finanzgebaren. Wir hoffen, andere Länder finden den Mut, Norwegens Vorbild zu folgen in seiner Politik, die helfen kann zukünftige ungerechte Schuldenlasten zu vermeiden.*“
Die norwegische Regierung hatte bereits ihre Verantwortung als Gläubiger für schmutzige Schulden zugegeben, die mit einer besonderen Art von Krediten an Entwicklungsländer zum Erwerb von norwegischen Schiffen zusammenhingen. 2006 kündigte die Regierung an, Schulden von sieben Ländern zu streichen, weil die ursprünglichen Kredite „entwicklungspolitische Versager“ waren.
Die norwegische Koalition für Schuldenstreichung (SLUG) hat eigene Untersuchungen über Schulden an Norwegen durchgeführt. Die Prüfung zeigt, dass ein Teil der Schulden Indonesiens an Norwegen eindeutig illegitim ist. SLUG zeigt dass das indonesische Volk weiterhin für ein Wellenkraftwerk zahlt, das nie gebaut wurde, und für funktionsunfähige Technologie von Meerüberwachungssystemen.
Im Vereinigten Königreich führt die UK All-Party Pariamentary Group (britische parlamentarische Allparteiengruppe) eine Befragung durch über die britische Exportfinanzierung, einen Bereich des Department for Business, das Kredite an ausländische Firmen und Länder für den Erwerb britischer Exporte unterstützt. Der norwegische Parlamentsabgeordnete der Christlichen Demokraten Hans Syversen sagte bei dieser Befragung zu den Schiffsexportkrediten aus: „*Wir mussten zugeben, dass diese Verfahren für die Menschen recht schädlich waren, denen wir was Gutes zu tun gedachten, sogar die Schiffe, die gebaut wurden, waren nicht von guter Qualität.*“
Tim Jones, Politikverantwortlicher bei der britischen Jubilee Debt Campaign (Erlassjahrkampagne) sagte: „*Norwegen liefert mal wieder einen phantastischen Präzedenzfall, dazu, dass Kreditgeber für die Schulden, die sie verursachen, verantwortlich sind. Die Liberal Democrats haben auf ähnliche Weise einen Audit über Schulden an das Vereinigte Königreich in Aussicht gestellt. Aber Vince Cable hat sich geweigert, obwohl er für die verantwortliche Abteilung zuständig ist. Menschen im Irak, Indonesien und Ägypten zahlen Kredite an die britische Regierung zurück, die den früheren Diktatoren für Militärausrüstung gegeben waren.*“
Norwegens Initiativen führten zur **Schaffung internationaler Prinzipien für verantwortliche Kredite in der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD).** Diese Prinzipien werden im norwegischen Schuldenaudit angewendet, Im April versuchte die britische Regierung erfolglos, UNCTAD von der Erarbeitung der Kreditprinzipien abzuhalten.
Jostein Hole Kobbelfeldt, Vertreter von Eurodad bei der UNCTAD-Expertengruppe zu verantwortlichen souveränen Krediten sagte: „*die UNCTAD-Prinzipien bei dem norwegischen Schuldenaudit anzuwenden, ist ein solides Verfahren, um zu zeigen, dass die norwegische Regierung die Prinzipien ernst nimmt und dass sie ihre Verantwortung als Gäubiger ernst nimmt.*“
Entwicklungsminister Holmås kündigte an, der Pan ist, das Audit innerhalb eines Jahres abzuschließen.
http://cadtm.org/Norway-takes-a-bold-step-towards
Übersetzung: Bernt Lampe, coorditrad

Redaktion der „Zeitung gegen den Krieg“

Provokationen

Weitere Militarisierung der Gesellschaft

Im Vorfeld des Antikriegstags am 1. September sehen sich alle Menschen, die sich für den Frieden engagieren, mit drei Provokationen konfrontiert. Verkürzt lauten sie: „Klein, Karlsruhe & Gauck“. Gemeint sind die Beförderung des Bundeswehr-Oberst Georg Klein zum General, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugunsten des Bundeswehreinsatzes im Inneren und das Plädoyer des Bundespräsidenten fürs patriotische Sterben.

Provokation Nr. 1:
Georg Klein war als Bundeswehr-Oberst in Kundus vor drei Jahren dafür verantwortlich, dass rund 140 afghanische Zivilisten durch alliiertes Bombardement den Tod fanden. Es handelte sich um einen Vorgang, der auch als **Tanklastzug-Massaker** bezeichnet wird. Die Aktion machte militärisch keinen Sinn. Sie war kein Versehen, sondern bewusste Tat. Im geheimen Bericht der ISAF-Truppe zu dem Bombardement, unterzeichnet von US-General Stanley McChrystal, heißt es explizit, die Piloten der Kampfflugzeuge hätten zwei Mal angeboten, nur im Tiefflug und als Warnung über den feststeckenden Tanklaster zu fliegen. **Klein** lehnte ab und forderte das mörderische Bombardement. In der Folge logen zwei Verteidigungsminister das Blaue vom Himmel herunter und die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen gegen Klein ein. Und jetzt also dies: Klein wird zum Brigadegeneral ernannt. Als zukünftiger „Abteilungsleiter des Bundeswehr-Amtes für Personalmanagement“ soll er Vorbildfunktion für die Truppe haben. Er wird dann im Monat mit gut 11.000 Euro fast drei Mal so viel verdienen, wie die Angehörigen vor Ort für einen Getöteten seitens der Bundesregierung zuerkannt bekamen (4030 Euro). Soldaten sind Mörder, schrieb Kurt Tucholsky.

Provokation Nr. 2:
Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hob Mitte August eine Entscheidung des Ersten Senats teilweise auf. Dieser hatte den möglichen Abschuss eines mutmaßlich entführten Passagierflugzeugs auch deshalb abgelehnt, weil er den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Inneren als verfassungswidrig ansah. Um diesen Beschluss aufzuheben, bedurfte es einer Entscheidung beider Senate des Bundesverfassungsgerichts, eine höchst seltene – bisher erst fünf Mal in sechs Jahrzehnten gewählte – Form der juristischen Entscheidungsfindung. Wobei es in den bisherigen vier anderen Entscheidungen um verfahrensrechtliche Aspekte ging. Bei der jüngsten Entscheidung geht es jedoch um hohe Politik. Um die Beugung der Verfassung. Nun soll erstmals gelten, was im Widerspruch zum Grundgesetz steht, was die viel zitierten „Väter des Grundgesetzes“ mit dieser Verfassung nie und nimmer im Sinn gehabt haben: **Die Bundeswehr darf im Inneren eingesetzt werden.**
Es handelt sich hierbei um einen „*juristischen Handstreich*“, um den „*Bruch mit einer republikanischen Tradition*“. Der dies sagt, ist Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“. (17. August 2012).

Provokation Nr. 3:
Bundespräsident Joachim **Gauck** trat im Juni anlässlich eines Besuchs bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg für die Bundeswehr-Auslandseinsätze ein. Er erklärte, eine Demokratie erfordere „*manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann, das eigene Leben.*“ Er kritisierte, das “Nicht-Wissen-Wollen“ und eine „Ohne-uns-Haltung“. Dann formulierte er, dabei betont vom zuvor verteilten Redemanuskript abweichend, wie folgt: „*Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.*“
Schwer zu ertragen, ja unerträglich sind diese Präsidenten-Sätze, die, wenn nicht an unselige NS-Zeiten, so doch an den preußischen Soldatenwahn und an den Militarismus des Römischen Reiches erinnern, wonach es „ehrenvoll“ sei“, „fürs Vaterland zu sterben“. Gauck, der ein „Bundespräsident für alle Bürgerinnen und Bürger“ sein will, stellt sich bewusst gegen diese: Mehr als 70 Prozent der deutschen Bevölkerung lehnen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ab. Sie tun dies nicht, weil sie „glücksüchtig“ sind – das individuelle Glück oder Unglück des einzelnen Menschen wird derzeit noch wenig vom Kriegsgeschehen in Afghanistan oder von der Kriegsgefahr im Nahen Osten berührt. Sie tun dies auch vor dem Hintergrund der Verantwortung deutscher Regierungen für zwei Angriffskriege, für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Gauck drehte diesen geschichtlichen Hintergrund demagogisch um und sagte: „*Wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen*“, müsse man für die Bundeswehr und für besagte Auslandseinsätze eintreten. Die Streitkräfte müssten ihren Ort „*in der Mitte unserer Gesellschaft*“ haben.
Wann gab es in jüngerer Zeit auf deutschem Boden ein solches Verständnis, wonach Militär und Gesellschaft eins zu sein hätten? Richtig: 1968, als die „*Wehrerziehung*“ in Schulen eingeführt wurde. Oder auch 1978, als der „*Wehrunterricht*“ etabliert wurde. Das war allerdings in der DDR. Damals protestierte die Evangelische Kirche, wohlgemerkt diejenige in der DDR, damit auch die Kirche des damaligen Pastors Gauck. Es handle sich hier um „*Erziehung zum Hass*“.

Zu befürchten ist, dass die drei Provokationen keine Zufälle, keine Ausrutscher, keine Einzelfälle sind. Das hat System – und das passt in diese Zeit, auf die die Worte von Bert Brecht so schmerzhaft zutreffen: „*Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden*.“
http://www.zeitung-gegen-den-krieg.de/

Inhalte der neuen Ausgabe

- Massaker wird belohnt: Kundus-Oberst wird zum General befördert / Situation der Opfer
- Deutsche Geschichte vom Krieg, der aus der kapitalistischen Krise resultiert, und dem Frieden, der ständig neu erkämpft werden muss / Die Deutsche Marine schippert seit 1990 in der Region Nahost. Sie ist aktuell an Kriegsvorbereitungen beteiligt
- Globaler Konflikt und potentieller Krieg: Israel – Iran – Syrien / Mit dem Syrien-Krieg stellt sich das Thema Kurdistan neu
- Die Nato probt den Krieg – in Kalkar
- Raketenschirm-Zentrale der USA in Rammstein
- Antimilitaristische Woche „Schulfrei für Bundeswehr“ / „Krieg beginnt hier!“ – Aktionscamp in der Altmarkt, wo die Bundeswehr den Bürgerkrieg proben will
- Gauck & de Maizière: Bundespräsident und Verteidigungsminister als Kriegstrommler
- Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung
- Leo-II-Exporte nach Saudi-Arabien und Katar / Rüstungshilfe für Israel – mit atomaren Waffen bestückbare U-Boote
- Droht in Griechenland eine autoritäre Lösung der Krise? / Das Beispiel Moratello in Norditalien: Belegschaftsversammlung verweigert großen Rüstungsauftrag

Bestellungen an Zeitung-gegen-den-Krieg@gmx.de

Bundeswehreinsatz im Innern:
Artikel unter:
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Innere-Sicherheit/bverfg4.html

Breaking the Silence

Israelische Soldaten sprechen über die Besatzung

Seit über 45 Jahren gehören israelische Soldatinnen und Soldaten zum Stadtbild von Hebron und anderen palästinensischen Städten. Sie patrouillieren nachts durch die Gassen, setzen Ausgangssperren durch, dringen in private Häuser ein. Sie sehen viel, doch zurück zu Hause sprechen die jungen Menschen wenig über ihre Erfahrungen. Denn die Mehrheit der israelischen Bevölkerung möchte nicht so genau wissen, wie der Alltag einer lang anhaltenden Besatzung der palästinensischen Gebiete aussieht, wie sich militärische Angriffe und Straßensperren auf die Zivilbevölkerung auswirken. Auch möchte man nicht sehen, was die eigene Armee dort wirklich tut.

Hier beginnt die Arbeit von **Breaking the Silence.** Der Name ist Programm: Breaking the Silence ist eine Organisation israelischer Reservisten, die als Soldaten die Besatzungsrealitäten – von struktureller Repression über die stille Kooperation mit extremistischen jüdischen Siedlerinnen und Siedlern bis hin zu alltäglichen Schikanen – erlebt haben und das Schweigen darüber in der israelischen Gesellschaft brechen möchten. Die alltäglichen Erniedrigungen in den palästinensischen Gebieten sollen öffentlich gemacht und die israelische Gesellschaft soll aufgerüttelt werden.

Gegründet wurde die Organisation von Reservisten, die in **Hebron** gedient hatten. Mit 180.000 Einwohnern ist Hebron die zweitgrößte palästinensische Stadt in der Westbank - und die einzige, in der sich jüdische Siedler direkt im Zentrum niedergelassen haben. Denn hier befindet sich nach biblischer Überlieferung die Grabhöhle des Patriarchen Abraham, und die Siedler wollen Hebron in eine jüdische Stadt verwandeln - ohne Araber. Hunderte Soldaten sind hier stationiert um die rechtsradikalen Siedlerinnen und Siedler zu beschützen. Ergebnis: Heute gleicht Hebrons altes Stadtzentrum einer Geisterstadt. Die Geschäfte sind verrammelt, die Straßen menschenleer. Drei Viertel der Geschäfte sind geschlossen: mehr als 1.800 Läden. Beinahe die Hälfte der Wohnungen im Stadtzentrum ist verlassen. Von den Menschen, die geblieben sind, können viele ihre Häuser nicht einmal mehr durch die Tür betreten, weil die Armee sie zugeschweißt hat; sie müssen über die Dächer klettern.

Schnell stellten die Aktivistinnen und Aktivisten fest, dass Hebron kein Einzelfall war. Ex-Soldaten, die an anderen Orten Dienst taten, kamen auf sie zu und erzählten, Ähnliches erlebt zu haben. Seit ihrer Gründung 2004 hat Breaking the Silence mithilfe vieler Freiwilliger **mehr als 700 Zeugenaussagen israelischer Soldatinnen und Soldaten** aus allen Bevölkerungsschichten und aus so gut wie allen Einheiten der israelischen Armee gesammelt, die in den besetzten Gebieten Dienst tun. Die interviewten Soldaten und Ex-Soldaten kennen die Ziele der Organisation und legen bewusst Zeugnis ab, auch wenn viele lieber anonym bleiben möchten, da sie sich vor gesellschaftlichem Druck oder der Reaktion offizieller militärischer Stellen fürchten.
http://www.medico.de/themen/menschenrechte/nahost/dokumente/breaking-the-silence/4283/

Website von Breaking the Silence http://www.breakingthesilence.org.il/
Ausstellung: 14.9. bis 29.9.12 in Berlin, im Willy-Brand-Haus

Zum Lesen: **Israel, die besetzten Gebiete und die Armee - Eine thematische Einführung zum Sujet von "Breaking the Silence"**
Tsafrir Cohen, Nahostreferent von medico international, http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Israel/cohen.html
Buch "Breaking the Silence: Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten" im Econ Verlag.

Videos: Breaking the Silence: Videos - Tour nach Hebron - und weitere Videos
http://www.medico.de/themen/menschenrechte/nahost/dokumente/breaking-the-silence-videos/4284/

IPPNW: Aktion „Verträge statt Bomben“:

Offener Brief an den deutschen Außenminister Westerwelle

Sehr geehrter Herr Westerwelle,
ich bin sehr besorgt über die Zuspitzung des Konfliktes zwischen **Israel und dem Iran**. Das Führen eines Krieges wegen des vermeintlichen Strebens des Irans nach Atomwaffen ist keine Lösung! Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges ist gestiegen: Im Januar wurde die Atomkriegsuhr (Doomsday Clock) um eine Minute auf 5 vor 12 vorgestellt!

Weltweit gibt es bereits neun Länder, darunter Israel, die insgesamt im Besitz von mehr als 20.000 Atomwaffen sind. Statt ihre Atomwaffen abzurüsten, planen mehrere Staaten die Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale. Das Streben weiterer Staaten nach Atomwaffen dient zur Rechtfertigung für Krieg. Damit muss Schluss sein! Es gilt jetzt daran mitzuwirken, dass Atomwaffen als das ultimative Machtinstrument ihren Wert verlieren.

Im Rahmen der Aktion „Verträge statt Bomben“ der Kampagne „atomwaffenfrei jetzt“

unterstütze ich die Bundesregierung in dem Bestreben nach weltweiter atomarer Abrüstung und einer politischen Lösung zwischen Israel und dem Iran.

fordere ich die Bundesregierung auf, sich

- stärker für eine Ächtung von Atomwaffen durch einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zu engagieren (Nuklearwaffenkonvention)
- mit Nachdruck für die im Dezember 2012 geplante Konferenz in Helsinki einzusetzen, bei der Gespräche über eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen aufgenommen werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

http://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/vertraege-statt-bomben.html

Beiträge auf dem "Kleinen Friedensratschlag" im Juli 2012 in Kassel **zu Syrien und Iran**
http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/baf/kleinerratschlag2012.html

Noch eine Provokation:
US-Atomwaffen
bleiben in Deutschland und werden modernisiert



Kampagne Atomwaffenfrei
[05.09.2012]
Die US-Atomwaffen bleiben bis auf weiteres in Deutschland. Das wurde laut der heutigen Ausgabe der Frankfurter Rundschau bereits im Mai 2012 auf dem NATO-Gipfel in Chicago still und heimlich beschlossen.

Die Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt" fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle nun auf, klar Position zu den Modernisierungsplänen und zum Verbleib der Atomwaffen in Deutschland zu beziehen.

"*Unsere Enttäuschung ist groß. Die deutsche Initiative für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland hat sich in Chicago tot gelaufen. Scheinbar hat die Bundesregierung Koalitionsvertrag und Bundestagsbeschluss zum Abzug der Atomwaffen konterkariert und sogar einer Modernisierung der Atombomben zugestimmt,*" sagt Xanthe Hall, Sprecherin der Kampagne und Abrüstungsreferentin der IPPNW. "*Für diese Modernisierung darf ohne Bundestagsbeschluss kein Cent aus Deutschland fließen. Diese Bundesregierung handelt im krassen Widerspruch zu ihrer erklärten Politik*."

Die Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt" fordert bereits lange den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland sowie einen Stopp der Modernisierungspläne als erste Schritte zur Ächtung aller Atomwaffen. Die IPPNW hat heute ein Hintergrundpapier zum Projekt B61-12 veröffentlicht. Bei dieser Bombe handelt es sich um die modernisierte Version der Atombombe, die im Atomwaffenlager Büchel in Rheinland-Pfalz stationiert ist. Das Papier basiert auf einer Recherchearbeit des Berliner Instituts für Transatlantische Sicherheit (BITS), die in einer Studie zum gleichen Thema münden wird. Die Studie von Otfried Nassauer und Gerhard Piper wird voraussichtlich nächste Woche veröffentlicht.

Das Hintergrundpapier beschreibt die Pläne der US-Atomwaffenbehörde: Die B61-Bombe soll so weit modernisiert werden, dass sie neue Einsatzmöglichkeiten bietet beispielsweise gegen verhärtete oder unterirdische Ziele. Damit wäre sie viel präziser und lenkfähiger als die alte. Ihr Einsatz soll weniger so genannte "Kollateralschäden" verursachen, weil der radioaktive Fallout geringer sei. Das Argument setzt jedoch voraus, dass die Bombe für einen Einsatz bestimmt ist. Bisher wurde argumentiert, sie sei nur zur "Abschreckung" vorgesehen. Damit könnte sich die Gefahr vergrößern, dass die Hemmschwelle gegen einen Nuklearwaffeneinsatz sinkt.

http://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/9dd5abcf52ff2ac0183b458d3d6787cb/frage-an-bundesregierung-bleiben-die-atomwaffen-in-deut.html

Frankfurter Rundschau: Atomwaffen bleiben:
http://www.fr-online.de/politik/nato-erklaerung-us-atombomben-bleiben-in-deutschland,1472596,17174620.html

Hintergrundspapier vom IPPNW ("International Physicians for the Prevention of Nuclear War"):
http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/hintergrundpapier_atomwaffenmodernisierung.pdf

Weitere Initiativen:

http://www.atomwaffena-z.info/

http://www.icanw.org/

Atomwaffen in Europa:

